

2014

Historisches Institut der Universität Bern

Berner

Historische Mitteilungen



31. Jahrgang/2014

Redaktion:
Dr. Robert Heinze

Administration:
Daniela Heiniger

Herausgegeben vom
Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49
CH-3000 Bern 9
Tel.: 031 631 80 91
<http://www.hist.unibe.ch/behmi>

Auflage: 200 Exemplare

© 2015 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

Editorial

Die vorliegende Ausgabe der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) enthält die Zusammenfassungen der Masterarbeiten und Dissertationen, die am Historischen Institut der Universität im Jahr 2014 erfolgreich abgeschlossen wurden.

Anknüpfend an die bei der letzten Ausgabe eingeführten Neuerungen halten wir weiterhin die Anzahl der versammelten Arbeiten aufrecht. In dieser Zusammenstellung zeigt sich wieder einmal die thematische und methodische Vielfalt der am Historischen Institut betreuten und verfolgten Forschungsarbeiten. Sie reicht von der Auseinandersetzung mit neuen Quellenformen in Oliver Roths Arbeit zur Deutung des Hurrikans Katrina in Videos auf der Plattform YouTube über die Nutzung privater Briefe zur Mikrogeschichte einer Pfarrfamilie durch Giulia Schiess bis zur Neuevaluierung der Zürcher Bevölkerungsverzeichnisse als Quelle zu Bildungsstand und Lesekultur im Kanton im 17. und 18. Jahrhundert in der Arbeit von Michael Egger.

Eigens sei noch der Beitrag von Julian Köck in diesem Band erwähnt, dessen die Epochen überspannende Dissertation zu den Geschichtsbildern der Völkischen Bewegung vom Direktorium mit dem Institutspreis ausgezeichnet wurde.

Die meisten Arbeiten können in der Bibliothek Von Roll eingesehen werden und sind in den Verbundkataloge IDS Basel Bern <http://aleph.unibas.ch> und swissbib <https://www.swissbib.ch> verzeichnet. Ältere Jahrgänge der BeHMi finden die geneigten Leser/innen auf unserer Homepage <http://www.hist.unibe.ch/behmi> zum kostenlosen Download.

Auch in diesem Jahr war Frau Daniela Heiniger an der Ausgabe der BeHMi mit umfangreichen und unverzichtbaren administrativen Tätigkeiten beteiligt. Dafür sei ihr an dieser Stelle herzlich gedankt.

Bern, im September 2015

Robert Heinze

Inhaltsverzeichnis

NADJA ACKERMANN

Il mio cuore non è lontano di casa. Die Rolle der Notare Oldelli für die Aufrechterhaltung der Rückbindung von Migranten (17.-19. Jahrhundert) 5

TAMARA AESCHBACHER

Die Geschichte der Schadenslawinen in Nordamerika 6

DANIEL ARTHO

Von den Novemberwahlen bis zum Judenboykott. Jüdische Pressestimmen in der Zeit der NS-Machtergreifung 7

STEFANIE BIETENHARD

Das Berner Rathaus als sozialer Raum Ende des Ancien Régime 8

SARAH BLOCH

Hinrichtungen im Kanton Bern von 1805 bis 1861 9

MICHAEL EGGER

Zürcher Bevölkerungsverzeichnisse: eine 'Pisa-Studie' in der Frühen Neuzeit? Lesen zwischen Schulbildung, Frömmigkeit, Privatlektüre und sozialer Wirklichkeit in Stadt und Landschaft zwischen 1637 und 1750 11

MICHAEL FÄSSLER

Und sie wandelt sich doch! Die Einsiedler Klostersgemeinschaft seit 1934 13

ALEXANDER FERNANDÉZ

¡Unión, hermanos proletarios! Die Gewerkschaften der Minenarbeit in Asturien und die Oktoberrevolution von 1934 14

THOMAS GARTMANN

Neros Weg vom Augustus zum Monster. Die Auswirkungen der *damnatio memoriae* auf die Reputation des Künstlerkaisers 15

SILVIA GEBHARD

Briten am Nil. Das Leben der britischen Gemeinschaft während der Besatzung 1882-1922 in Ägypten 16

LEO GROB

Die Praxis des Staatsschutzes während der Zürcher 80er-Jugendunruhen. Staatliche Herrschaftssicherung zwischen Repression, Ausnahmezustand und gouvernementaler Verwaltung 17

LINO GROSS

Die Darstellung des Mithridates VI. Eupator. Das Bild des pontischen Königs in den Quellentexten des römischen Reiches 19

GABRIEL HALDIMANN

„Was soll überhaupt die Frucht dieser Festtage sein?“ Die Konstituierung einer bürgerlichen und nationalen Identität an der Berner Bundesfeier 1853 20

LUKAS HEINZMANN

Nutzung und Verbauung der Emme im Kanton Solothurn. Historische Aufarbeitung und Dokumentation (1500-2000) 21

CÉCILE HUBER

„Es ist ein grusam Ding, das so vill in disem Landt so kleinmutige halbverzwifflete Menschen gibt, di do wegen des Irtlichen das Ewige verscherzten.“ Kontinuität und Wandel im kulturellen Umgang mit Suizid und Suizidalität in Luzern und Zürich im 18. und 19. Jahrhundert..... 22

ADRIAN JUEN

„Lupus est in Fabula“. Die Perzeptionsgeschichte des Wolfes im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit in Europa und der Schweiz 24

SOPHIE KEILWERTH

Äthiopische Dürre aus westlicher Perspektive. Der Umwelt- und Hilfediskurs im Kontext der Dürrekatastrophe der 1970er und 1980er Jahre in Äthiopien – eine historische Diskursanalyse anhand der westlichen Presse 25

MARC-FERRY KÖLLIKER

Nötige Bekämpfung, behördliche Zwängerei oder teure Armenbeschäftigung? Eine Quellenuntersuchung zur gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bekämpfung des Maikäfers im Bern des 19. Jahrhunderts 26

SIMON LIECHTI

Expertendiskurs, Ökonomie und Gesellschaft im Umgang mit dem Phänomen Waldbrand vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert 28

SIMONE LOCHER

Erinnern- aber wie? Unterschiedliche Herangehensweisen ausgewählter deutscher Printmedien in der Berichterstattung zwischen 1946/47 bis 2003 über *Flucht und Vertreibung der Deutschen* aus dem Osten am Ende des 2. Weltkriegs..... 29

SALOME MARSCHALL

Mysore im British Empire. Varianten der *Direct* und *Indirect Rule* 1831–1881 30

MIRJAM MEYER

Die Aufnahme tschechoslowakischer Flüchtlinge in der Schweiz 1968. Unter besonderer Berücksichtigung des Kantons Luzern 32

DOMINIC MOCCAND

Werte im Wandel. Das zivil-militärische Verhältnis im Spiegel schweizerischer Elitendiskurse, 1970-2010..... 33

FLORIAN MÜLLER

Zwischen Erwerbstätigkeit, Ruhestand und Altersarmut. Der Lebensstandard alter Menschen über 65 Jahren im Kanton Basel-Stadt zwischen 1925 und 1944 34

SARAH RINDLISBACHER

Zum Wohle des “Gemeinen evangelischen Wesens” und des “Protestant Cause”. Die konfessionelle Diplomatie Englands und der eidgenössischen Orte Zürich und Bern in den Jahren 1655/1656..... 35

OLIVER ROTH

Mit dem Auge auf den Sturm. Diskurse zur Deutung und Verarbeitung von Hurrikan Katrina auf Youtube 36

GIULIA SCHIESS

Intime Familienkommunikation. Eine Fallstudie über die Identitätskonstruktion einer Schweizer Pfarrfamilie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anhand ihrer Briefkorrespondenz..... 37

ALEXANDRA SCHWAB	
Zabíjení po česku“ – „Töten auf Tschechisch“. Die „wilden Vertreibungen“ von 1945 aus heutiger Sicht.....	38
MARKUS SIEBER	
Gemeinnützige Freiwilligenarbeit auf Gemeindeebene: eine historische Analyse am Beispiel des Gemeinnützigen Vereins Wattenwil (1866-2013).....	40
JÉRÔME STRÜBI	
Einführung in die obrigkeitlichen Regelungen zum Lebensmittelhandel im 15. Jahrhundert. Eine vergleichende Betrachtung zwischen den zwei alpennahen Städten Bern und Luzern.....	41
SAMUEL STUDER	
„Seltsamer Naturgeschichten Des Schweizer-Lands Wochentliche Erzählung“. Vermitteltes Wissen – Johann Jakob Scheuchzers frühaufklärerische Zeitschrift „Beschreibung der Natur-Geschichten des Schweizerlands“ (1705-1707)	42
CHRISTIAN TRUNZ	
Die Auseinandersetzungen der 1960er Jahre innerhalb des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes über die Altersvorsorge	43
ANDRÉ WELLIG	
Asterix ante portas. Konstruktion von Vergangenheit und Erinnerung in den <i>Asterix</i> -Comics.....	44
MIRO ZBINDEN	
Der Erdbeben von Falli Hölli (1994) aus ereignisgeschichtlicher Perspektive.....	45
ANDREAS ZEMAN	
Zwangsmigration bei der Guerillabekämpfung: ein Fallbeispiel zur Sozialgeschichte des Krieges in Mosambik.....	46
BENEDICT ZEMP	
Unter französischer Protektion – Risiken und Chancen einer aristokratischen Söldnerpolitik. Die Beteiligung eidgenössischer Freikompanien an der französischen Eroberung der Freigrafschaft Burgund (1667–1678)	47
RAPHAEL ZEMP	
Leben in der Perspektivlosigkeit? Die sozialistische Modernisierung der nordrussischen Provinz.....	49
DISSERTATIONEN:	
DR. LOUISELLE GALLY-DE RIEDMATTEN	
Du sang contre de l’or : le service étranger en Valais sous l’Ancien Régime.....	50
DR. JULIAN KÖCK	
„Die Geschichte hat immer Recht“ Die Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder	53
DR. MATTHIAS RUOSS	
Fürsprecherin des Alters. Die Geschichte der Stiftung <i>Für das Alter</i> im entstehenden Schweizer Sozialstaat (1917-1967).....	54
DR. THOMAS SCHWITTER	
Erinnerung im Umbruch. Die herrschaftsnahen französische Historiographie im 15. und frühen 16. Jahrhundert	55

DR. EDITH SIEGENTHALER

Das *Advisory Committee on the Traffic in Women and Children* des Völkerbunds. Internationale
Problemwahrnehmung und Wissensproduktion zu Frauen- und Kinderhandel in der
Zwischenkriegszeit..... 57

Nadja Ackermann

Il mio cuore non è lontano di casa

Die Rolle der Notare Oldelli für die Aufrechterhaltung der Rückbindung von Migranten
(17.-19. Jahrhundert)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

„Falls [mein Sohn] sich in der Kirche ungezogen verhält, ziehen Sie ihm die Ohren lang – in der Kirche und auch auf der Strasse.“ Diese Worte stammen aus einem der Briefe, den der Stuckateur Giovanni Battista Clerici (1673–1736) von Kassel nach Hause schickte. Der aus Meride im Tessin stammende Clerici gehörte zu jenen Bewohnern des alpinen Raumes, die in der Frühen Neuzeit periodisch ihre Heimat verliessen, um in der Fremde Geld zu verdienen.

Die Überlieferung von Briefen wie derjenige von Clerici weist darauf hin, dass die physische Abwesenheit der Migranten keineswegs mit einer mentalen Absenz gleichzusetzen ist. Da „ihr Herz nie weit weg von zu Hause“ war, bemühten sich die Migranten, ihren Heimatkontakt aufrechtzuhalten. Die alpine Migration war demnach nicht – wie lange angenommen – eine „migration de rupture“, sondern eine „migration de maintien“. Trotz des erfolgten Perspektivenwechsels stellt die Erforschung der Aufrechterhaltung der Heimatkontakte, für welche die Arbeit den Begriff der *Rückbindung* einführt, weiterhin ein Forschungsdesiderat dar.

Mit zunehmender Distanz wurden die physischen Rückwanderungen seltener und der Briefaustausch gewann an Bedeutung. Doch wie konnten Briefe zur Aufrechterhaltung der Rückbindung beitragen, wenn die Briefempfänger weder lesen noch schreiben konnten? In diesen Fällen musste sich ein Lesekundiger als Übersetzer dazwischen schalten. Diese Rolle wird in der Forschung den Notaren Oldelli aus Meride zugeschrieben, von denen ein umfangreicher, aus den Korrespondenzen zwischen den Notaren und Bauhandwerkern aus der Region bestehenden Quellenkorpus aus überliefert ist. Die Oldelli seien in die Rolle eines Vermittlers zwischen Heimat und Fremde geschlüpft und hätten als Scharnier einen essentiellen Part bei der Aufrechterhaltung der Rückbindung der Migranten gespielt.

Die Überprüfung dieser Einschätzung bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit:

Kam den Notaren Oldelli wirklich eine Scharnierfunktion zu? Welche Handlungschancen eröffneten sich ihnen in dieser Funktion? Ausgehend von den Ansätzen der Netzwerktheorie und dem Konzept des sozialen Kapitals werden die Korrespondenzen auf diese Fragen hin analysiert.

Die Darstellung der familiären Situation sowie die Rekonstruktion der Umrisse des Korrespondenznetzes zeigen in einem ersten Schritt, dass die Oldelli mit ihrer doppelten Vernetzung in der lokalen Gesellschaft und mit den *Maestri* die Voraussetzungen für eine Scharnierfunktion erfüllten. Die Rekonstruktion des Korrespondenznetzes verdeutlicht jedoch, dass ein regelmässiger Kontakt vorwiegend mit Bauhandwerkern aus der eigenen Verwandtschaft bestand. Mit den anderen *Maestri* wurden oftmals nur einzelne Briefe ausgetauscht.

Die Untersuchung der in den Briefen formulierten Bittgesuche ergibt in einem zweiten Schritt, dass nur wenige Bitten den Oldelli die Funktion, zwischen zwei durch die geografische Distanz getrennten Knoten zu vermitteln, zuwiesen. Eine Scharnierfunktion hatten die Notare insbesondere bei der Weiterleitung von Briefen inne. In den anderen Fällen wandten sich die Migranten explizit an die Notare Oldelli, weil die Angelegenheit notarielles Wissen erforderte – wie etwa Geldgeschäfte und Erbstreitigkeiten – oder weil man auf die weitläufigen sozialen Beziehungen der Notare angewiesen war.

Wenn sich die *Maestri* „hilfesuchend“ an die Oldelli wandten, schrieben sie den Notaren Macht zu, die jene ohne dieses Ersuchen nicht gehabt hätten. Die *Maestri* versorgten die Oldelli mit Informationen (Kapitalinvestition) und fragten zugleich deren Ressourcen ab (Kapitalnutzung). Die in den Korrespondenzen greifbaren Bittgesuche stellen *empowering interactions* dar, erlaubte es der Briefaustausch doch den Oldelli, die Migranten in der Heimat zu vertreten und dadurch ihre lokale, auf personalen Beziehungen beruhende Machtstellung zu festigen und auszu-

bauen. Durch eine berufliche Diversifizierung (als Notare, Stuckateure, Geistliche und Handelsleute) und die damit einhergehende Multilokalität vermochten die Oldelli ihr Beziehungsnetz auszudehnen. Die Migration – sowohl jene der eigenen Familienmitglieder als auch die von Bekannten – wurde von den Oldelli als Herrschaftsinstrument genutzt. „Überall (mit) jemand(em) sein“ lautete die Devise.

Diese Befunde sind an die Ergebnisse bishe-

riger Studien, wie jene von Laurence Fontaine und Marco Schnyder, anschlussfähig. Die sich abzeichnende Strategie der Oldelli müsste allerdings noch schärfer herausgearbeitet werden. Mit der weiteren Aufarbeitung der Familiengeschichte könnte ein wichtiger Beitrag zur Kenntnis der Strategien lokaler Eliten, welche die eigene Migration und jene anderer als Instrument zu Erwerb und Erhaltung von Macht nutzten, geleistet werden.



Tamara Aeschbacher

Die Geschichte der Schadenslawinen in Nordamerika

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Historische Lawinenabgänge in Nordamerika sind bis zum heutigen Tag nur lückenhaft erforscht. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Historische Katastrophenforschung insgesamt ein sich in der Entwicklung befindliches Forschungsfeld ist. Zum anderen war in Nordamerika das Forschungsinteresse der Geschichtswissenschaft nur punktuell auf Lawinengänge fokussiert. Das Ziel dieser Masterarbeit, die im Auftrag des WSL-Instituts für Schnee- und Lawinenforschung SLF verfasst wurde, war es daher, die Geschichte der Schadenslawinen in den grossen Gebirgszügen Nordamerikas aufzuarbeiten und neue Erkenntnisse über diesen bisher etwas vernachlässigten Teil der Geschichte zu liefern.

Durch die Besiedlung des nordamerikanischen Kontinents und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Entwicklung auch in abgelegenen Berggebieten ist das Schadenpotential der Lawinen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im Laufe des 20. Jahrhunderts wesentlich gestiegen. Im Rahmen dieser Arbeit wurde untersucht, welche Regionen und Vulnerabilitätsgruppen in Nordamerika in diesem Zeitraum von Schadenslawinen besonders betroffen waren. Eine weitere zentrale Frage dieser Studie widmete sich zudem den Bewältigungsstrategien, die von den verschiedenen Vulnerabilitätsgruppen zur Reduzierung oder Vermeidung zukünftiger Schäden gewählt wurden. Neben einer Untersuchung der Präventions- und Vorsorgemassnahmen wurde insbesondere auch der Frage nachgegangen, wie sich die Such- und Rettungsaktivitäten

im Ernstfall gestalteten. In einem letzten Schritt wurde ausserdem ermittelt, inwiefern sich bei den verschiedenen Vulnerabilitätsgruppen ein Bewusstsein für die vorhandene Lawinengefahr entwickelte.

Der US-Bundesstaat Colorado diente in dieser Arbeit als Fallbeispiel für die Geschichte der Schadenslawinen in der zweiten Hälfte des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts. Bis heute ist die Quellengrundlage zur Erforschung von Lawineneignissen für diesen Bundesstaat mit Abstand am ergiebigsten. Als Datengrundlage dienten insbesondere die in den Arbeiten von Betsy Armstrong sowie von M. Martinelli und Charles F. Leaf zusammengetragenen Lawinenunfälle.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die winterliche Stille im *Mountainous West* letztlich durch die ersten Goldfunde Mitte des 19. Jahrhunderts gebrochen wurde. Im ganzen nordamerikanischen Westen führten weitere Goldfunde rasch zu neuen Bergarbeiterlagern und Siedlungen. Es konnte nachgewiesen werden, dass Lawinen während der Wintermonate zu den alltäglichen Gefahren eines Bergbewohners gehörten, und ihren Tribut mit zahlreichen Lawinentoten und Sachschäden an Minengebäuden und Wohnbaracken forderten.

Die Bergbauindustrie blieb zwar in manchen Regionen bis in die 1920er-Jahre erfolgreich und profitabel, der Niedergang dieses Industriezweigs war jedoch nicht aufzuhalten. Der wirtschaftliche Abschwung und der damit einhergehende Bevölkerungsrückgang in den Bergregionen führte dazu, dass es in der Zwischenkriegszeit nur verein-

zelt zu Todesfällen und Sachschäden kam.

Der Aufschwung des modernen Wintersports nach dem Zweiten Weltkrieg lockte nicht nur tausende Wintersportler in die Bergregionen, sondern steigerte auch das Verkehrsaufkommen auf lawinengefährdeten Strassen und führte zu vermehrter Bautätigkeit in gefährdeten Zonen. Es konnte aufgezeigt werden, dass kommerzielle Skigebiete und Strassenbaubehörden in den letzten Dekaden mit der Implementierung von Lawinenschutzprogrammen die Opferzahlen in diesen Risikogruppen allerdings massiv senken konnten. Seit den 1970er- und 1980er- Jahren konnte zu-

dem vermehrt die Einführung von Landnutzungsordnungen und weiteren raumplanerischen Massnahmen beobachtet werden.

Lawinenschutzmassnahmen waren jedoch keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Lawinenkonzepte, die heute akzeptiert und verwendet werden, waren bereits unter den Bergbewohnern des 19. Jahrhunderts bekannt. Im ganzen *Mountainous West* entwickelten Bergbau- und Eisenbahnarbeiter im Laufe der Zeit aufgrund vielseitiger Erfahrungen ausgeklügelte Bewältigungsstrategien.



Daniel Artho

Von den Novemberwahlen bis zum Judenboykott Jüdische Pressestimmen in der Zeit der NS-Machtergreifung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Marina Cattaruzza

Im Jahre 1932 geriet der spektakuläre Aufstieg der NSDAP in Deutschland gleich mehrfach ins Stocken. Adolf Hitler schien sich mit seinem Alleinherrschaftsanspruch in eine politische Sackgasse manövriert zu haben. Vor diesem Hintergrund fanden mit den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 bereits die fünften grossen Wahlen in diesem Jahr statt, die für die NSDAP einen erstmaligen Rückgang an Wählerstimmen zur Folge hatten. Eine erneute Abweisung Hitlers durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, parteiinterne Querelen und massive finanzielle Probleme bei der NSDAP weckten bei ihren Gegnern und späteren Opfern die Hoffnung, die Hitler-Partei hätte ihren Zenit überschritten und werde über kurz oder lang in der politischen Versenkung verschwinden. Ein ganz und gar nationalsozialistisches Deutschland schien nicht mehr im Bereich des Möglichen zu liegen. Es sollte jedoch anders kommen. Wenige Monate später hatten Hitler und die NSDAP mit der Ausschaltung der Volksvertretung und der politischen Opposition die Weichen für die künftige NS-Diktatur gestellt. Die deutschen Juden gehörten dabei nicht nur zu den ersten Opfern der Hitler-Diktatur, sondern waren bereits vor Hitlers Machtantritt in Deutschland eine stark bedrängte und ausgegrenzte Minderheit. Dies manifestierte sich tagtäglich und schonungslos durch massive antisemitische Hetze, politischen Boykott und der Verdrängung aus der deutschen Öffentlichkeit.

Vor dem Hintergrund der untergehenden Weimarer Republik und der im Entstehen begriffenen NS-Diktatur spielte die deutschsprachige jüdische Presse eine besonders wichtige Rolle als Nachrichten- und Informationsquelle sowie als emotionale Stütze in Zeiten der Bedrängung und Verfolgung. Der Aufstieg der NSDAP, die massive antisemitische Hetze der Nationalsozialisten, die Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus der deutschen Öffentlichkeit sowie Hitlers Machtergreifung 1933 und deren unmittelbare Konsequenzen für das deutsche Judentum machten verständlicherweise einen grossen Teil der jüdischen Presseberichterstattung im In- und Ausland aus. Für diese Masterarbeit wurden als Primärquellen fünf deutschsprachige jüdische Zeitungen untersucht. Es waren dies Presseorgane, die sich in ihrem Selbstverständnis als „jüdisch“ identifizierten und von jüdischen Journalisten für ein jüdisches Lesepublikum publiziert wurden. Die gewählten Zeitungen waren auf politischem, religiösem und ideologischem Spektrum unterschiedlich positioniert und gaben somit jeweils ihre eigene Sicht der Dinge wieder. Es handelte sich bei den erwähnten Periodika konkret um die *CV-Zeitung* und die *Jüdische Rundschau* aus Deutschland, die *Wahrheit* und die *Neue Welt* aus Österreich sowie um das *Israelitische Wochenblatt für die Schweiz*. Diese Zeitungen, die im Rahmen dieser Arbeit über einen Zeitraum von 6 Monaten – vom November 1932 bis zum

Ende des Monats April 1933 – analysiert wurden, deckten einen Grossteil der veröffentlichten jüdischen Meinung ab und lieferten in ihrem länderübergreifenden Vergleich wertvolle Erkenntnisse. In dieser Arbeit werden, nebst den jeweiligen Eigenheiten der untersuchten deutschsprachigen jüdischen Gemeinden, vor allem die omnipräsenten innerjüdischen Grabenkämpfe zwischen liberal-assimilierten und zionistisch gesinnten Juden sichtbar, die, nicht zuletzt aufgrund des NSDAP-Aufstieges in Deutschland und Österreich, deutlich an Brisanz gewannen.

Ziel der Arbeit ist dabei nicht, die Geschichte der NS-Machtergreifung in ihrer Gesamtheit anhand der jüdischen Presse nachzuerzählen, wenn auch die historische Kontextualisierung der analysierten Ereignisse zum strukturellen Verständnis unabdingbar ist. Vielmehr sollen die Quellen selbst Zeugnis ablegen und dem Betrachter die facettenreiche und turbulente Zeit des Untergangs der Weimarer Republik und der NS-Machtergreifung im Spiegelbild der deutsch-

sprachigen jüdischen Presseberichterstattung vor Augen führen. Dabei werden Erwartungen, Ängste und Hoffnungen herausgearbeitet, welche die deutschen Juden und die deutschsprachigen Juden Österreichs und der Schweiz hinsichtlich der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ereignisse in der Zeit der NS-Machtergreifung hegten, und wie sich diese in der jüdischen Presse manifestierten. Dazu wird der Frage nachgegangen, wie das deutsche Judentum seine Stigmatisierung und Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben wahrnahm und welche Implikationen sich daraus für das deutschsprachige Judentum ausserhalb Deutschlands ergaben. Ausserdem wird auf die spezifischen Charakteristika der analysierten Periodika und ihrer jeweiligen Positionierung gegenüber ihrer jüdischen und nichtjüdischen Umwelt eingegangen. Die herausgearbeiteten Erkenntnisse werden dabei anhand zahlreicher Originalzitate, die gleichzeitig den Sprachduktus der Jahreswende 1932/1933 wiedergeben, verdeutlicht.



Stefanie Bietenhard

Das Berner Rathaus als sozialer Raum Ende des Ancien Régime

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Das Berner Rathaus als sozialer Raum steht im Mittelpunkt dieser Arbeit. In diesem Raum bewegten sich Menschen, die in Beziehung zu anderen Menschen standen und mit ihnen kommunizierten. Es soll hier deshalb der Versuch unternommen werden, die im Rathaus stattfindenden Beziehungen und Kommunikation mithilfe der Raum- und der Kommunikationstheorie näher zu beschreiben. Da das Rathaus in Bern im Ancien Régime als das Machtzentrum der Stadt zu bezeichnen ist, sich somit die Machtträger der Stadt darin befanden, liegt es nahe, den Fokus auf die sozialen Beziehungen dieser städtischen Elite zu legen. Damit lässt sich gleich auch die Fragestellung formulieren: Wie funktionierte städtische Herrschaft unter den Bedingungen der Raum- und der Kommunikationstheorie am Ende des Ancien Régime?

Diese Arbeit beginnt mit einem Beschrieb der beiden genannten Theorien, anschliessend folgt eine Übersicht zur Geschichte des Rathauses und seiner Funktionalität unter Zuhilfenahme

von Luhmanns Systemtheorie. Die daraufhin folgende Anwendung der beiden Theorien auf den Raum des Berner Rathauses stützt sich auf einen breiten Quellenkorpus, unter anderem auf das Curialia und Agenda Buch.

Aus den drei Untersuchungsfeldern – der Kommunikation, des sozialen Raumes sowie der Funktionalität des Rathauses – lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Die Raumdisposition des Berner Rathauses sowie das Verhältnis der Gesellschaft zur Politik geben über den Ausdifferenzierungsgrad des politischen Systems Aufschluss: Zwar ist die Verwaltung am Ende des Ancien Régime in Nebenbauten ausgelagert worden, trotzdem befindet sie sich immer noch in einer räumlichen Abhängigkeit vom politischen Machtzentrum im Rathauskerngebäude. In Bern herrschten einige Wenige, welche ihre politische Position ihrem sozialen und ökonomischen Kapital verdankten und damit wechselseitig auch ihren Rang in der sozialen Hierarchie stützten. Beide Hinweise lassen erkennen, dass das Funkti-

onssystem der Politik in Bern am Ende des Ancien Régime noch stratifikatorisch differenziert werden muss, jedoch bereits einige Ansätze der funktionalen Differenzierung aufweist.

Soziale Räume sind immer an Orte gebunden; am Ende des 18. Jahrhunderts befinden sich nur noch die drei untersuchten Räume des Grossen, des Kleinen Rates und des Gerichts am Ort des Rathauses. Die sozialen Räume stimmen meistens mit ihren physischen Räumen mit gleicher Bezeichnung überein. Dies galt sowohl für die abgeschlossenen sozialen Räume an Ostern, in denen gewählt und über Ämter bestimmt wurde, als auch für den ebenfalls abgeschlossenen sozialen Raum des Grossen Rates im Alltag, in dem über die täglich anfallenden Geschäfte entschieden wurde.

Machtverhältnisse in einem sozialen Raum schlugen sich nieder in der Sitzordnung, in der Kleidung, im Recht zu sitzen, im Recht zu sprechen und im Recht, zuerst sprechen zu dürfen. Noch wichtiger als im geschlossenen war es im offenen Raum der Darstellung von Entscheidungen, die Machtverhältnisse und Herrschaft kenntlich zu machen.

Entscheidungen, die das tägliche Geschäft betrafen, wurden im Arkanum des Regiments mittels folgender Verfahrensmöglichkeiten hergestellt: Der Anfrage, der Umfrage und dem Mehren. Opiniert und abgestimmt wurde immer nach der gleichen Reihenfolge, welche auf der sozialen Hierarchie basiert: Zuerst die Mitglieder des Kleinen Rates, dann die des Grossen Rates.

Die Osterwoche in Bern kann als Kommuni-

kationszusammenhang verstanden werden, der aus verschiedenen Wahlverfahren, Ritualen und Zeremonien bestand. Die gemeinsamen Merkmale aller Wahl- und Bestätigungsverfahren zu den politischen Ämtern waren der Vorschlag und das offene Abstimmen darüber. Bei manchen Verfahren, wie zum Beispiel der Sechzehnerwahl, der Heimlicherbesetzung oder der Verteilung der lukrativen Landvogteien (ab 1710) kam zusätzlich das Element des Loses hinzu.

Die Rituale während der Osterwoche hatten mehrere Funktionen: Das Verlesen der Ordnungen brachte Struktur und kommunikative Sicherheit in die Verfahren, die Eide, vor der Wahl gesprochen, banden zusätzlich die Teilnehmer an das Verfahren, und die Eide nach der Wahl legitierten einerseits das Verfahren, andererseits hatten sie eine performative Wirkung, welche eine Darstellung der sozialen Ordnung ermöglichte.

Die rituellen Elemente der Kleidung und der Sitzordnung hatten die Funktion, die soziale Hierarchie innerhalb eines Entscheidungsverfahrens, aber auch bei der Darstellung desselben zu verdeutlichen. Auch die Predigt war ein wichtiges Element bei der Darstellung von Entscheidungen: Im gemeinsamen religiösen Akt mit den Bürgern konnten einerseits die Machtverhältnisse in der Stadt verdeutlicht, andererseits ein Konsens hergestellt werden, der die soziale Ordnung legitierte. Natürlich erhielten die nachfolgenden Verfahren durch die Predigt auch eine göttliche Legitimierung.



Sarah Bloch

Hinrichtungen im Kanton Bern von 1805 bis 1861

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Im 19. Jahrhundert wurden öffentliche Hinrichtungen im Deutschen Reich, in Preussen, in Frankreich, in Österreich, in Grossbritannien, in den Niederlanden, in den USA und in der Schweiz praktiziert. Sie waren nichts Aussergewöhnliches. Hinrichtungen waren stets aufwendig geplante und strukturierte Schauspiele gewesen. Ein Zeremoniell legte den Ablauf genau fest. Das gesamte Prozedere kann mit einem Theater verglichen werden, da jede öffentliche Exekution eine Performance, eine Inszenierung und ein Ri-

tual beinhaltet. Sie ist eine Aufführung mit festem Drehbuch, das die Vorgehensweisen der Aufführung regelt und sich stets wiederholt. Zum Thema der Masterarbeit Hinrichtungen im Kanton Bern von 1805 bis 1861 stellte sich folgende Frage: *Wieso konnte das Schauspiel der Hinrichtung trotz einer liberalen und aufgeklärten Gesellschaft im Kanton Bern bis ins Jahr 1861 öffentlich inszeniert werden?* Der Kanton Bern praktizierte eine sehr restriktive Begnadigungspraxis und dementsprechend wurden im unter-

suchten Zeitraum (1805-1861) Mörder und Diebe in der Regel nicht begnadigt. In dieser Begründung schwebt auch der Gedanke der Vergeltung als Argument für die Todesstrafe mit, denn für einen Mord sei nur der Tod die adäquate Form der Bestrafung. Zweck des öffentlichen Tötens war es, die Zuschauer abzuschrecken und die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen. Eine öffentliche Hinrichtung wurde für das Publikum konzipiert und von ihm zahlreich besucht. Die Menschen liessen sich einerseits abschrecken und andererseits sahen sie dem „bunten“ Treiben auf dem Schafott beinahe gleichgültig zu. Bei solchen volksfestähnlichen Veranstaltungen kam es unter den Anwesenden immer wieder zu Tumulten oder Krawallen, wie zum Beispiel bei Fehlschlägen des Scharfrichters. Der Kanton Bern verletzte nicht, wie viele übrige Teile Europas oder auch die USA, die öffentliche Vollstreckung eines Todessurteils hinter Gefängnismauern. Dies lag daran, dass es ab 1848 keine Volksaufstände oder Revolutionen mehr gab, die die öffentliche Ordnung gestört hätten und unterdrückt hätten werden müssen. Bern besass nach 1848 auch kein Scharfrichteramt mehr. Auswärtige Scharfrichter wurden organisiert. Aus diesen Gründen konnte ein Todessurteil bis in das Jahr 1861 öffentlich vollzogen werden. Nach der letzten Hinrichtung von Johann Kläntschli am 9. Dezember 1861 wurden Todessurteile in Haftstrafen umgewandelt. Die Totalrevision der Bundesverfassung 1874 bestimmte ein gesamtschweizerisches Verbot der Todesstrafe. Dieses Verbot wurde 1879 wieder aufgehoben. Der Kanton Bern nahm dies aber nicht mehr zum Anlass, die Todesstrafe wieder einzuführen.

Neben dem Delinquenten und dem Publikum besetzten der Pfarrer und der Scharfrichter wichtige Rollen im Exekutionsspektakel. Der Pfarrer begleitete den Täter zur Richterstätte ausserhalb der Stadt und unterstützte ihn auf dem Weg durch Gebete. Der Geistliche sprach nach dem vollstreckten Urteil eine Standrede, in der er auf die Biographie und das Delikt des Delinquenten einging und richtete gleichzeitig mahnende und warnende Worte ans Publikum, nicht Gleiches zu tun. Manchmal kam es vor, dass der Täter vor seiner Exekution einige Worte sprach. Der Henker übte die zentralste und schwierigste Tätigkeit aus. Seine Aufgabe bestand darin die Tötung, sei

es durch das Rad, das Schwert oder den Strang, zu vollziehen. Dies waren die häufigsten Hinrichtungsmethoden. Im Kanton Bern wurden die Übeltäter ab den 1830er Jahren ausschliesslich mit dem Schwert hingerichtet. Der Scharfrichter war für einen reibungslosen Ablauf des Tötungsaktes verantwortlich. Er sollte mit einem sicheren Schlag den Delinquenten töten. Doch das Köpfen mit dem Schwert war keineswegs eine leichte Aufgabe, da sie Konzentration, Kraft und Präzision erforderte. Fehler kamen durchaus vor, wie bei der Exekution von Jakob Wyssler. Der erste Schlag ging direkt in die Schultern und erst der zweite war dann tödlich. Solche misslungene Hinrichtungen konnten Proteste auslösen.

Insgesamt 58 zum Tode verurteilte und hingerichtete Delinquenten wurden näher untersucht. Hierbei handelte es sich um 15 Frauen und 43 Männer. Das erstellte soziale Täterprofil lieferte wichtige Informationen über das Alter, das Geschlecht, den Stand und den Beruf des Delinquenten. Aus den Quellen gingen ebenso die verübten Delikte sowie die Hinrichtungsmethoden hervor. Die berufliche Tätigkeit gab Auskünfte über ihre soziale Herkunft. Denn ausser einem männlichen Delinquenten, der ein Studium absolvierte, arbeiteten alle als Tagelöhner, Dienstmägde, Spinnerinnen, Knechte oder Landarbeiter. Dies sind klare Hinweise für Personen aus der untersten sozialen Schicht, die in ärmlichen Verhältnissen lebten. Da erstaunt es nicht, dass neben Habgier, Hass und Rache auch Armut eines der häufigsten Tatmotive war. Die Ergebnisse, die aus den Quellen zu entnehmen waren, bestätigen, dass straffällig gewordene Delinquenten im Kanton Bern vorwiegend wegen Tötungs- oder wiederholter Eigentumsdelikte (Diebstähle, Einbruchsdiebstähle) öffentlich hingerichtet wurden. Die Kindstötung war bei den Frauen, und der Mord bei den Männern die am meisten verübten Taten.

Bis 1992 kannte man die Todesstrafe noch im Militärgesetz. Ab 2000 wurde die Todesstrafe gemäss Artikel 10 der Bundesverfassung verboten: „Jeder Menschen hat das Recht auf Leben. Die Todesstrafe ist verboten.“ Das Leben ist das höchste Gut und jeder sollte das Recht auf Leben haben. Die Integrität des Menschen sollte unter allen Umständen geschützt werden.



Zürcher Bevölkerungsverzeichnisse: eine 'Pisa-Studie' in der Frühen Neuzeit?

Lesen zwischen Schulbildung, Frömmigkeit, Privatlektüre und sozialer Wirklichkeit in Stadt und Landschaft zwischen 1637 und 1750

Masterarbeit bei Prof. Dr. Heinrich Richard Schmidt

Im Staatsarchiv Zürich liegen mit den Bevölkerungsverzeichnissen Quellen vor, welche für die meisten Grundprobleme der historischen Alphabetisierungsforschung Abhilfe schaffen können: zahlreiche der insgesamt 1735 Zürcher 'Catalogi' enthalten Lese- und teilweise Schreibfähigkeitsangaben, die der Pfarrer für seine Gemeindeglieder notiert hat. Solche direkten Quellen, die europaweit selten und meist nur für Kleinregionen erhalten sind, stellen einen immensen Fortschritt gegenüber der umfangreich betriebenen Signaturforschung dar, die mangels Alternativen von der Signierfähigkeit auf die Lesefähigkeit schliessen musste. Durch ihre Datierung von 1637–1767 decken die Rödel ausserdem einen Zeitraum ab, welcher als besonders schwierig zu erschliessen gilt. Marie-Louise von Wartburg-Ambühl hat den Quellenbestand bereits 1981 nach Angaben zu Bücherbesitz und Alphabetisierung hin durchgesehen – und alleine 97 Verzeichnisse mit Alphabetisierungsangaben ausgewertet. Diese Studie hat das von Rudolf Schenda geprägte Forschungsparadigma eines illiteralen Volkes vor 1830 – seine Schätzung von 15% für 1770 hat Einzug in historische Handbücher gefunden – als unhaltbar erscheinen lassen: bereits in den 8 Erhebungen vor 1650 liegen die Werte der Zürcher Gemeinden zwischen 17% und 41% für die Gesamtbevölkerung, zwischen 1725 und 1750 erreichen 22 von 27 Gemeinden Werte über 50%, 16 bereits über 70%.

Bei aller Würdigung dieser von der Schweizer Bildungsforschung mehrheitlich ignorierten Pionierleistung Wartburgs konnte die Masterarbeit aufzeigen, weshalb eine erneute und vertiefte Auseinandersetzung mit dem Quellenbestand dringend notwendig ist: zu den Defiziten ihrer Studie gehören die fehlende Vollständigkeit, das deduktive Vorgehen, der Einbezug unzuverlässiger Quellen sowie das unausgeschöpfte Potential – die Pfarrer hatten schliesslich nicht nur Namen und Alter, sondern oftmals auch den Beruf, den Schulbesuch, die religiösen Fähigkeiten und den Bücherbesitz der Gemeindeglieder notiert, Wartburg beschränkt sich trotzdem auf die Gesamtbevölkerung und die Variable des Ge-

schlechts.

Die Masterarbeit konnte in einem ersten Schritt aufzeigen, dass das Anlegen der Catalogi ein von der Obrigkeit lange gefordertes, bei den Pfarrern zumindest ursprünglich umstrittenes Instrument der Bildungs- und Glaubensevaluation im kirchlichen Sinne darstellte: nach anfänglich regelmässig und zahlreich eintreffenden Röcheln unterlag die Häufigkeit der Eingabe über die Erhebungsdauer hinweg grossen Schwankungen, mehrmals wurde aber beinahe die gesamte Zürcher Landschaft befragt. Bei 83% der 1735 Rödel wurden die religiösen Fähigkeiten – jeweils abgestuft nach der in Lehrbüchern, Schulordnungen und Kirchenordnungen vorgeschriebenen Reihenfolge von Gebeten und Katechismen – verzeichnet, bei 12% sind Angaben zur Lesefähigkeit enthalten, bei 9% der über die Bibel hinausgehende, religiöse Buchbesitz. Interessant ist die offensichtliche Verschiebung der pfarrlichen Interessen und Bildungsvorstellungen über den Zeitverlauf hinweg: wurden bei 93% der Rödel von 1633-1660 katechetische Fähigkeiten und Gebete erhoben, sind diese Angaben ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der Minderheit. Gleichzeitig rückte gerade die Lesefähigkeit vermehrt ins Blickfeld der Pfarrer: der Anteil der Verzeichnisse mit entsprechenden Angaben steigt von den ersten beiden Zeitphasen des 17. Jahrhunderts mit 5 und 6 Prozent auf 23% um die Jahrhundertwende, erreicht bei den 142 Röcheln 1721-1750 39% und liegt dann in der Mehrheit.

Für die spezifische Auswertung der Lesefähigkeit wurden 9 Bevölkerungsverzeichnisse ausgewählt. Um über die vorhandenen Angaben Einflussfaktoren für die Alphabetisierung bestimmen zu können, wurden die relevanten Kontexte und Dimensionen der messbaren Impulse der Schulbildung (Alter, konkrete Angaben), sozio-ökonomische Faktoren (Beruf/Amt) sowie Glaubensströmungen und Lektürepraxis (Buchbesitz) erörtert und spezifische Kohorten gebildet. Durch die Hinzunahme älterer Forschung und zahlreicher Kommentare in den Röcheln selbst sowie anderer Quellen konnte deutlich aufgezeigt werden, dass in den Verzeichnissen

mindestens das Lesen von Drucktexten abgebildet wird – und die Zuweisung der Pfarrer auf zuverlässigen Grundlagen basierte.

Die zahlreichen und vielseitigen Befunde müssen sich hier auf ein Minimum beschränken: im ausgewerteten Gebiet der Stadt Zürich sind 1637 von über 2000 Personen bereits mindestens 53% alphabetisiert – hier kommt der Verweis des Lesens bis auf 7 Personen immer in Kombination mit der Schreibfähigkeit vor. Der gerade bei bildungsnahen Personengruppen oft fehlende Verweis lässt darauf schliessen, dass das städtische Zürich im 17. Jahrhundert grossmehrheitlich alphabetisiert gewesen sein muss. Deutlich zeigte sich die Bildungsnähe der Handwerker: die Männer erreichen in jeder der nach Zünften differenzierten Kategorien über 75%, und auch deren Frauen erreichen immer über 60%, meist über 70%

Für die Landschaft zeigte sich u.a., dass nicht nur die lokalen Ehrbarkeiten oder die Betreiber eines ehaften Gewerbes fast vollständig alphabetisiert gewesen sind, sondern auch die Bauern in den gebildeten Kategorien über 70% und 80% erreichen, während die prekären Erwerbstätigen vergleichsweise schlecht abschneiden. Weiter zeigten sich strukturelle Faktoren: Die fast 2000 Personen Elggs erreichen 1722 mit 79% für die Gesamtbevölkerung ab sechs Jahren einen Höchstwert. Interessant ist, dass die Kirchgemeinde des mit Marktrecht ausgestatteten Fleckens es sich leistete, zwei Schulen im Hauptort und für die etwas mehr als 1000 Personen in den umliegenden Dörfern und Weilern weitere fünf Schulen zu unterhalten. Diese wurden zum Erhebungszeitpunkt von 80% der Knaben und 60% der Mädchen im schulrelevanten Alter besucht. Beide Geschlechter zwischen 10 und 30 waren dementsprechend fast vollständig alphabetisiert. Die 804 Personen Hirzels 1689 wiederum – die Gemeinde hatte zu jener Zeit mit über 60% den höchsten Anteil an protoindustriellen Arbeitskräften in ganz Zürich – offenbaren die negative Auswirkung der primär von Frauen und Jungen ausgeführten Heimarbeit. Von den 11 Näherin-

nen konnten nur zwei lesen, von den 184 Spinnerinnen nur 28%, und von den Weberinnen 36%. Von den 10- bis 20-Jährigen lasen 54% der Knaben und nur 25% der Mädchen, von den in Heimarbeit beschäftigten 24 Knaben besuchten nur 9 die Schule, von den 66 Mädchen sogar nur deren 14. Das Beispiel Äugsts hingegen – eine kleine, bäuerliche Gemeinde, in welcher die Pfarrersfrau im Lesen, der Pfarrer im Schreiben unterrichtete – verdeutlicht die Möglichkeiten einzelner Akteure, des 'Lokalismus': 1708 lasen 55% der 364 Personen ab 6 Jahren, die potentiellen Schulbesuchenden erreichten 76%, die potentiellen Schulabgänger 71%, wobei sich die Werte beider Geschlechter hier stark angingen.

Bezüglich des Buchbesitzes ist vorab die quantitative Verbreitung bemerkenswert: die Haushalte ohne Bücher waren überall klar in der Minderheit. Die Personen mit vermehrtem Zugang zu Büchern konnten deutlich besser lesen als solche ohne oder mit nur wenigen Büchern – gleichzeitig waren Zugang zu Lektüre und Alphabetisierung aber nicht aneinander gebunden. Interessant erscheint in diesem Kontext eine Analyse von spezifischen, schlecht lesenden Personengruppen. So konnten bspw. von den über 51-jährigen Frauen Elggs diejenigen mit Zugang zur Bibel und anderen Büchern zu 77% lesen, von denjenigen in Haushalten ohne Angaben waren es weniger als 25%. Hervorzuheben ist weiter der Zusammenhang von erbaulicher und pietistischer Literatur mit der Lesefähigkeit. In Herrliberg 1701, wo die Protoindustrie ebenfalls recht stark verbreitet war, zeigt sich dies an der schwach alphabetisierten Gruppe der Frauen ab 31: von den Frauen mit Zugang zu 5 oder mehr Büchern und mindestens einem Erbauungswerk lasen 79%, wogegen nur eine von 17 Frauen in Haushalten ohne Bücherangaben lesen konnte.

Eine Auswahl der Ergebnisse wird publiziert in: Schmidt, Heinrich R./Egger, Michael: Alphabetisierung, Schulbesuch und Lektüre im Kontext dörflicher ökonomischer Strukturen des Kantons Zürich vor 1800. In: Dörfliche Erwerbs- und Nutzungsorientierungen: Bausteine zu einem überregionalen Vergleich. Kassel University Press 2015.



Und sie wandelt sich doch!

Die Einsiedler Klostersgemeinschaft seit 1934

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Das Kloster scheint für viele Zeitgenossen eine unveränderliche Institution zu sein, in der die Zeit für immer still steht. Diese Annahme widerlegt die vorzustellende Masterarbeit, indem sie – kontextualisierend in den gesamtgesellschaftlichen und kirchlichen Rahmen – den tiefgreifenden inneren und äusseren Wandlungsprozessen nachspürt, die die aus Laienbrüdern und zu Priestern geweihten Patres bestehende Mönchsgemeinschaft des Benediktinerklosters Einsiedeln in den vergangenen acht Jahrzehnten erfuhr.

In einem ersten Schritt wurde dabei mittels einer prosopographischen Untersuchung das Profil eines jeden der 173 seit 1934 eingetretenen Mönche eruiert, wozu Informationen wie Familiengrösse, Bildung, Ort der verbrachten Kindheit und Jugend, Eintrittsalter oder Beruf des Vaters erfasst wurden. Als Quellen hierfür dienten Nachrufe, Personaldossiers, Daten aus dem Familienregister der entsprechenden Zivilstandsämter sowie Protokolle jener Versammlungen der Mönche, in denen über die Aufnahme der an die Klosterpforte klopfenden Männer beraten wurde. Dabei zeigte sich, dass in einer ersten Zeitspanne zwischen 1934 und 1961 die neu eintretenden Mönche vornehmlich vom Land und aus mehrheitlich katholischen Gebieten stammten, aus einem traditionellen Milieu also, in dem Glaube und Kirche im Alltag und öffentlichen Leben eine grosse Rolle spielten, während sie zudem in relativ jungem Alter – die Patres meist direkt nach der häufig am kloster eigenen Gymnasium erlangten Matura und Rekrutenschule – in die Gemeinschaft kamen und mehrheitlich überdurchschnittlich grossen Familien mit knapp sechs Kindern entstammten.

Die anschliessenden 1960er Jahre markieren in der jüngeren Klostergeschichte einen deutlichen Bruch, nicht nur aufgrund des seither andauernden Rückgangs der Zahl der Klosterintritte, sondern auch aufgrund einer neuen Generation eintretender Mönche. Für sie ist dabei bezeichnend, dass seit 1962 kein einheitliches Bild mehr nachgezeichnet werden kann, weisen sie doch – parallel zur voranschreitenden Individualisierung der westeuropäischen Gesellschaft – eine viel

grössere Diversität bezüglich ihrer sozialen Provenienz, Weltanschauung und gelebten Frömmigkeit auf. Nichtsdestotrotz sind in der Betrachtung ihres Hintergrundes einige allgemeine Züge auszumachen: So ist etwa als allgemeine Entwicklung neben dem deutlichen Bedeutungsrückgang des diesbezüglich einst so wichtigen landwirtschaftlichen Sektors als Berufungsmilieu auch die höhere Vorbildung sowie das tendenziell höhere Eintrittsalter und die kleinere Geschwisterzahl festzustellen. Vor allem aber ist bei den meisten ihrer Biographien kein Automatismus des Weges in die Klostersgemeinschaft mehr zu beobachten, wie er für die Zeit davor oft der Fall war, nicht selten auch verbunden mit einem gewissen sozialen Druck. Es zeigt sich also, dass mit den neuen Mönchen stets Kinder der jeweiligen Zeit ins Kloster eintreten, die damit auch eine gewandelte Mentalität sowie Selbst- und Welt-sicht in die Gemeinschaft einbringen, sodass sich mit den verschiedenen Generationen unter einem Dach eine nicht selten herausfordernde Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen ergibt.

Ein besonders dichter Wandlungsprozess vollzog sich in den 1960er Jahren – wie in der gesamten katholischen Kirche der Schweiz – gerade auch hinsichtlich der klösterlichen Mentalität, Spiritualität und Alltagsgestaltung, indem man sich bewusst von als veraltet und überkommen wahrgenommenen Lebens- und Erscheinungsformen verabschiedete: Diese Zäsur ist einerseits als Folge von schon länger andauernden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu verstehen, andererseits aber auch als eine Konsequenz der Verlautbarungen des zu dieser Zeit tagenden Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965), das seinerseits wiederum als Reaktion der Kirche auf die veränderten Zeitumstände zu sehen ist.

Es wäre indes irreführend zu meinen, dass der in Einsiedeln für die vergangenen achtzig Jahre zu beobachtende vielfältige Wandel lediglich fremdbestimmt gewesen sei: Vielmehr ist er nämlich auch als Folge von autonom gefällten Entscheidungen im Kontext einer teils bewusst gesuchten Anpassung an die Welt zu verstehen. Zwar führte etwa die Entwicklung hin zu einem

kleiner werdenden Konvent und dessen steigendes Durchschnittsalter infolge des Rückgang der Zahl der Neueintritte sowie die daraus resultierende Abnahme eigener Arbeitskräfte zwangsläufig zur Aufgabe oder Externalisierung verschiedener Aufgaben, doch der Schritt hin zu einer erhöhten Professionalisierung in den verschiedensten Arbeitsbereichen des Klosters beispielsweise

war vielmehr eine selbstbestimmte Entscheidung der Mönche und keinesfalls eine logische Notwendigkeit. Dies zeigt die dynamische Lebendigkeit, mit der die Einsiedler Mönche unter sich stets verändernden Umständen ihren selbstgesetzten Auftrag in Kirche und Gesellschaft auch in Zukunft wahrzunehmen versuchen.



Alexander Fernández

¡Unión, hermanos proletarios!

Die Gewerkschaften der Minenarbeit in Asturien und die Oktoberrevolution von 1934

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

Im Oktober 1934 war es, im Anschluss an den Wahlsieg der rechtskonservativen Partei CEDA (*Confederación Española de Derechas Autónomas*) und der Ernennung dreier CEDA-Mitglieder in die Regierung zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. Besonders die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE) mobilisierten in den grösseren Städten, ebenso die Gewerkschaften, so etwa die dem PSOE nahestehende Arbeiterunion, die UGT (*Unión General de Trabajadores*). Die mit der UGT konkurrierende anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT (*Confederación Nacional del Trabajo*) hatte ebenfalls zahlreiche Mitglieder, die jedoch meistens nicht mit der UGT und dem PSOE kooperierten.

Aber auch die CEDA konnte auf grossen Rückhalt in weiten Teilen der Bevölkerung zählen, was mit Massendemonstrationen zwischen 1933 und 1934 bewiesen wurde. Der charismatische Anführer der CEDA, Gil-Robles, galt als Bewunderer Adolf Hitlers und liess sich von dessen Grossaufmärschen und Rhetorik beeinflussen. Politisch stand ihm jedoch der katholisch-autoritäre Quasi-Faschismus vom Typus eines Engelbert Dollfuss näher.

Der Aufstand von 1934 seitens des PSOE und seiner Verbündeten gegen die legale Regierung schlug fehl, nur in Asturien wurden die staatlichen Strukturen über längere Zeit vollständig zerstört.

In der Forschung gibt es keinen Konsens über die Motive der verschiedenen Akteure. Die Spannweite der Theorien dazu reicht von einem rein defensiven Charakter des Aufstands, bei dem

linke Kräfte jeglicher Tönung versuchten, „ihre“ Republik vor einer ihrer allfälligen faschistischen Unterhöhlung zu retten, bis hin zur Idee, wonach die linken Parteien die Legalität der Republik nur vorläufig respektierten. Im Zweifelsfall waren sie bereit, die Republik zu Gunsten der Revolution zu opfern. Für die erste These spricht insbesondere, dass weite Teile der Bevölkerung sich des Vormarschs faschistischer Strömungen im Europa der zwanziger und dreissiger Jahre durchaus bewusst war. Über die Partei- und Gewerkschaftsorgane wurden sie laufend über die Entwicklungen im Ausland in Kenntnis gesetzt, etwa über Hitlers Machtergreifung 1933 oder die Februarkämpfe von 1934 in Österreich. Spaniens junge Republik hätte bereits das nächste Opfer dieses Flächenbrands werden können. Anhänger der zweiten These hingegen betonen, dass es die linken Kräfte waren, die sich zuerst mit Waffengewalt gegen die legal gewählte Regierung der Republik erhoben, und dass für diese Kräfte die demokratische Republik sowieso nur Mittel zum Zweck sei, die soziale Revolution zu realisieren. Einige Autoren, beispielsweise Pío Moa, bringen den Aufstand vom Oktober 1934 in Zusammenhang mit dem zwei Jahre später folgenden Bürgerkrieg und bezeichnen die Oktoberrevolution als „erste Schlacht des Spanischen Bürgerkriegs“.

Die Masterarbeit untersucht, welche Rolle den verschiedenen Minenarbeitergewerkschaften Asturiens zukommt. Dabei werden zunächst die schon genannten politischen und gewerkschaftlichen Akteure analysiert, besonders auch ihre asturischen Sektionen, sowie die Zeitungen dieser Gruppierungen. Zweitens wird aufgezeigt, wie die Oktoberrevolution konkret ablief und welche

Rolle dabei die Schlüsselfiguren innerhalb der Minenarbeitergewerkschaften spielten. Zuletzt wird noch einmal die Frage nach der vermeintlichen „ersten Schlacht des Spanischen Bürgerkriegs“ aufgegriffen. Herangezogen wurden hierfür die Archive der Pablo-Iglesias-Stiftung und der Francisco-Largo-Caballero-Stiftung, sowie Partei- und Gewerkschaftszeitungen und Sekundärliteratur.

Als wichtigstes Resultat wird festgehalten, dass es in Asturien, anders als im restlichen Spanien, eine breite Front aller Arbeiterparteien und -organisationen gab, also Anarchisten, Kommunisten und Sozialisten. Unter dem Slogan *UHP* (*¡Unión, hermanos proletarios!*) zogen sie gemeinsam gegen die Regierungstruppen in den Krieg. 15 Tage hielten die lokalen Komitees den republikanischen Sicherheitskräften stand. Der

tonangebende Faktor war hierbei die SOMA (*Sindicato de los Obreros Mineros de Asturias*). Die Führungspersönlichkeiten dieser Gewerkschaft, Ramón González Peña, Belarmino Tomás und Amador Fernández waren federführend am Aufstand von 1934.

Pío Moas These erweist sich als unhaltbar: Der Putsch des rechtsgerichteten Sanjurjo von 1932 gegen die noch links dominierte Regierung der Republik hätte nach dieser Logik auch als „erste Schlacht des Bürgerkriegs“ gelten können. Zudem verkennt Pío Moa die Heterogenität des PSOE, indem er etwa moderate Persönlichkeiten ausser Acht lässt. Es wird klar, dass Pío Moa mit seinem geschichtsrevisionistischen Ansatz lediglich versucht, die Schuldfrage des Bürgerkriegs neu zu verteilen.



Thomas Gartmann

Neros Weg vom Augustus zum Monster

Die Auswirkungen der *damnatio memoriae* auf die Reputation des Künstlerkaisers

Masterarbeit bei Prof. Dr. Thomas Späth

Das Nerobild unmittelbar nach dem Tod des Kaisers und seine Entwicklung in den folgenden Jahrzehnten steht im Zentrum dieser Arbeit, die abschliessend auch Nero im 19. Jh. in den Blick nimmt. Ausgangspunkt ist ein Paradoxon: Nach dem üblichen Verständnis diente die Strafe der *damnatio memoriae* dazu, die Erinnerungen an eine Person komplett auszulöschen; Nero ist nun aber zugleich Opfer einer *damnatio memoriae* und eine der bekanntesten antiken Persönlichkeiten überhaupt. Damit ist Neros Fall ein Paradebeispiel dafür, dass die Auslöschung aller Erinnerungen an ein wichtiges Mitglied der römischen Elite realistisch gar nicht das Ziel einer *damnatio memoriae* gewesen sein kann. Vielmehr muss es um die negative Beeinflussung dieser Erinnerungen gegangen sein, beziehungsweise um die selektive Auslöschung der positiven Erinnerungen. Diese in der jüngeren Forschung ansatzweise vorgelegte These wird in der Masterarbeit – zusammen mit ihren Implikationen – am Beispiel Neros genauer untersucht.

Der theoretische Teil der Arbeit setzt sich mit den Prozessen der Konstruktion (und des Verschwindens) von Erinnerungen auseinander und geht der Frage nach, wie diese politisch be-

einflusst werden können – insbesondere unter den spezifischen Bedingungen der römischen Gesellschaft des 1. Jh. n. Chr. In einem zweiten Schritt wird ein Katalog der bis zu Neros Regierungszeit in Rom verhängten Erinnerungsstrafen vorgelegt, der als Grundlage für die Einschätzung der tatsächlich gegen Nero verhängten Sanktionen dient. Dabei wird deutlich, dass die Nachfolger Galba und Vespasian nahezu alle traditionell verfügbaren Elemente einer *damnatio memoriae* auch tatsächlich gegen Kaiser Nero einsetzten; die anhaltende Bekanntheit des ‚Künstlerkaisers‘ lässt sich deshalb nicht auf eine inkonsequente Umsetzung der Sanktionen zurückführen.

Die Analyse der vier ausführlichsten Quellen zu Nero führt zur Erkenntnis, dass die *damnatio memoriae* – im Sinne der Ausprägung der negativen auf Kosten der positiven Erinnerungsbilder – auch vor den literarischen Werken nicht Halt machte, die in der Forschung weniger als Schauplatz von Erinnerungssanktionen gesehen wurden. Bei diesen vier Quellen handelt es sich um die Octavia, eine (wahrscheinlich kurz nach Neros Tod aufgeführte) *fabula praetexta*, die lange Zeit Seneca zugeschrieben wurde, um die Nero-Vita Suetons sowie um die Geschichtswerke von

Tacitus und Cassius Dio. Im Fokus der Untersuchung stehen dabei die Darstellungen einerseits von Neros positiv eingeschätzten Aspekten und andererseits von Nero dem Künstler, dem Brandstifter und dem Mörder.

In allen vier Quellen lassen sich Hinweise darauf finden, dass die *damnatio memoriae* gegen Nero den Rahmen für die Entstehung jener Werke gesetzt hat, die sich nach dem Tod des Kaisers mit ihm beschäftigt haben. Zudem scheinen sich die traditionellen Gedächtnissanktionen und die literarischen Darstellungen gegenseitig zu ergänzen und zu erklären. Daraus entwickelten sich vier unterscheidbare, aber einander dennoch beeinflussende Traditionslinien eines Nerobildes. Drei davon, eine pagane, die christliche und die jüdische Tradition, waren nerofeindlich. Nur im paganen Bereich hat sich daneben auch eine positive Traditionslinie gehalten. Etwa im vierten Jahrhundert scheinen diese Linien aber endgültig zu einem einheitlich negativen Gesamtbild von Kaiser Nero verschmolzen zu sein.

Mit der Hilfe eines Zeitsprungs ins 19. Jahrhundert wird schliesslich anhand von Ernest Renans *L'Antéchrist* (1873) und der *Nerobiogra-*

fie von Adam Raabe (1872) exemplarisch aufgezeigt, wie gut sich das von der *damnatio memoriae* geprägte Negativbild Neros bis in die Neuzeit gehalten hat. In diesen Werken erscheint Nero als blutrünstiger Tyrann, der zum Teil sogar die bereits auffällig (um nicht zu sagen unrealistisch) negativen Charakterisierungen der Antike noch übertrifft.

Dass all dies eine direkte Folge von Vespasians Propaganda ist, lässt sich schwer beweisen – umso weniger, als die in flavischer Zeit entstandenen Werke römischer Historiker nicht erhalten sind. Fest steht aber, dass Vespasian mit seiner *damnatio memoriae* die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass sich eine negative Ausprägung der Erinnerungen an Nero durchsetzen und die offensichtlich in der plebs verbreiteten positiven Aspekte überlagern konnte. Zudem passen die (erhaltenen) literarischen Werke, die sich ausführlich mit Nero auseinandersetzen, auffallend gut zu den Erinnerungssanktionen – wenn man die selektive Auslöschung aller positiven Erinnerungen als das eigentliche Ziel einer *damnatio memoriae* annimmt.



Silvia Gebhard

Briten am Nil

Das Leben der britischen Gemeinschaft während der Besatzung 1882-1922 in Ägypten

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Die Arbeit beschäftigt sich mit dem Leben der in Ägypten wohnhaften Briten während der Besatzung durch Grossbritannien in den Jahren 1882 bis 1922. Dabei wird untersucht, wie sich die britische Gemeinschaft in Ägypten zusammensetzte und wie die Lebenswelt aussah, in der sie sich bewegte. Ausserdem werden die Faktoren erläutert, welche das Leben und das Verhalten der Briten in Ägypten beeinflussten.

Die Herrschaft Grossbritanniens über Ägypten begann im Jahr 1882 mit der Besetzung des Landes. Unter dem „*Veiled Protectorate*“, bei dem formell immer noch der ägyptische Khedive Herrscher über Ägypten war, lag die Macht in den Händen des britischen Generalkonsuls. Die britische Kontrolle über Ägypten hatte zur Folge, dass britische Beamte ins Land kamen, um in den ägyptischen Ministerien zu arbeiten. Die durch die britische Herrschaft geschaffenen Rahmenbe-

dingungen zogen neben den Beamten vermehrt auch andere Briten nach Ägypten, wie beispielsweise Geschäftsleute, Ingenieure und Arbeiter.

Die Einstellung und das Verhalten der Briten gegenüber den Ägyptern war geprägt von Vorurteilen und einem spezifischen Bild der „orientalen Rasse“. Die bereits in Europa gefestigten Vorstellungen wirkten sich auf die Wahrnehmungen vor Ort aus. Verschiedene Faktoren beeinflussten die Sicht auf Ägypten und die Ägypter. Besonders fasziniert waren die Europäer von der altägyptischen Zivilisation. Begleitet wurde diese Faszination von einer erstarkenden Ägyptologie.

Auch die Vorstellungen einer exotischen orientalischen Welt prägte die britische Wahrnehmung von Ägypten. Beeinflusst wurde dieses Bild unter anderem durch die Geschichten von 1001 Nacht. Ausserdem hatten stereotype Vor-

stellungen sowie rassistische und darwinistische Theorien Auswirkungen auf die Sicht über die „Orientalen“. Dabei war die Überzeugung, dass die eigene westliche Zivilisation der orientalischen überlegen war, tief verwurzelt. Der Islam wurde vorwiegend als negativer Einfluss betrachtet. Diese Einstellung gegenüber den Einheimischen und ihrer Kultur prägte das Leben der Briten in Ägypten und ihr Verhalten gegenüber den ägyptischen Beamten.

Die in Ägypten lebenden Briten bauten sich eine eigene abgeschiedene Welt auf. Die Abgrenzung zu den Einheimischen begann bereits mit der räumlichen Trennung der Wohngebiete. Die meisten Distrikte waren ziemlich klar in einheimische Wohnquartiere einerseits und europäische Viertel andererseits unterteilt. Doch auch auf der sozialen Ebene herrschte eine klare Trennung zwischen Ägyptern und Briten. Der Kontakt zwischen den beiden Gruppen beschränkte sich oft auf den Arbeitsalltag, beispielsweise auf die Zusammenarbeit zwischen britischen und ägyptischen Beamten.

In ihrer Freizeit flüchteten sich die Briten meistens in ihre eigene britische oder zumindest europäische Welt. Allerdings muss festgehalten werden, dass es wie bei allen hier diskutierten Aspekten auch in diesem Bereich bedeutende Ausnahmen gab. Dazu gehörten beispielsweise britische Missionare, welche den Kontakt mit den Ägyptern suchten und sich oft in ägyptischen Wohnquartieren niederliessen. Diverse Gründe führten zu der Abgrenzung zur einheimischen Bevölkerung. Dazu gehörte die britische Überzeugung, eine angemessene Trennung zwischen Herrschenden und Untertanen bzw. auch zwischen der überlegenen und der minderwertigen

Rasse sei notwendig. Ausserdem bestand oft eine sprachliche Barriere, denn viele Briten beherrschten die arabische Sprache nicht oder nur sehr schlecht.

Die Briten in Ägypten konnten sich durch die Abgrenzung zu den Einheimischen auf Distanz zu einer ihnen fremden Welt halten. Sie ermöglichte ihnen aber auch, sich eine weitgehend vertraute Umgebung aufzubauen, die derjenigen von Zuhause glich. Die Briten entwickelten einen Lebensstil, der demjenigen in Grossbritannien nahe kam. Damit konnten sie ihre gemeinsame Identität erhalten und ihre kulturellen Eigenheiten pflegen, weshalb viele spezifisch britische Einrichtungen auch in Ägypten etabliert wurden. So spielten beispielsweise Clubs oder die Sportkultur eine wichtige Rolle im Leben vieler in Ägypten lebender Briten. Letztere blieben häufig unter sich, abgegrenzt nicht nur von den Ägyptern, sondern auch von den anderen Europäern.

Der Erste Weltkrieg brachte für die britische Gemeinschaft in Ägypten grosse Veränderungen mit sich. Viele britische Männer verliessen das Land. Dazu gehörten insbesondere das militärische Personal der Besatzungsarmee und die Offiziere der ägyptischen Armee. Aber auch viele andere entschieden sich für den Kampf an der europäischen Front. Dafür wurden tausende Soldaten aus dem ganzen Empire in Ägypten stationiert. Durch die Lasten des Ersten Weltkrieges wurde der Unmut der ägyptischen Bevölkerung gegen die britische Herrschaft immer grösser. Unabhängigkeitsbestrebungen gewannen dadurch an Schwung. Unter dem Druck der nationalistischen Bewegung gewährte Grossbritannien Ägypten im Jahr 1922 schliesslich eine beschränkte Unabhängigkeit.



Leo Grob

Die Praxis des Staatsschutzes während der Zürcher 80er-Jugendunruhen

Staatliche Herrschaftssicherung zwischen Repression, Ausnahmezustand und
gouvernementaler Verwaltung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Am 30. Mai 1980 versammelten sich vor dem Zürcher Opernhaus 200 Jugendliche zu einer Kundgebung. Sie protestierten gegen die Zürcher Behörden, die für die Renovation des Opernhau-

ses 60 Millionen vorsahen, während Mittel und Räume für die Jugendkultur fehlten. Als die im Opernhaus stationierten Polizeikräfte intervenierten, eskalierte die Situation. Die darauf folgenden

dreitägigen Opernhauskrawalle markierten den Startschuss für eine Jugendbewegung, die durch Kreativität und Militanz einen neuen Protestzyklus einläutete. Der Zürcher Stadtrat sah Ruhe und Ordnung bedroht, mobilisierte Justiz und Polizei und forderte den Staatsschutz auf, Erkenntnisse über die Jugendbewegung zu liefern.

Die vorliegende Masterarbeit untersucht die Praxis des Staatsschutzes während der Zürcher 80er-Jugendunruhen im Kontext staatlicher Herrschaftssicherung. Zentral sind dabei die Fragen, wie der Staatsschutz auf die Zürcher Jugendunruhen von 1980 bis 1982 reagierte, welche Praxis er entwickelte und welche Rolle diese Praxis in der staatlichen Antwort auf die Jugendunruhen spielte. Ausgehend von der These, dass die Praxis des Staatsschutzes mit dem Ausnahmezustand verknüpft sei, wird zudem die historische Verschränkung von Ausnahmezustand, gesetzlichen Grundlagen des Staatsschutzes und staatsschützerischer Praxis während der Zürcher 80er-Jugendunruhen untersucht.

Den Quellenkorpus der Masterarbeit bilden Staatsschutzakten, also interne, vertrauliche Polizeidokumente diverser präventiver Staatsschutzabteilungen. Berücksichtigt werden Unterlagen der Bundespolizei (für die Bundesebene), der Abteilungen Nachrichtendienst der Kantonspolizei Zürich (für die Kantonsebene) und des Kriminalkommissariats III (KK III) der Stadtpolizei Zürich (für die Gemeindeebene). Der Fokus liegt dabei auf den Staatsschutzakten des städtischen Kriminalkommissariats III.

Das KK III suchte zum einen nach den ‚Drahtziehern‘ hinter den Jugendprotesten und zum anderen erfasste es die breite Masse der Protestierenden. Schätzungsweise 2000 bis 2800 Personen wurden während der Jugendunruhen fichiert. Von öffentlichen Plätzen über Bars bis hin zu Wohngemeinschaften verzeichnete der Staatsschutz auch die Treffpunkte der AktivistInnen der Jugendbewegung. Weiter ortete das KK III Radio-Piratensender und erfasste die Druckorte der AktivistInnen. Auch die zahlreichen Demonstrationen wurden intensiv überwacht. Das

KK III versuchte frühzeitig von geplanten, aber nicht publik gemachten Protestaktionen zu erfahren, observierte Demonstrationen und reflektierte ordnungsdienstliche Polizeieinsätze. Im Zuge all dieser Überwachungspraktiken bemühte sich der Staatsschutz seine Überwachungsobjekte statistisch zu erfassen.

Indem die vorliegende Arbeit die Praxis des Staatsschutzes in den Kontext staatlicher Herrschaftssicherung stellt, wird zu klären versucht, welche Rolle das nachrichtendienstliche Wissen für andere staatliche AkteurInnen spielte. Darüber hinaus wird die Praxis des Staatsschutzes als Bestandteil von gouvernementaler Verwaltung (Foucault) beschrieben. Es wird argumentiert, dass das KK III als gouvernementales Sicherheitsdispositiv wirkte. Indem es die Jugendunruhen statistisch erfasste und Risiken und Risikopopulationen bestimmte, machte es die Bevölkerung kalkulierbar und handhabbar. Damit eröffnete der Staatsschutz Möglichkeiten der rationalen Risikoabwägung sowie der sozialtechnologischen Lenkung der Bevölkerung.

Ausgehend von Giorgio Agambens Definition des Ausnahmezustandes wird auf die Verschränkung von Staatsschutz und Ausnahmezustand eingegangen. Die Masterarbeit zeigt zum einen, wie die Praxis des Staatsschutzes auf einer gesetzlichen Unterbestimmung basierte. Dadurch konnten Handlungen des Staatsschutzes situativ die Kraft von Gesetzen erlangen. So infiltrierte das KK III die Jugendbewegung mit polizeilichen Insidern, ohne dass diese Massnahme gesetzlich abgestützt gewesen wäre. Dies wurde als Einschreibung des Ausnahmezustandes in die alltägliche staatsschützerische Praxis beschrieben. Zum anderen wird gezeigt, wie die Genese gesetzlicher Staatsschutzbestimmungen mit historischen Ausnahmezuständen verknüpft war. Weiter wird die historische Kontinuität von staatlichen Vorbereitungshandlungen für einen zukünftigen Ausnahmezustand nachgezeichnet und die Rolle des Staatsschutzes in diesen Vorbereitungen analysiert.



Die Darstellung des Mithridates VI. Eupator

Das Bild des pontischen Königs in den Quellentexten des römischen Reiches

Masterarbeit bei Prof. Dr. Thomas Späth

Seit rund drei Jahrzehnten befasst sich die althistorische Forschung vertieft mit der Sicht der Griechen und Römer auf andere Völker, auf das als fremd Wahrgenommene. Die dichotome Unterscheidung zwischen „zivilisiert“ und „barbarisch“ vermag dieses Verhältnis nicht angemessen zu erfassen. Die Arbeit untersucht Alterität und Alteritätswahrnehmung in den schriftlichen Quellen der griechisch-römischen Antike seit der Zeit der späten römischen Republik. Exemplarisch wird die Darstellung des Mithridates VI. Eupator aus Pontos untersucht, ein König, der zwischen 89 und 63 v. Chr. drei Kriege gegen Rom führte und sich in seiner Abstammung auf Alexander den Grossen genauso berief wie auf das Perserreich.

Bisherige Studien zur den Mustern der Fremddarstellung waren stets auf einzelne Autoren ausgerichtet. Die Arbeit umfasst im Unterschied dazu vergleichend die Gesamtheit der römisch-griechischen Quellentexte zu Mithridates und eröffnet so eine neue Perspektive auf die Untersuchung von Alterität in der Antike. Die ausführlichsten Texte sind die Schriften von Appian, Plutarch, Cassius Dio, Florus und Pompeius Trogus. Grundlage der Arbeit ist die systematische Erfassung und vergleichende Kategorisierung der Aussagen zu Mithridates, wodurch sich sowohl wiederkehrende Topoi wie auch bei einzelnen Autoren isoliert vorkommende Elemente klassifizieren und bewerten lassen. Strukturiert wird die Analyse in die Untersuchung der Darstellung des Mithridates als Herrscher, als Kriegsherr und als legendäre Figur, die drei am besten fassbaren Rollen, die der König in antiken Quellen einnimmt.

Das Bild des Mithridates ist eine stark personalisierte Fremddarstellung. Pontos wurde im Gegensatz zu Karthago nie als eine von seinem Herrscher unabhängige Macht dargestellt, weshalb Stereotypen und Vorstellungen, die mit Pontos und dem umliegenden Asien verknüpft sind, in Abhandlungen zu den mithridatischen Kriegen primär an der Person des Mithridates festgemacht wurden.

Die Untersuchung zeigt, dass das Bild des „Fremden“ Mithridates keinesfalls einheitlich ist.

So lassen sich anhand der Darstellung des Mithridates verschiedene Vorgehensweisen der Autoren festmachen, wie diese Alterität gestalten. Bei Plutarch beispielsweise ist festzustellen, dass Mithridates als Herrscher jegliche Stereotypen eines asiatischen Despoten in sich vereint: Er ist tyrannisch, verweichlicht und schwelgt im Luxus. Auch die meisten anderen Autoren stellen die Grausamkeit, mit der Mithridates am Hof regierte, als eine seiner prominentesten Eigenschaften dar. Aber dieses einseitige Bild wird auch relativiert: Im Umgang mit seinen Untertanen und eroberten Städten zeigt sich Mithridates etwa in den Darstellungen des Appian und des älteren Plinius als beliebter, geschickt agierender Herrscher, was dem stereotypen Bild eines Verhältnisses zwischen sklavischen Untertanen und tyrannischem König klar widerspricht. Bei solchen Untersuchungen muss auch der Einfluss der verschiedenen Textsorten auf die Darstellung des pontischen Königs berücksichtigt werden. So überrascht es nicht, dass Mithridates bei Plutarch, in dessen Viten des Pompeius und Lucullus er in der narrativen Funktion des Antagonisten auftritt, als Negativspiegel für die positiven Eigenschaften der römischen Generäle verwendet wird, oder dass Cicero in seinen Reden das Bild eines übermächtigen Aggressors Mithridates bedient, um seine politisch motivierte Argumentation zu stärken. Doch die Darstellungen des Mithridates beschränken sich nicht auf ein einfaches Feindbild; in zwei dem Mithridates zeitnahen römischen Quellen (Pompeius Trogus und Sallust) wird der König gar zum Sprachrohr der Kritik an Roms Aussenpolitik. Dabei, so eine These der Arbeit, wird die stereotype Fremddarstellung jeweils bewusst als Werkzeug im Dienste der Argumentationsstruktur der verschiedenen Texte verwendet. Je mehr Mithridates als Feind oder Antagonist auftreten soll, desto stärker wird seine Darstellung mit Feind- oder Orientstereotypen behaftet. Soll er aber als ernstzunehmender Kritiker Roms figurieren, so werden ihm bisweilen typisch römische Eigenschaften zugeschrieben. Beide Vorgehensweisen, sich mit einer als fremd empfundenen Figur zu befassen, die Abgrenzung und Stereotypisierung, aber auch die Projektion römi-

scher Eigenschaften auf die Figur (wobei der Fremdartigkeit keine Rechnung mehr getragen wird), werden, wie die Arbeit aufzeigt, wiederholt von den antiken Autoren praktiziert. Eine differenziertere Sichtweise, welche sich zumindest im Ansatz mit der Fremdartigkeit des Subjekts Mithridates befasst, ohne diese zu karikieren, findet sich nur in längeren historischen Abhandlungen zu den mithridatischen Kriegen, na-

mentlich denen von Appian und Cassius Dio. Die Arbeit versteht sich als Beitrag zur Alteritätsforschung der Antike, sie liefert einen Übersichtskatalog zu den Mithridatesbildern in den Quellentexten und zeigt am Beispiel des Mithridates VI. Eupator, auf welche verschiedenen Arten Fremd- und Feindbilder in antiken Quellentexten konstruiert werden.



Gabriel Haldimann

„Was soll überhaupt die Frucht dieser Festtage sein?“
Die Konstituierung einer bürgerlichen und nationalen Identität an der
Berner Bundesfeier 1853

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Vom 21. bis zum 23. Juni 1853 wurde in der Stadt Bern zum Gedenken an den 500jährigen Beitritt des alten Standes Bern zur damaligen Eidgenossenschaft ein grossangelegtes Fest gefeiert. Die Initiative zur Durchführung der Bundesfeier ging von der erst 1850 an die Macht gelangten konservativen Kantonsregierung aus, die sich zusammen mit den städtischen Behörden (Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde) an die Ausarbeitung der Feier machte. Das Fest fristete bis anhin ein Mauerblümchendasein in der historiographischen Forschung und fand bis auf einige kurze Abschnitte in Abhandlungen über die Geschichte Berns kaum je Erwähnung. Eine umfassende Aufarbeitung der Geschehnisse des Sommers 1853 unter Berücksichtigung der zeitgenössischen sozio-politischen Umstände fehlte bislang.

Die Berner Bundesfeier kann als Idealtyp eines bürgerlichen Festes mit eminent symbolpolitischem Gehalt bezeichnet werden. Durch den Zeitpunkt der Feier mitten in der politischen Entstehung des jungen schweizerischen Bundesstaates einerseits und dem sozialen Aufstieg der sich konstituierenden bürgerlichen Gesellschaft andererseits ergeben sich spannende Fragen hinsichtlich der potentiellen Indienstnahme der Veranstaltung für die Zwecke der Machteliten. Die Hauptfrage der Arbeit war mithin, inwieweit die Berner Bundesfeier von 1853 von Bedeutung war für den sozialen und politischen Entwicklungsprozess des Bundesstaates in dessen Konsolidierungsphase. Folgende zwei Thesen stehen dabei

im Zentrum: Zum einen war die Feier aus politischer Perspektive von fundamentaler Bedeutung für die Konstruktion eines explizit bernischen Identitätsbewusstseins innerhalb des neuen bundesstaatlichen Rahmens und zum anderen nahm sie in sozialer Hinsicht einen eminent hohen Stellenwert ein für die Konstituierung einer bürgerlichen Gesellschaft.

Die mangelhafte Aufarbeitung der Berner Bundesfeier erstaunt umso mehr, als ein umfangreicher Quellenbestand vorliegt, der sich sowohl über eine Vielzahl an ungedruckten Archivalien als auch zahlreiche gedruckte Publikationen erstreckt. Selbstständig erschienene Festbeschreibungen, historische Erläuterungen, ikonographische Darstellungen, poetische Gedichte, Liederhefte mit patriotischen Gesängen und Festprogramme waren demnach genauso Quellengrundlage der Untersuchung wie Berichte in Tageszeitungen, handschriftliche Verhandlungsprotokolle der beteiligten Behörden sowie persönliche Aufzeichnungen der Festveranstalter.

Die kulturgeschichtliche Untersuchung vermag aufzuzeigen, dass das Fest in der Bundesstadt eine Schlüsselrolle innerhalb der Entwicklung einer nationalen und bürgerlichen Berner Identität einnahm. Anhand einer umfassenden historischen Analyse der symbolischen, rhetorischen und performativen Aussagen konnte der Blick auf die komplexe Funktionalität des Festes freigelegt und die politischen und sozialen Implikationen kondensiert werden. Die Untersuchung der symbolischen und rhetorischen Sprache der

Feier hat ergeben, dass bei der Identitätskonstruktion zwei zentrale Topoi im Vordergrund standen: die Geschichte und die Alpen. Beide Motivreise gehören beispielhaft zum Fundus der nationalen und bürgerlichen Schweizer Identitätskonstruktion, wie sie sich im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herauskristallisierte.

Die politische Funktion der Feier zielte auf die nationale Vergemeinschaftung innerhalb des durch die Bundesverfassung konstituierten Bundesstaats. Die Integration sollte dabei kraft der verbindenden Nationalmythen funktionieren, die eine umfassende Kohäsion garantierten. Innerhalb der Berner Identitätsfindung nahm die Bundesfeier eine Schlüsselrolle ein, indem ihr gleichsam eine Scharnierfunktion zukam zwischen dem einstigen ‚Kantonsnationalismus‘ und dem inskünftigen ‚Bundesstaatsnationalismus‘. In Form einer *Bricolage* wurden Elemente der genuin

Berner Geschichte mit nationalen Topoi angereichert, sodass die partikularistische Haltung des stolzen ‚Bernertums‘ in einem bundesstaatlichen Rahmen aufgehen und der Nationalstaat als neues ‚Vaterland‘ anerkannt werden konnte.

In sozialer Hinsicht galt das vorrangige Interesse des Festes der Propagierung des bürgerlichen Ideals. Dem Entwurf einer harmonisch geeinten Bürgergesellschaft entsprach es, eine Nation von Staatsbürgern zu schaffen. Demzufolge kam der Feier sowohl eine sozialdidaktische als auch eine sozialintegrative Funktion zu: Dem Publikum wurde das Primat des Bürgertums performativ vor Augen geführt. Die bürgerliche Lebensführung mit ihren Bürgerrechten und -pflichten sollte als die einzig Richtige vorgelebt und dadurch den Zuschauenden schmackhaft gemacht werden.



Lukas Heinzmann

Nutzung und Verbauung der Emme im Kanton Solothurn

Historische Aufarbeitung und Dokumentation (1500-2000)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Emme ist ein Fluss, der durch seine Hochwasser bekannt ist und zuletzt bei der Überschwemmung im Juli 2014 Gegenstand der Berichterstattung in den Schweizer Medien war. Am Geographischen Institut der Universität Bern entstanden in den letzten 30 Jahren mehrere Arbeiten, welche sich aus naturwissenschaftlicher Sicht mit den Hochwassern im Emmental auseinandersetzen. Die Emme stellt aber nicht nur eine Gefahr dar, sondern bietet und bot in der Vergangenheit vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, zu deren Schutz die Menschen Eingriffe in der Flusslandschaft vornahmen. In dieser Arbeit wird aus historischer Perspektive aufgearbeitet, wie sich die Nutzung und die Schutzbemühungen unter dem Einfluss von Überschwemmungen gegenseitig beeinflussten und im Zeitraum von 1500 bis 2000 veränderten. Das Untersuchungsgebiet beschränkte sich auf die letzten 6,47 Kilometer des Emmelaufs, welche sich auf dem Gebiet des Kantons Solothurn befinden und an denen fünf Gemeinden angesiedelt sind. Für die Untersuchung wurden offizielle Regierungsdokumente des Kantons, welche sich im Staatsarchiv in Solothurn befinden, und Bauamtsdoku-

mente des Amts für Umwelt in Solothurn verwendet.

Bis zur Gesamtkorrektur auf Solothurner Gebiet, welche zwischen 1870 und 1889 durchgeführt wurde, war der Lauf der Emme keineswegs festgelegt. Der unsichere Flusslauf führte zu Grenzstreitigkeiten zwischen den Gemeinden, deren gemeinsame Grenze die Emme war. Diese Konflikte betrafen einerseits unterschiedliche Ansprüche über Nutzungsgebiete, andererseits war durch den ungeklärten Grenzverlauf eine koordinierte Anlage von Schutzverbauungen nicht möglich, was in einzelnen Fällen zu einer Verschärfung der Hochwassergefahr führte. Bei jedem Hochwasser bedrohte und beschädigte die Emme deshalb Kulturland, Brücken und Schutzverbauungen. Eine direkte Bedrohung für den Menschen konnte nur um das Jahr 1600 ausgemacht werden, als auf Druck des Bevölkerungswachstums sozial tiefer gestellte Schichten in das Umland der Emme (Schachen) vordrangen. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts siedelten sich Betriebe im Schachen an, welche die Wasserkraft und das aus dem Emmental geflösste Holz nutzten. Die von Roll'schen Eisenwerke erwiesen sich als ein-

zuges überlebensfähiges Unternehmen aus dieser Zeit.

Ausgehend von Veränderungen auf nationaler Ebene fand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein tiefgreifender Wandel bezüglich der Nutzung und Verbauung der Emme statt. Durch die Anlage des Gewerbekanals entlang des Flusses wurde eine intensivierte Wasserkraftnutzung möglich. Damit verbunden war die Erschliessung des Gebiets durch die Eisenbahn, wodurch einerseits der Wechsel zur Steinkohle als wichtigster Energieträger und andererseits günstige Standortbedingungen für die Ansiedlung industrieller Grossbetriebe geschaffen wurden. Neben den Eisenwerken entstanden drei Fabriken und ein Wasserkraftwerk. Die unregelmässige Wasserführung der Emme vermochte den Energiebedarf der schnell wachsenden Betriebe schon Ende des Jahrhunderts nicht mehr zu decken, weshalb andere Energiequellen hinzugezogen werden mussten. Die Hochwassergefahr konzentrierte sich in der Folge besonders auf die nahe an der Emme gelegene Industrie und war teilweise auf unzureichende Verbauungen der Berner Gemeinden an der Kantonsgrenze zurückzuführen. Auf nationaler Ebene hatte sich der Hochwasserschutz bezüglich Technik, Erfahrung und Gesetzgebung während des 19. Jahrhunderts massgeblich entwickelt, was sich auf die Rechts-situation im Kanton Solothurn auswirkte. Diese Entwicklungen ermöglichten die Inangriffnahme der Gesamtkorrektion der Emme auf Solothurner

Gebiet, welche mit Bundesbeiträgen unterstützt wurde und eine Begradigung sowie Kanalisierung des Flusslaufes zur Folge hatte.

Diese tiefgreifenden Eingriffe wirkten sich auf die Nutzung und Verbauung im 20. Jahrhundert aus, wobei zunehmend ökologische und ästhetische Gesichtspunkte an Bedeutung gewannen. Im Bereich der Schutzverbauungen fielen infolge von Uferabbrüchen immer wieder Reparaturarbeiten an, welche auf unerwünschte Veränderungen der Sohlenhöhe zurückzuführen waren. Für die Zeit ab 1970 kann festgestellt werden, dass sich die Emme nicht mehr in einem Gleichgewichtszustand befand und die gemessenen Abflussmengen bei Hochwasser stetig zunahmen, weswegen kostenintensive Reparatur- und Bauprojekte in allen Gemeinden erforderlich wurden. Ab den 1980er Jahren fand im schweizerischen Hochwasserschutz ein Wandel statt, im Zuge dessen ganzheitliche Schutzkonzepte entwickelt wurden. Die Kantone Bern und Solothurn gaben in der Folge die Studie „Emme 2050“ in Auftrag, die zum Ziel hatte, die Emme und ihre Umgebung in ihrer ökologischen Gesamtheit zu erfassen und Massnahmen vorzuschlagen, mit Hilfe derer der Fluss wieder ins Gleichgewicht gebracht werden konnte. Nach den Hochwassern der Jahre 2005 und 2007 wurde zusätzlich ein Leitbild erstellt, welches unter Berücksichtigung der vorhandenen Nutzungsweisen und der Hochwassersicherheit ebenfalls das ökologische Potenzial der Flusslandschaft aktivieren sollte.



Cécile Huber

„Es ist ein grusam Ding, das so vill in disem Landt so kleinmutige halbverzwifflete Menschen gibt, di do wegen des Irtlichen das Ewige verscherzten.“

Kontinuität und Wandel im kulturellen Umgang mit Suizid und Suizidalität in Luzern und Zürich im 18. und 19. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Die Arbeit basiert auf einem qualitativen Quellenstudium von rund 600 Untersuchungsakten und etwa 40 zeitgenössischen Abhandlungen. Aufgrund verschiedener Forschungsbeiträgen, die auf protestantischer Seite in Abgrenzung zum Katholizismus einen milderen Umgang mit der Suizidthematik skizzierten, wurde sowohl auf theoretischer Diskursebene, als auch auf lokaler

Praxisebene nach einer konfessionellen Prägung gefragt. Mittels eines kulturhistorischen Ansatzes versucht die Arbeit, Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sowie Handlungsstrategien qualitativ sichtbar zu machen.

In Luzern und Zürich gehörten Suizidfälle im 18. Jh. in die Kompetenz der Blutgerichte. Ein Suizid griff mutwillig in weltliche (Gewaltmono-

pol) und göttliche Rechte (Vorsehung) ein. Hatte ein Suizident überlebt, konnte er mit Kirchenbusse, Zuchthaus und Verbannung bestraft werden. Bei einem erfolgreichen Suizid waren Bestattungssanktion, Leichenstrafe und/oder Erbkonfiskation die Regel. In einer vom animistischen Weltbild geprägten Gesellschaft war die Berührung von Suizidleichen mit der Vorstellung einer Kontamination von Unehrllichkeit und Sünde verbunden. Selbst nach dem Wegschaffen solcher Leichen – eine Suizidleiche hätte den sakralen Raum des Friedhofs verunreinigt – galten diese noch als gefährlich: Ein Suizident war dazu verdammt, solange in einem Zwischenreich zu wandeln, bis sein natürlicher Tod eingetreten wäre. Bis dahin konnte er der Gemeinschaft auf vielfältige Weise schaden. In Luzern wurden deshalb die meisten Leichen – oft in Kombination mit der Tatwaffe – unter den Hochgerichten, in Zürich ausserhalb des Siedlungskerns an abgelegenen Orten verscharrt. In dieser Praxis widerspiegelt sich eine Kombination von postmortaler Bestrafung, inszenierter Vergeltung und Abwehrzauber. Diese rituelle Beseitigung und die damit verbundene Konsolidierung der Gemeinschaft waren keinesfalls von oben oktroyiert, sondern stützten sich in beiden konfessionellen Lagern auf einen breiten Konsens.

Im Rahmen der aufklärerischen Debatten um die Rolle des Menschen, das Verhältnis zwischen Körper und Seele sowie der Neupositionierung der Relevanz von Diesseits und Jenseits rückte die Suizidproblematik in den Fokus zahlreicher Gelehrten. Bestrafungspraktiken wurden zunehmend als abergläubisch, unvernünftig und unnützlich kritisiert. Positionen wurden laut, die einen Suizid nicht als einen kriminellen und sündhaften Akt deklarierten, sondern als Ausdruck vielfältiger Krankheiten. In Kombination mit dem Hygienenediskurs konnte sich so Ende des 18. Jahrhunderts allmählich das Prinzip der *stillen Bestattung* durchsetzen. Ausgenommen von dieser Praxis waren Randständige, die mehrfach gegen lokal vorherrschende Normen und Werte verstossen hatten und sich – in den Augen der Gemeinschaft – schon zu Lebzeiten mutwillig aus dem sozialen

Gefüge entfernt hatten.

Seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert wurden zu jedem Suizidfall ausführliche Akten angelegt. Im Zentrum der Untersuchungen standen die Rekonstruktion des Lebenswandels des Verstorbenen sowie Motivzuschreibungen. Bei sämtlichen Akten des 18. Jahrhunderts nehmen christliche Deutungsmuster den grössten Raum ein. So sind es bspw. weder Krankheit, noch eine drängende ökonomische Lage, die zu einem Suizid führten, sondern vielmehr das fehlende Vertrauen in die Vorsehung Gottes, was einer Verletzung der Christenpflicht entsprach.

Im 19. Jahrhundert zeigen die Untersuchungen zunehmend die Charakteristika eines Verwaltungsaktes: Prioritär war ein Ausschluss von fremder Gewalteinwirkung. Die Ächtung des Suizids blieb dennoch bestehen; Bestattungen fanden nachts statt, unter Ausschluss der Gemeinde, ohne liturgische Elemente und ohne die Möglichkeit eines Gedächtnisses. Durch die Verankerung des *schicklichen Beerdigungsgebots* in der Bundesverfassung 1874 und der zunehmenden Säkularisierung der Friedhöfe seit den 1830er Jahren geriet dieser Usus stärker in die Kritik. In Luzern gab dies Angehörigen von Suizidenten die Möglichkeit, auf juristischem Weg ihr Recht einzufordern; ein Fall ging deshalb bis ans Bundesgericht. In Zürich verliefen die Konfliktlinien anders; häufig protestierten lokal bewaffnete Gruppierungen gegen die Bestattung von Suizidenten, sodass die lokale Obrigkeit eingreifen musste.

Die untersuchten Fälle legen nahe, dass der Wandel in der kulturellen Praxis eher als Folge von säkularisierenden Prozessen zu verstehen ist denn als Ausdruck eines grundlegenden Einstellungswandels – in beiden konfessionellen Lagern überdauerte die sozio-moralische Ächtung die Entkriminalisierung und Pathologisierung des Suizids deutlich, sodass von einer Hybridisierung verschiedener Deutungsmuster gesprochen werden kann. Dies schlägt sich auch in den religiös-medizinisch gemischten Therapieformen der Suizidalität in der Praxis nieder.



„Lupus est in Fabula“

Die Perzeptionsgeschichte des Wolfes im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit in Europa und der Schweiz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Wahrnehmung des Wolfs ist die Wahrnehmung eines Mythos. Denn der Blick auf die Natur dieses Tieres wird durch dessen Geschichte verstellt. Bereits aus der Bibel erschliesst sich ein eindeutiges Bild des Wolfs, das durch hagiografische Schriften und christlich besetzte Bestiarien ergänzt und durch das Früh- und Hochmittelalter transportiert auch die Wahrnehmung der Menschen im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit prägte. Ambivalente Vorstellungen des Wolfs, wie sie von den alten Griechen, den Römern oder in keltischen wie germanischen Kulturen gepflegt wurden, gingen weitestgehend verloren. So bestimmte eine negative Deutung das Bild des Wolfs in jener Zeit, als der Konflikt zwischen Mensch und Wolf aufgrund der demografischen, land- und forstwirtschaftlichen Entwicklung des ausgehenden Mittelalters aufbrach.

Die Geschichte dieser schwierigen Beziehung wurde anhand verschiedenster Quellen aus der Schweiz, Deutschland und Frankreich beleuchtet. Dazu gehören vor- und frühwissenschaftliche Tierbeschreibungen (wie jene von Konrad Meigenberg, Johannes Stumpf, Konrad Gessner, Georges-Louis Buffon oder Johann Zedler), Chroniken, Rechtsquellen, aber auch Quellen, die den Wolf als Metapher verwenden, wie die Märchen der Brüder Grimm oder die Fabeln La Fontaines sowie exemplarisch die Chronik Valerius Anshelms. Daraus ergibt sich eine Vielzahl verschiedener Wolfsbilder. Der Wolf taucht in der Wahrnehmung der vormodernen Menschen als habgieriger Sünder, unnützer Schädling, teuflischer Dämon, Hexentier, Werwolf oder Verbrecher auf. So konnten mehrere Diskurse parallel existieren, wobei eine diachrone Pluralität, also eine Entwicklung der Wahrnehmung nicht nachgewiesen werden konnte. Die negative Zeichnung blieb dem Wolf durch die ganze Vormoderne bis zu seiner Ausrottung im 19. Jahrhundert erhalten. Dass sich das Wolfsbild auch in der Zeit der Aufklärung nicht wandelte, liegt auch an der Wissenschaftstradition, die bis ins 18. Jahrhundert nach wie vor unter dem Eindruck der antiken Autoritäten stand und noch kaum von der neuen empirischen Methode erfasst war – zwischen Gessner und Zedler liegen 200 Jahre, doch finden

sich bei beiden die gleichen Topoi. Die Wolfsbilder hatten demnach wortwörtlich Tradition. In der Rechtssphäre wiederum war der Wolf schlicht als Schädling kategorisiert, seine Jagd und Tötung war folglich jederzeit erwünscht und wurde entsprechend belohnt.

Abseits der Gelehrten und der Juristen setzte sich das Wolfsbild aus drei Komponenten zusammen: Alltagserfahrung, christliche Lehre und Folklore. Die Folklore äusserte sich dabei beispielsweise im Werwolfsglauben, wurde in Fabeln und Märchen übertragen und gab dem Wolf die Gestalt des Vergewaltigers und Mörders. Dem entspricht, dass der Wolf im Wald lebte und der Wald als sinisterer Hort der Unordnung und der Ausgestossenen galt, was den Wolf zum Symbol der Wildnis und zum *outlaw* machte. So konnte der Wolf in der Literatur und Alltagssprache des Mittelalters auch sinnbildlich für Verbrecher oder Ketzer verwendet werden. Die häufigste sprachliche Assoziation ist allerdings die Gier des Wolfs. Diese Gier brachte den Wolf im Narrativ mit Zeiten des Mangels in Verbindung. So war er weiter mit Kriegen und Kälte verbunden, er war ein Inbegriff der Krisenzeit. Der Wolf war auch eine Plage, trug Züge einer Naturkatastrophe. Damit war er auch eine transzendente Gefahr und konnte als Strafe Gottes interpretiert werden. Denn die Alltagserfahrung war mit christlichen Analogien durchsetzt. Der Wolf war ergo Gegenstand realer als auch transzendenter Angst der vormodernen Menschen. Er war das Spiegelbild ihrer Ängste. Dem Wolf wurden Absichten und Gefühle unterstellt. Dies geschah nicht nur im Rahmen der Deutungsversuche bei WolfspLAGen. Dass das Tier im Mittelalter und der Frühen Neuzeit beseelt war, zeigen beispielsweise Tierprozesse, die den Tieren Verantwortlichkeit für ihr Tun zuschrieben. Der Wolf wurde auch in der Gelehrtenwelt als fühlendes und willentlich handelndes Tier betrachtet. Dies entspricht einer Vermenschlichung des Tieres.

Bezeichnenderweise fand durch gleichzeitige Abgrenzung des Wolfs als das Andere zum Menschen und die Attribuierung des Wolfs als menschen- und gottesfern, eine Verdinglichung oder Verteufelung statt. Der Wolf in der vormodernen

Wahrnehmung war also zeitgleich vermenschlicht wie entmenschlicht. Dadurch sagt die Perzeptionsgeschichte des Wolfs ungemein viel über die Kulturgeschichte des Menschen aus. Somit wäre auch eine erhebliche Wirkmächtigkeit des Wolfs in der untersuchten Beziehung bewiesen, und dem Tier kann damit eindeutig ei-

ne *agency* in der gemeinsamen Geschichte von Mensch und Wolf attestiert werden. Der Mythos Wolf besteht also aus einer 500-jährigen Geschichte der Stigmatisierung und Verfolgung: einer Tradition mit theologischen und folkloristischen Motiven, aus Nützlichkeitsgedanken und Alltagsängsten.



Sophie Keilwerth

Äthiopische Dürre aus westlicher Perspektive

Der Umwelt- und Hilfediskurs im Kontext der Dürrekatastrophe der 1970er und 1980er Jahre in Äthiopien – eine historische Diskursanalyse anhand der westlichen Presse

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Äthiopien litt in den 1970er und 1980er Jahren unter einer grossen Dürre und zwei Hungersnöten mit ihrem jeweiligen Höhepunkt 1973/74 und 1984/85. Diese Arbeit zeigt auf, wie in den vier westlichen Zeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Neue Zürcher Zeitung*, *New York Times* und *The Times* der Umwelt- und Klimaaspekt während dieser Zeit dargestellt wurde, dies unter Berücksichtigung der jeweiligen gesellschaftspolitischen Hintergründe: In den 1970er und 1980er Jahren fanden in Deutschland, Grossbritannien, den USA und der Schweiz Umweltthemen breiten Anklang in der Gesellschaft und in der Politik – u.a. mit der Gründung der ersten Grünen Parteien.

Zusätzlich zum Schwerpunkt der Umwelt, wurde in der Arbeit auch die westliche Hilfe, die als Antwort auf die Hungersnöte folgte, untersucht. Äthiopien machte zwischen den beiden Hungersnöten einen Regimewechsel durch: Vom westlich orientierten Kaiser Haile Selassie hin zum kommunistischen Militärregime unter Mengistu Haile Mariam. Es wird aufgezeigt, wieviel der Westen wann spendete und wie der Regimewechsel diese Hilfe beeinflusste.

Die Herausarbeitung des Umwelt- und Hilfediskurses aus den Quellen wurde anhand der historischen Diskursanalyse von Achim Landwehr durchgeführt. Dabei wurde zuerst das Korpus gebildet, danach die Kontextanalyse vorgenommen, was im vorliegenden Fall die geschichtlichen, politischen und gesellschaftlichen Hintergründe von Äthiopien und den vier Ländern, aus denen die untersuchten Zeitungen stammen, be-

inhaltete. Nach der Kontextualisierung der Quellen wurden die Aussagen analysiert, woraus der Umwelt- und Hilfediskurs gefiltert werden konnte.

Beim Umweltdiskurs über die äthiopische Dürre konnten sowohl zwischen den beiden Jahrzehnten wie auch zwischen den vier Zeitungen keine grossen Unterschiede festgestellt werden. Die geläufige Meinung war, dass die Dürre vor allem durch ausbleibenden Regen und Desertifikation ausgelöst wurde. Letztere war eines der grössten Umweltprobleme in der Sahelzone und in Äthiopien und wurde hauptsächlich auf Überbevölkerung, Übernutzung des Bodens und Überweidung durch zu grosse Viehherden zurückgeführt. Einige WissenschaftlerInnen waren jedoch der Meinung, dass die Dürre nicht durch diese lokalen Faktoren verursacht wurde, sondern ihr ein Klimawandel zugrunde lag. Obwohl in den 1970er Jahren der Treibhauseffekt „entdeckt“ wurde, wurden mehrere WissenschaftlerInnen zitiert, nach welchen sich die Erdatmosphäre abkühlte; eine Studie aus den USA sprach sogar von einer neuen „kleinen Eiszeit“.

Je mehr das menschliche Elend in Äthiopien zunahm, desto mehr trat der Hilfediskurs an die Stelle des Umweltdiskurses. Die vier Zeitungen berichteten, was die Regierung und die Hilfsorganisationen an Spenden nach Äthiopien übermittelten. Die Hilfe verlief in beiden Jahrzehnten nicht ganz reibungslos: In den 1970er Jahren verschwieg Kaiser Haile Selassie die Hungersnot, weshalb die westliche Hilfe sehr spät eintraf. Im Oktober 1984 löste ein kurzer, aber emotionaler

Nachrichtensfilm von Michael Buerk und Mohamed Amin auf BBC eine riesige Spendenflut unter der westlichen Bevölkerung aus; z.B. entsprang Bob Geldofs Idee für das Live Aid Konzert diesem Bericht. Bemerkenswert daran war, dass die Hungersnot zu diesem Zeitpunkt schon lange schlimme Ausmasse angenommen hatte. Vor allem in den USA, aber auch in Grossbritannien, wurden Vorwürfe laut, die Regierungen hätten ihre Hilfe bewusst zurückgehalten, in der Hoffnung, das kommunistische Regime Äthiopiens so zu Fall zu bringen. In dieser Arbeit konnte jedoch aufgezeigt werden, dass diese Vorwürfe nicht zuträfen. Die Regierungen erhöhten zwar teilweise ihre Unterstützung nach Buerks Bericht; sie hatten jedoch schon Monate zuvor teilweise grosse Hilfesendungen nach Äthiopien geschickt.

Nicht nur die Regierungen, sondern auch die Entwicklungshilfe wurde immer wieder kritisiert oder allgemein hinterfragt, da sich die Hungerkatastrophe in den 1980er Jahren, trotz der umfangreichen Unterstützung in den 1970er Jahren, wiederholt hatte.

Die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der vier Länder flossen nur teilweise in die Berichterstattung ein. So kam es trotz des aufkommenden Individualismus in den jeweiligen Gesellschaften zu grosser Anteilnahme und Spendenbereitschaft in der Bevölkerung. Gegenätzlich dazu fiel die Berichterstattung über den Umweltaspekt der äthiopischen Dürre überraschend gering aus, insbesondere in Anbetracht der aufkommenden Umweltbewegungen in Europa und in den USA.



Marc-Ferry Kölliker

Nötige Bekämpfung, behördliche Zwängerei oder teure Armenbeschäftigung?

Eine Quellenuntersuchung zur gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bekämpfung des Maikäfers im Bern des 19. Jahrhunderts

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der Maikäfer kann in unserer Gesellschaft vieldeutig erlebt und erfahren werden. Denn einerseits gilt der Käfer als Frühlingsbote, Schokoladenpraline und durch sein nur alle paar Jahre auftretendes Schwarmverhalten als Naturschauspiel. Andererseits stellt er eine wirtschaftliche Plage dar, denn sein unersättlicher Appetit auf Wurzel- und Blattwerk brachte ihm auf der Liste der Landwirtschaftsschädlinge einen prominenten Platz ein. Diese ambivalente und je nach Betroffenheit andersartige Haltung des Menschen gegenüber dem Maikäfer ist nicht neu. Vielmehr gliedert sich unser Verhalten nahtlos in ein naturräumliches Denken früherer Zeiten ein.

Die Masterarbeit beleuchtet den Maikäfer vornehmlich in Bezug auf seine Wahrnehmung als Schädling und geht dabei auf die jeweiligen gesellschaftlichen Konsequenzen ein. Ausgehend von der Überlegung, dass der biologischen Entität des Maikäfers keine Änderung wiederfuhr, wohl aber unser Verhalten ihm gegenüber, untersuchte diese Arbeit den relativ langen Forschungszeitraum von 1800 bis 1918. Als Forschungsraum wurde das Kantonsgebiet Berns gewählt.

In den Jahren der Helvetik und bis zur Gründung der Republik im Jahr 1831 war es vor allem ein Anliegen der Akteure um die Ökonomische Gesellschaft (OeG), den Käfer zu bekämpfen. Während diese zahlreiche Mandate umfasste, und dasjenige von 1804 auch umsetzte, im selben Jahr eine wissenschaftlich fundierte Preisfrage publizierte und sich durch Naturforscher aus dem Ausland inspirierte, standen sowohl den staatlichen Verwaltungsebenen wie auch der grossen Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur eine passive Rolle zu. Vielmehr noch, die aufgeklärten Ökonomen beschrieben den Landmann als gottesfürchtig und faul und deswegen nicht bereit, den Maikäfer, den dieser als Werkzeug Gottes beschrieb, zu bekämpfen. Wie sich herausstellte, war es der Verwaltung wegen mangelnder Professionalität und fehlender lokaler Legitimierung denn auch nicht möglich, die vorgegebenen Mandate befriedigend umzusetzen. Denn wenn der Maikäfer für den Landmann ein kleineres wirtschaftliches Übel darstellte als der Aufwand zur Bekämpfung desselben, so liefen die Bemühungen der OeG stets ins Leere. Die harten Winter 1816 und 1817 schädeten zudem

der Population des Maikäfers so sehr, dass er von der politischen Agenda verschwand.

Im Zuge der demokratischen und wirtschaftlichen Reformen in Bern, welche sich über den gesamten Forschungszeitraum erstreckten, änderte sich jedoch das Akteursgefüge, sowohl was die Entscheidungsbefugnis als auch den jeweiligen Wissenshorizont anbelangte, signifikant. Zwar gaben bis in die 1870er Jahren die Akteure um die OeG die Stossrichtung an, doch scheiterten sie nun nicht mehr am Unwillen der Bevölkerung und der Unfähigkeit der Verwaltung. Neue wirtschaftliche und politische Akteursgruppen überstimmten die traditionellen landwirtschaftlichen Akteure um die OeG, so etwa in den Revisionsbemühungen des alten Mandates 1853 und in der Schlussabstimmung um die definitive Annahme des Maikäfergesetzes von 1864. Zweierlei Veränderungen machten sich nämlich bemerkbar: Einerseits akzeptierte die mittlerweile emanzipierte und in den politischen Gremien vertretene Bevölkerung keine „von oben“ delegierten Zwangsmassnahmen, wie etwa die Zweckentfremdung der Gemeindegelder, die Beschädigung von Eigentum durch Massnahmen der Schädlingsbekämpfung und vor allem die juristisch unhaltbaren Konsequenzen, einzig erzeugt aus der aus Sicht der Bevölkerung inkompetenten Handhabung des Mandates durch die Verwaltung. Andererseits dominierten fiskalpolitische Angelegenheiten das politische Tagesgeschäft, welche sehr wohl die Kosten einer Bekämpfung massen, jedoch nicht die Kosten des vom Käfer verursachten Schadens. Dies hatte zur Folge, dass die bis in die 1830er Jahre dominante OeG in ihrem eigenen Kernthema, nämlich der Förderung der Landwirtschaft, von den neuen Akteuren überstimmt wurde. Zudem verfügte der Kanton Bern im Gegensatz zu anderen mittelländischen Kantonen wie Solothurn, Aargau und Zürich bis 1864 über kein zeitgemässes Maikäfergesetz – und nach dem Abschluss desselben über keine rechtliche Handhabe über die Maikäferbekämpfung. Mehr noch, als die umliegenden Kantone 1870 ein Maikäferkonkordat einrichteten, lehnte Bern dankend ab. Der Regierungsrat begründete seine Ablehnung sehr zum Bedauern der OeG damit, dass die Mehrheit der Bevölkerung genug von Bekämpfungsmassnahmen gegen den Maikäfer habe.

In den nachfolgenden Jahrzehnten änderte sich die Sachlage erneut. Einerseits gewannen die Befürworter einer Maikäferbekämpfung mit den forstwirtschaftlichen Akteuren einen – gerade für den Kanton Bern gewichtigen – Verbündeten.

Andererseits konnte Bern ab den späten 1880er Jahren wirtschaftlich und politisch erfolgreichen Zeiten entgegenblicken. Die Betrachtung der Maikäferbekämpfung als Kostenfaktor fiel weg, wobei interessanterweise eben jene Argumente fruchteten, welche die Befürworter seit mehreren Jahrzehnten erfolglos propagiert hatten. Der politische Widerstand gegen eine Wiedereinführung von Massnahmen wurde auch angesichts einer kurzzeitigen Versorgungsunsicherheit in der landwirtschaftlichen Produktion im Jahr 1893 aufgeweicht. Doch machten sich auch andere Begleitfaktoren bemerkbar: Erstens besaßen die Behörden mittlerweile umfangreiche Erfahrungen mit der Bekämpfung anderer Schädlinge, man denke etwa an die Bekämpfung der Reben- und Kartoffelschädlinge. Zweitens vollzog sich im Bereich der allgemeinen wie professionalisierten Bildung ein Wechsel hin zu einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Maikäfer. Was also zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur der OeG an Wissen zur Verfügung stand, breitete sich nun endgültig in allen Bevölkerungskreisen aus. Drittens erreichten zunehmend technische und chemische Bekämpfungsmassnahmen den Schweizer Markt, ohne jedoch den Maikäfer gross zu tangieren; ihre ausgeprägte mediale Rezeption verhalf aber dem Maikäfer vermehrt zu seinem schlechten Ruf. Viertens propagierten die kantonalen Behörden keine zentralistischen Methoden in der Bekämpfung mehr, sondern sorgten für eine zumindest augenscheinlich demokratische Legitimierung durch die lokale Bevölkerung, indem die Gemeinden über ihre eigenen Maikäferverordnungen verfügen durften.

Es verwundert denn auch nicht, dass Bern vom Nachzügler zum Vorzeigekanton wurde. Bereits 1908 leistete Bern an einer interkantonalen Konferenz zur Bekämpfung des Maikäfers Vorarbeit. Bei der Umsetzung der obligatorischen Bekämpfung auf gesamteidgenössischer Ebene 1918 integrierte Bern die Massnahmen geschickt und ohne grossen Aufwand in die bestehende Strategie.

Diese Masterarbeit untersucht nicht nur zum ersten Mal überhaupt einen grossen Quellenkorpus zu dieser Thematik, sondern zeigt auch auf, dass die Wahrnehmung des Maikäfers als „Schädling“ einem kontinuierlichen Wandel unterzogen war. Und obwohl für einzelne Akteure die Schädlichkeit des Käfers bereits um 1800 als erwiesen galt, dauerte es nochmals 100 Jahre, bis reite Teile der Bevölkerung eine Bekämpfung desselben unterstützten.

Expertendiskurs, Ökonomie und Gesellschaft im Umgang mit dem Phänomen Waldbrand vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen Waldbrand ist bisher weitgehend ausgeblieben. Dieses Forschungsdesiderat ist deshalb umso erstaunlicher, weil die Waldbrandthematik an der Schnittstelle zwischen Forst- und Katastrophengeschichte und damit zwischen zwei traditionellen und vielbeachteten Forschungszweigen der Umweltgeschichte situiert ist.

Für die in der Forschungsarbeit vorgenommene Erschliessung der Waldbrandthematik auf umwelthistorischer Ebene wird ein breiter Fokus bei der Betrachtung des Forschungsgegenstandes gewählt. Die Untersuchung setzt sich mit verschiedenen Stufen naturwissenschaftlichen und technischen Wissens auseinander, untersucht das Quellenmaterial aber auch in Bezug auf Entwicklungen, Merkmale und Kontinuitäten in ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht. Der aus fachspezifischen Abhandlungen, normativen Quellen und Waldbrandberichten zusammengesetzte Quellenkorpus deckt dabei den Zeitraum vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert ab und limitiert sich räumlich durch gesellschaftlich-kulturelle und klimatisch-vegetative Gemeinsamkeiten. Das der Forschungsarbeit zugrunde liegende, diskursanalytische Vorgehen erlaubt dabei nicht nur die Hervorhebung divergierender Wissensformen zur Waldbrandthematik, sondern auch die Gegenüberstellung von fachspezifischen Debatten und angewandten Praktiken.

Der Diskurs innerhalb des forstlichen Gelehrtenkreises zur Waldbrandthematik wandelte sich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht nachhaltig. So wurden etwa neue Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Forschung von den Forstexperten aufgegriffen und in Zusammenhang mit der Waldbrandthematik gestellt. Dies führte bezüglich der Auseinandersetzung mit den natürlichen Ursachen und der Dynamik von Waldbränden zur Widerlegung traditioneller Lehren aus Chemie und Physik und gleichzeitig zu einer Rückbesinnung auf den zumeist anthropogenen Ursprung von Bränden im Wald, während eine differenzierte Betrachtung des Feuers die Kategorisierung verschiedener Brandformen bewirkte. Demgegenüber wiesen die grundlegenden Massnahmen zur Bekämpfung

kleinerer Brände während des ganzen betrachteten Zeitraums eine hohe Kontinuität auf, denn stets wurde nach denselben Prinzipien der Dämmung und Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Feuers vorgegangen. Dieser Kontinuität standen allerdings mancherlei Kontroversen über die Bekämpfung grösserer Flächenbrände und Gipfelfeuer gegenüber, die im Laufe des 19. Jahrhunderts unter den Forstfachleuten entbrannten.

Die Betrachtung ökonomischer Aspekte im Zusammenhang mit der Waldbrandthematik widmet sich zunächst wirtschaftlichen Brennpunkten, welche seit der Frühen Neuzeit vor der Herausforderung der Beschaffung grosser Mengen an benötigtem Brenn- und Nutzholz standen. Zum Zwecke einer umsichtigen und nachhaltigen Nutzung der angrenzenden Waldungen musste auf die Vermeidung von Schäden durch Waldbrände geachtet werden. Vor allem der an kurzfristigen Profiten orientierte, überregionale Holzhandel bildete diesbezüglich einen starken Kontrast gegenüber Städten, Salinen und Montanwerken. Die kontinuierliche Ausdehnung des herrschaftlichen Zugriffs auf die Wälder kollidierte im späteren Verlauf des 18. und ab dem 19. Jahrhundert vielerorts mit den traditionellen Waldnutzungen von Gewerbe und Bauertum. Die Betonung der Waldbrandproblematik und insbesondere die Ächtung traditioneller landwirtschaftlicher Feuerpraktiken wurden von Herrschaftsträgern und Forstexperten gezielt als argumentatives Mittel eingesetzt, um den Aneignungsprozess und den Ausschluss von fremden Nutzungsberechtigten aus den Wäldern zu legitimieren. Mit der einsetzenden Industrialisierung verringerte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schliesslich der Nutzungsdruck auf die Wälder, gleichzeitig mutierte aber ausgerechnet die Eisenbahn als ein Symbolträger des Fortschritts zu einer neuen Gefahr für die nun grossflächig und zum Zwecke der Nutzholzproduktion angelegten Nadelholzbestände. Durch die mit dem Antrieb der Dampflokomotive verbundene Brennstoffverfeuerung konnten glühende Partikel ins Freie gelangen und bei ungünstigen Windverhältnissen eine akute Waldbrandgefahr darstellen.

In Bezug auf gesellschaftliche Aspekte spiel-

te die ländlich-periphere Bevölkerung eine tragende Rolle bei der Waldbrandbekämpfung, die im Falle grösserer Brände meist einer zahlenmässig umfangreichen Löschmannschaft bedurfte. Die Motivation zur Teilnahme an Löscharbeiten war dabei einerseits durch einen drohenden Entzug von Nutzungsberechtigungen von Seiten der obrigkeitlichen Forstordnungen, andererseits durch ein dörfliches Kollektiv begründet, welchem das Prinzip der Solidargemeinschaft zugrunde lag. Auf das einzelne Individuum konnte mittels Belohnungs- und Bestrafungssystematiken ein erheblicher sozialer Druck ausgeübt werden, wenn es aus dem Solidaritätsprinzip ausscherte. Nicht zuletzt diente die Betonung der Waldbrandproblematik im Kontext der Ausschlussstendenzen von unter- und ausserständischen Sozialgruppierungen im 19. Jahrhundert als Mittel eines systematischen Ver-

drängungsprozesses.

Sowohl die Analyse des auf Brände im Wald bezogenen Diskurses innerhalb des forstlichen Gelehrtenkreises, als auch die Betrachtung ökonomischer und gesellschaftlicher Aspekte offenbaren die weitgehende Deutungshoheit eines kleinen Kreises von Spezialisten und Herrschaftsträgern über die Waldbrandthematik, welche seit dem 18. Jahrhundert bestand. Der ertragswirtschaftliche Fokus auf den Wald und damit zusammenhängend das Streben nach möglichst rentablen, nachhaltig bewirtschafteten Nutzholzbeständen prägte dabei den allgemeinen Diskurs über Waldbrände. Innerhalb des forstlichen Gelehrtenkreises, aber auch von Seiten der Herrschaftsträger war die bedingungslose Bekämpfung des Feuers im Wald stets ein unbestrittener Grundsatz, der sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein halten konnte.



Simone Locher

Erinnern- aber wie?

Unterschiedliche Herangehensweisen ausgewählter deutscher Printmedien in der Berichterstattung zwischen 1946/47 bis 2003 über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten am Ende des 2. Weltkriegs

Masterarbeit bei Prof. Dr. Marina Cattaruzza

Im Zentrum dieser Arbeit steht das Thema *Flucht und Vertreibung der Deutschen* aus dem Osten am Ende des Zweiten Weltkriegs, die Art und Weise der Erinnerung daran sowie die sich abzeichnenden Opferdiskurse anhand der Wochenzeitschrift *Die Zeit* und des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* zwischen 1946/7 bis 2003. Dieser lange Zeitraum wurde aufgrund des Umstandes gewählt, dass Veränderungen im Opferdiskurs und in den Erinnerungsphasen erst über einen längeren Beobachtungszeitraum hinweg erkennbar werden. Das Jahr 2003 wurde deshalb als Ende des Beobachtungszeitraums festgesetzt, weil ab dann deutsch-polnische Auseinandersetzungen begannen, deren Aufarbeitung den Rahmen dieser Masterarbeit gesprengt hätte. Die Schwierigkeit der untersuchten Thematik lag darin, dass die eigentliche Täternation durch die Stellungnahmen des Bunds der Vertriebenen (BdV) den Opferstatus für sich in Anspruch nahm. Aufgrund seiner starken öffentlichen Prä-

senz und der breiten Zeitungsberichterstattung wurde der BdV in die Untersuchung einbezogen, obwohl er eigentlich nur einen Teil der Vertriebenen vertrat. Es ist nicht denkbar, sich an die deutschen Opfer zu erinnern, ohne sich des kontextuellen Bezugs zum Holocaust als singulärem Verbrechen bewusst zu sein.

Folgende Fragestellungen bildeten den Leitfaden der Arbeit: Lassen sich die unterschiedlichen Opferdiskurse nach Goschler¹ zum Bund der Vertriebenen (BdV) innerhalb der beiden ausgewählten Medien wiederfinden? Zeigte die Wochenzeitung *Die Zeit* eine andere Haltung gegenüber dem Thema *Flucht und Vertreibung* so-

¹ Vgl. Goschler, Constantin; „Versöhnung“ und „Viktimisierung“, Die Vertriebenen und der deutsche Opferdiskurs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53 (2005/10) (Sonderausgabe: Nach der Vertreibung: Geschichte und Gegenwart einer kontroversen Erinnerung, hrsg. von Danyel, Jürgen/ Ther, Philipp), S. 873-884.

wie gegenüber dem BdV als das Nachrichtenmagazin *Spiegel*? Wie wurde in beiden Medien an das Thema *Flucht und Vertreibung* erinnert? Wurde innerhalb der gewählten Zeitperiode eine Haltungsveränderung gegenüber der Thematik erkennbar? In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus ausschliesslich auf den beiden Printmedien innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Die Arbeit ist in fünf Teile gegliedert. Die Debatte über das Thema *Flucht und Vertreibung* steht im Mittelpunkt der Arbeit. Aus diesem Grund wird nach der Einleitung in einem zweiten Kapitel der historische Kontext kurz dargestellt. Die darauf folgenden Kapitel drei und vier bilden die Hauptteile der Arbeit, in welchen der Zugang zur Thematik über die Printmedien untersucht wird, chronologisch sowie thematisch abgetrennt. Im letzten und fünften Kapitel werden ein Fazit gezogen und die Ergebnisse zusammengefasst.

Hauptergebnis der Arbeit ist, dass sich während der bearbeiteten Zeitspanne ein Wandel innerhalb der Erinnerung an die Thematik sowie auch im Opferdiskurs erkennen lässt. Während in der *Zeit* von Anfang an über die Vertreibung berichtet wurde, stand im *Spiegel* die *Flucht und Vertreibung* erst ab den achtziger Jahren und dann vor allem ab 2002 durch eine Artikel-Serie zur Thematik im Fokus. Der *Spiegel* berichtete dagegen ausführlicher über die Vertriebenenverbände sowie über die Oder-Neisse Grenze. Beide Medien waren über den gesamten untersuchten Zeitraum dem BdV gegenüber kritisch eingestellt.

Die *Zeit* wählte eine Sprache der Einfühlsamkeit gegenüber den Vertriebenen und setzte sich für

eine Wiederherstellung der Beziehungen zu Polen ein. Sie setzte sich auch schon früh für die Erinnerung an alle Opfer des Zweiten Weltkriegs ein. Während in der *Zeit* zu Beginn der Nachkriegszeit der integrationistische Opferdiskurs erkennbar ist, in welchem der Kontext des Opferwerdens ausgeblendet wurde, konnte der Übergang zum beginnenden partikularistischen Opferdiskurs bereits ab Ende der fünfziger Jahre beobachtet werden, indem die Ziele des Hitlerregimes verdeutlicht wurden und die Täterrhetorik zum Vorschein kam. Dies bestätigte die These Goschlers, dementsprechend beide Diskurse nebeneinander bestanden, aber jeweils einer deutlicher zum Vorschein kam.

Ab Mitte der sechziger Jahre nahm das Interesse der Öffentlichkeit gegenüber dem Vertreibungsthema sowie dem BdV ab, die Verarbeitung des Nationalsozialismus stand jetzt im Mittelpunkt. Während ab den achtziger Jahren durch die Politik Helmut Kohls zunehmend allen Opfern des Zweiten Weltkriegs gedacht wurde, veränderte sich die Art der Erinnerung sowie des Opferdiskurses ab den neunziger Jahren dahingehend, als dass durch die politische Lage (Zerfall der sozialistischen Regime, durchlässige Grenzen, offene Archive und Austausch zwischen Deutschland und Polen) und den Generationenwandel eine offenere Auseinandersetzung auch über die Grenzen möglich wurde. Die Debatte hält bis heute an, mit dem Ziel, die *Flucht und Vertreibung* kontextuell korrekt ins kulturelle Erinnern einzuordnen, damit allen Opfern des Zweiten Weltkriegs gedacht werden kann.



Salome Marschall

Mysore im British Empire

Varianten der Direct und Indirect Rule 1831–1881

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Der Fürstenstaat Mysore gilt in der Geschichte Britisch Indiens als aussergewöhnlicher Fall. So wechselte am Ende des 19. Jahrhunderts, als sich das *British Empire* auf dem Höhepunkt seiner formellen Ausdehnung befand, die Regierungsform – entgegen der Tendenz im übrigen Empire – von *direct* zu *indirect rule*. Die Gründe für diesen antithetischen Fall – bezogen auf die englische Kolonialpolitik am Ende des

19. Jahrhunderts – wurden im Rahmen dieser Masterarbeit untersucht.

In der Zeitspanne von 1831-1881 können der Wechsel in der Regierungsform, zwischen direkter und indirekter Herrschaft, sowie der Regierungswechsel in Indien von der *East India Company* zur englischen Krone beobachtet werden. Bereits im Jahr 1799 übte die *East India Company* mittels eines Subsidienvertrages und durch

den Posten des Residenten indirekten Einfluss auf die Administration in Mysore aus. 1834 schob dann Generalgouverneur Bentinck Unruhen und die scheinbare *misrule* des Maharajahs als Gründe vor, um eine direkte britische Herrschaft in Mysore zu etablieren. Tatsächlich waren jedoch Bestrebungen zur wirtschaftlichen Gewinnoptimierung und strategische Argumente die Auslöser für die *direct rule*, da diese in den 1830er-Jahren mittels der indirekten Herrschaft nicht mehr erreicht werden konnten. Der Maharajah wurde als repräsentativer Herrscher im Staat belassen. Eine ganzheitliche Inkorporation in das Gebiet der *East India Company* erfolgte nicht, da in den 1830er-Jahren des 19. Jahrhunderts die Annexionspolitik noch keine gängige Praxis war.

Nach dem indischen Aufstand 1857/1858 und der Regierungsübernahme Britisch Indiens durch die Krone entging Mysore um Haaresbreite einer Einverleibung in das Gebiet des *Raj*. Den Anstoss dazu gaben kontroverse Diskussionen über ein Schreiben des Generalgouverneurs Canning zur Anwendung des *Adoption Despatch* auf den Fürstenstaat Mysore und über die Proklamation der Königin von England an die indischen Fürsten. Beide Dokumente sahen vor, entgegen der Annexionspolitik (*Doctrine of Lapse*) von Lord Dalhousie, die Kollaboration mit den indischen Fürsten zu intensivieren und damit das *Empire* zu stärken. Die indirekte Herrschaft wurde auf dem indischen Subkontinent, wie bereits im 18. und frühen 19. Jahrhundert, der direkten vorgezogen. Da der Maharajah von Mysore in den 50er- und 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts jedoch formell nicht über sein Land regierte, schien er von den Regelungen im *Adoption Despatch* ausgeschlossen zu sein. Ausserdem sollte der Fürstenstaat nun in Britisch Indien integriert werden. Dank lautstarker Proteste britischer Anhänger und von Befürwortern eines eigenständigen Mysore sowie einer grossen medialen Aufmerksamkeit in England widmete sich das britische Parlament dem Fall und kam 1867 zum Schluss, Mysore nicht zu annektieren. Der Entscheid war jedoch äusserst schwammig formuliert und gewährte in den Folgejahren einen grossen Handlungsspielraum. Obwohl sowohl der Generalgouverneur in Indien als auch der *Coun-*

cil of India in London eine Inkorporation des Fürstenstaates befürworteten, war die Aufmerksamkeit in der Presse und der britischen Öffentlichkeit zu gross. Der Maharajah durfte einen Erben auf all seine Besitztümer und Rechte ernennen, und die Klärung der Frage zur Herrschaftsform wurde vom britischen Parlament auf unbestimmte Zeit vertagt.

In den 1860er- und 1870er-Jahren bereiteten das Generalgouvernement und die britischen Beamten in Mysore den Fürstenstaat auf eine lokale, indische Regierung vor. Sowohl der junge Maharajah wie auch zukünftige Beamte genossen Bildung und Erziehung nach britischem Vorbild. Britisches Personal, Kosten und Aufwände sollten reduziert, aber gleichzeitig ein zuverlässiger und loyaler Fürstenstaat aufgebaut werden. Die Hungersnot 1877 legte die Mängel der britischen Administration in Mysore offen und kostete einem Fünftel der Bevölkerung das Leben. 1881 wurde der 18-jährige Maharajah als Regent Mysore eingesetzt und der Wechsel von der *direct* zur *indirect rule* vollzogen. Der indirekte britische Einfluss war jedoch stärker und tiefgreifender als noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts und stand der direkten Regierungsform der vergangenen fünfzig Jahre in nichts nach. Die *indirect rule* brachte in den 1880er-Jahren grössere politische, wirtschaftliche und strategische Vorteile für das *British Empire* als die direkte Herrschaft über Mysore.

Die vorliegende Arbeit lehnt sich an die Forschungstradition der *Cambridge School* an, da die beschriebenen Prozesse aus britischer Perspektive und aus der Sicht der Eliten untersucht wurden. Als Ausgangslange der Analyse dienten diverse Verträge zwischen den britischen Imperial- und Kolonialmächten und dem Fürstenstaat Mysore. Korrespondenzen britischer Beamter in Indien und die *Parliamentary Papers* des *House of Commons* machten des Weiteren einen grossen Teil des Quellenkorpus aus und erlaubten die Darlegung der Motive für die Politik in Mysore. Zusätzlich wurden zeitgenössische Publikationen britischer Beamter in Indien und Pressestimmen hinzugezogen, um die amtliche Argumentation und Sichtweise zu kontrastieren und ein möglichst differenziertes Bild zu zeichnen.



Die Aufnahme tschechoslowakischer Flüchtlinge in der Schweiz 1968

Unter besonderer Berücksichtigung des Kantons Luzern

Masterarbeit bei PD Dr. Patrick Kury

Im Zuge der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch die Truppen der DDR, Bulgariens, Ungarns und der Sowjetunion am 21. August 1968 fanden rund 13'000 tschechoslowakische Flüchtlinge Aufnahme in der Schweiz.

Die Masterarbeit untersucht anhand von zwei Zugängen die Aufnahme der tschechoslowakischen Flüchtlinge in der Schweiz. Zum einen wird die Arbeit der Bundesbehörden analysiert und der Frage nachgegangen, wie die schweizerischen Bundesbehörden die Aufnahme organisiert haben. Es werden die Strukturen und Bedingungen herausgearbeitet, mit welchen die tschechoslowakischen Flüchtlinge in der Schweiz konfrontiert waren. Neben der Frage nach der Organisation interessiert weiter, wie die schweizerischen Bundesbehörden die Aufnahme bewertet haben und welche Erfahrungen sie mit den tschechoslowakischen Flüchtlingen machten. Diesem strukturgegeschichtlich angelegten Teil der Arbeit liegen Quellen des schweizerischen Bundesarchivs in Bern zugrunde. Es wurden Akten des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes hinzugezogen, welche Aufschlüsse über die Arbeit des für die Flüchtlingsaufnahme zuständigen Departementes geben.

Die Untersuchung bleibt jedoch nicht auf der Arbeit der Bundesbehörden stehen, sondern bezieht als zweiten Zugang zum anderen auch die Perspektive der ehemaligen Flüchtlinge mit ein. Es wird dabei ein möglichst ganzheitliches Bild der Aufnahme gezeichnet, welches nicht auf der offiziellen Ebene der Bundesbehörden stehen bleibt, sondern auch die Erfahrungen der ehemaligen Flüchtlinge versucht mit einzuschliessen. Dieser erfahrungsgeschichtlich angelegte Teil der Arbeit wurde anhand von Oral History erarbeitet. Es wurden vier ehemalige Flüchtlinge befragt, welche im Kanton Luzern Aufnahme gefunden haben. Hierbei interessiert, wie die vier Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ihre Flucht und die Aufnahme in die Schweiz erlebt haben. Es stehen damit die subjektiven Erfahrungen der ehemaligen Flüchtlinge im Zentrum.

Die Arbeit zeigt auf, dass die Bundesbehörden eine äusserst weitherzige Aufnahmepaxis angewandt hatten. So wurden die Grenzen ab dem 30. August für alle tschechoslowakischen

Staatsangehörigen geöffnet, und sie erhielten Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt und zu finanzieller Hilfe – ungeachtet dessen, ob sie ein Asylgesuch stellten oder nicht. Auch die Asylerteilung ging äusserst weitherzig vonstatten. So fand eine tolerante Auslegung des Flüchtlingsbegriffes Anwendung, welche neben der Gefährdung an Leib und Leben auch das Kriterium der „regimebedingten inneren Zwangslage“ umfasste. Diese liberale Flüchtlingspolitik ist jedoch vor dem Hintergrund der asylpolitischen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg zu betrachten. Ebenso zu beachten ist hierbei die grosse Sympathie der schweizerischen Bevölkerung mit den tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die eine grosszügige Asylgewährung überhaupt erst möglich machte.

Die Aufnahme der tschechoslowakischen Flüchtlinge wurde von den Bundesbehörden als äusserst positiv bewertet. Die grosszügige Praxis bot in den Augen der Bundesbehörden die Möglichkeit, das Bild einer humanitären Schweiz aufrechtzuerhalten. Doch brachte diese Praxis auch einige Probleme mit sich. Vordergründig beschäftigten die Bundesbehörden vor allem die ungenügenden Unterkunftsmöglichkeiten für die Flüchtlinge. Auch wurde diese Praxis innerhalb der zuständigen Kreise gegen Ende des Jahres 1968 immer stärker kritisiert. So sprach man von einer „Verwässerung des Asylbegriffes“, da durch die vollständige Öffnung der Grenzen und die ohne nähere Prüfung bewilligten Asylgesuche auch solche Personen Aufnahme fanden, welche aus wirtschaftlichen Gründen in die Schweiz gekommen waren. Grössere Probleme oder Schwierigkeiten wurden von den Bundesbehörden jedoch nicht festgestellt.

Die Erinnerungen der ehemaligen Flüchtlinge zeigen auf, dass die Schwierigkeiten der Bundesbehörden nicht deckungsgleich mit ihren Problemen waren. Während erstere sich vor allem um die schwierige Wohnsituation sorgte, hatten letztere mit Existenzsorgen zu kämpfen. Obwohl die Bundesbehörden sich um eine humanitäre Aufnahme bemühten, konnten sie die persönlichen Probleme und Schwierigkeiten der Flüchtlinge nicht beseitigen, welche vordergründig die Sorge um die zurückgebliebene Familie, die an-

fängliche Orientierungslosigkeit und die Notwendigkeit der Anpassung an eine neue Umgebung umfasste. Die befragten ehemaligen Flüchtlinge äusserten sich jedoch durchwegs positiv bezüglich der Organisation der Aufnahme. Dies lässt den Schluss zu, dass es wohl zu keinen

grösseren Ungereimtheiten bei der Aufnahme gekommen war und diese damit nicht nur von Seiten der Bundesbehörden, sondern auch von Seiten der ehemaligen Flüchtlinge als erfolgreich bewertet wurde.



Dominic Moccand

Werte im Wandel

Das zivil-militärische Verhältnis im Spiegel schweizerischer Elitendiskurse, 1970-2010

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit der Reaktion der politischen und militärischen Eliten der Schweiz auf den Wertewandel, der sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzogen hat, und damit auch auf die Veränderung des Verhältnisses zwischen Militär und Gesellschaft. Die Dokumentation dieser Reaktionen ist in der Schweiz bis anhin sehr dürftig ausgefallen. Die Arbeit versteht sich deshalb als Beitrag zu einem kulturhistorischen Thema, das nicht nur die Schweiz in den letzten fünfzig Jahren stark geprägt hat, sondern ganz Europa. Denn mit dem Wandel des zivil-militärischen Verhältnisses ging nicht nur ein Wandel der Werte einher, sondern auch gemeinhin als selbstverständlich geltende Auffassungen von nationaler Identität, von sozialer Zusammengehörigkeit und von Geschlechterrollen wurden in ihrem Kern wesentlich tangiert. Die Methode der historischen Diskursanalyse nach Achim Landwehr soll dazu dienen, der komplexen und vielschichtigen Entwicklung gerecht zu werden.

Der erste Teil der Arbeit befasst sich auf der theoretischen Ebene einerseits mit dem Konzept des Wertewandels, und andererseits mit den Eigenheiten der zivil-militärischen Beziehungen in Europa und in der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert. Der Wertewandel wird anhand der methodischen Zugänge von Ronald Inglehart und Helmut Klages illustriert und in einen grösseren Kontext gesetzt. Dabei werden sowohl die Ursachen und Folgen des Wertewandels thematisiert, als auch auf die Kritik an den beiden Wertewandeltheorien eingegangen. Zeitlich umfasst der Wertewandel die Jahre 1960 bis 1990 und lässt sich als Abkehr von *Überlebens-, Pflicht- und Akzeptanzwerten* und Hinwendung zu *säkular-rationalen Selbstentfaltungswerten* beschreiben.

Das zivil-militärische Verhältnis und dessen Entwicklung und Implikationen für die schweizerische Gesellschaft stehen im Zentrum der nächsten Kapitel. Konkret geht es um die beiden Prozesse der *Militarisierung* und *Zivilisierung* im 19. Jahrhundert und um jene der *Demilitarisierung* und *Remilitarisierung* im 20. Jahrhundert.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Quellenbestände einer historischen Diskursanalyse unterzogen. Die Quellen setzen sich einerseits aus 460 untersuchten Artikeln aus der *Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift* zusammen (Jg. 1970-2010), deren Zielpublikum das Offizierskorps war, und andererseits aus den *Amtlichen Bulletins* des Schweizer Parlaments. Die *amtlichen Bulletins* beinhalten die Wortprotokolle des National- und Ständerats. Daraus wurde im Hinblick auf bestimmte militär- und sicherheitspolitische Abstimmungen zwischen 1970 und 2010 ausgewählt. Der Quellenkorpus wurde im Folgenden einer makro- und mikrostrukturellen Analyse unterzogen, wobei die zentralen Aussagen und diskursiven Themen in zeitlicher Abfolge untersucht worden sind. In der anschliessenden, synoptischen Diskursanalyse wurden die einzelnen Diskursstränge zusammengeführt und analysiert.

So hat sich gezeigt, dass sich die Schweizer Elitendiskurse im Hinblick auf den Wertewandel als vehemente Abwehr- und Exklusionsdiskurse konstituieren. Das zentrale diskursive Thema ist die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität, der Deutungshoheit und der Macht des Funktionssystems ‚Militär‘. Zudem konnte derselbe Wertewandel, der die Gesamtgesellschaft in den letzten fünfzig Jahren erfasst hatte, auch bei der Schweizer Armee festgestellt werden. Zentrale Sachverhalte wie die Einstellung gegenüber

weiblichen Soldaten, dem Zivildienst oder dem Sinn und Zweck der allgemeinen Wehrpflicht haben sich der Zeit angepasst und unterliegen demselben individualistischen und auf Selbstentfaltungswerte ausgerichteten Wertesystem wie i.e die Gesamtgesellschaft. Die 1990er Jahre er-

scheinen dabei als Durchbruch in einer längeren Entwicklung, in der die Eliten schon seit den 1980ern den Wertewandel nicht mehr nur Splittergruppen zuschrieben, sondern als in der Mitte der Gesellschaft existent erkannten.



Florian Müller

Zwischen Erwerbstätigkeit, Ruhestand und Altersarmut

Der Lebensstandard alter Menschen über 65 Jahren im Kanton Basel-Stadt
zwischen 1925 und 1944

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der für den Grossteil der Bevölkerung materiell gesicherte Ruhestand stellt ein verhältnismässig junges Phänomen dar. In der Schweiz wurden mit der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) 1948 erstmals der gesamten Bevölkerung – wenn auch sehr bescheidene – Altersrenten rechtlich zugesichert.

Das Ziel der Arbeit ist es aufzuzeigen, welchen Lebensstandard alte Menschen über 65 Jahren in den Jahrzehnten vor der Einführung der AHV aufwiesen. Bisherige historische Forschungen zur Institutionalisierung der Alterssicherung thematisierten die materielle Lebenssituation alter Menschen in der Regel nur am Rande und vor allem im Kontext der Altersarmut. Die Bezüge zum Lebensstandard blieben mit dem Fokus auf sozialpolitische Fragestellungen oberflächlich. Im Rahmen der Masterarbeit wird anhand des Fallbeispiels Basel-Stadt der Lebensstandard alter Menschen zwischen 1925 und 1944 herausgearbeitet und in den Kontext der breiteren demographischen, sozioökonomischen und sozialpolitischen Entwicklungen gestellt. Methodisch wird ein sozial- bzw. strukturgeschichtlicher Ansatz verfolgt. Der Schwerpunkt liegt auf der Analyse quantitativer Quellen.

Stellte im 19. Jahrhundert die Berufstätigkeit bis ins hohe Alter die Regel dar, bildete sich der Ruhestand bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als spezifisches Merkmal des Alters heraus. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellte die altershalbe Erwerbsunfähigkeit für breite Bevölkerungsschichten ein Armutsrisiko dar. Vor der Einführung der AHV existierten lediglich in den Kantonen Glarus (1916), Appenzell Ausserrhoden (1925) und Basel-Stadt (1932) obligatorische Altersversicherungen. Der Kanton

Basel-Stadt richtete zudem bereits 1926 eine Altersfürsorge für bedürftige Betagte ein. Die Industriestadt Basel verfügte im Übrigen bereits um 1925 über eine im nationalen Vergleich stark ausgebaute berufliche Altersvorsorge – die freilich erst einen Bruchteil der Arbeitnehmenden umfasste. Mit den Einführungen der kantonalen Alterssicherungssysteme und dem überproportionalen Wachstum der Bevölkerungsgruppe über 65 Jahren trat die materielle Situation alter Menschen in der Zwischenkriegszeit in den gesellschaftlichen Fokus.

Das Alter stellte neben den Kriterien soziale Schicht, Geschlecht und Zivilstand das bestimmende Merkmal des Lebensstandards dar. Zwischen 1925 und 1944 ist eine starke soziale Segregation der über 65-jährigen Einwohner/-innen Basels festzustellen. Sowohl unter den armen wie unter den wohlhabenden Einwohner/-innen war die Altersgruppe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung übervertreten. Einer breiten, aber abnehmenden Bevölkerungsschicht, die weiterhin in den Arbeitsprozess integriert war, stand einerseits eine wachsende Gruppe von Pensionierten, die einen erwerbsbefreiten und existenzgesicherten Ruhestand verbrachten, und andererseits eine breite Schicht unterstützungsbedürftiger Personen, die von Altersarmut betroffen oder bedroht waren, gegenüber.

Im Jahr 1925 lebten je rund ein Drittel der über 65-jährigen Männer in Basel in Abhängigkeit von Unterstützungen, in bescheidenen bis mittelständischen sowie in gut situierten Lebensverhältnissen. Während verheiratete Frauen denselben Lebensstandard aufwiesen wie verheiratete Männer, waren alleinstehende – ledige, geschiedene und verwitwete – Frauen einem stark

erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Ca. zwei Drittel der alleinstehenden Frauen waren auf Unterstützungen angewiesen, 10% bis 15% lebten in bescheidenen bis mittelständischen und ca. 20% in gut situierten Verhältnissen.

Bis 1944 ist keine grundlegende Besserung der materiellen Lage alter Menschen festzustellen. In Bezug auf den Lebensstandard im Alter ist in Basel zwischen 1925 und 1944 eine ambivalente Entwicklung auszumachen. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs überlagerte sich der feststellbare Ausbau der privaten, beruflichen und staatlichen Alterssicherung mit der Verschlechterung der allgemeinen Lage sowie der zunehmenden Verdrängung älterer Arbeitnehmender aus dem Erwerbsprozess. In Folge dessen verbesserte sich die materielle Lage alter Menschen zwischen 1925 und 1944 nur marginal, bzw. nicht für alle Bevölkerungs-

schichten. Zwar verbreiterte sich der Mittelstand leicht und der Anteil der Einwohner/-innen über 65 Jahre mit unzureichenden Einkommen- und Vermögensverhältnissen nahm leicht ab. Gleichzeitig ist aber eine Abnahme des prozentualen Anteils der obersten Einkommensschichten und eine starke Zunahme des Anteils der über 65-Jährigen, die von der Armenfürsorge unterstützt wurden, auf gegen 15% der Altersgruppe festzustellen.

Die Ergebnisse der Masterarbeit bestätigen einerseits die von der Forschung angeführte hohe Altersarmut und insbesondere das Armutsrisiko von verwitweten Frauen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Andererseits zeigt sich in Basel aber auch die bisher kaum thematisierte Tatsache, dass ebenso ein überproportional hoher Anteil der über 65-Jährigen in gut situierten bis sehr wohlhabenden Verhältnissen lebte.



Sarah Rindlisbacher

Zum Wohle des “Gemeinen evangelischen Wesens” und des “Protestant Cause”

Die konfessionelle Diplomatie Englands und der eidgenössischen Orte Zürich und Bern
in den Jahren 1655/1656

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

In der kurzen Zeit von 1653 bis 1658 traten die englische Republik unter der Führung Oliver Cromwells und die eidgenössischen Orte Zürich und Bern in eine intensive diplomatische Verbindung zueinander. Diese engen Beziehungen begannen mit der Sendung Johann Jakob Stokars nach London zur Vermittlung im Englisch-Holländischen Krieg und endeten mit der Rückberufung des seit 1654 in Zürich residierenden englischen Gesandten John Pell. Im Rahmen der Arbeit wird untersucht, welche Bedeutung dem Faktor Konfession dabei zukam, und wie sich dieser in Bezug auf Akteure, Ereignisse und Strategien auswirkte. Zudem wird danach gefragt, welches Interesse England einerseits und die reformierten Orte Zürich und Bern andererseits an engeren Beziehungen hatten, und wie sich eine Annäherung von sowohl der englischen Republik wie auch der beiden eidgenössischen Orte an Frankreich auf die englisch-eidgenössischen Verbindungen auswirkte.

Da die englisch-eidgenössischen Beziehun-

gen der 1650er Jahre seit knapp hundert Jahren nicht mehr Thema einer spezifischen Untersuchung waren, wird in der vorliegenden Masterarbeit mit neuen historiographischen Ansätzen gearbeitet, u.a. mit Konzepten einer „Kulturgeschichte des Politischen“, der Diskursgeschichte, der akteurszentrierten Diplomatiegeschichte und mit Untersuchungen zum internationalen Protestantismus. Generell wird eine transnationale Perspektive eingenommen. Neben mehreren Editionen dienen primär die bis anhin teilweise unbearbeiteten Quellenbestände aus den Staatsarchiven Zürich und Bern sowie Konvolute aus der Abschriftensammlung im Bundesarchiv als Quellenkorpus. Den zeitlichen Rahmen der Untersuchung geben zwei Ereignisse – die Waldenser-Verfolgung im Piemont 1655 und der Erste Villmergerkrieg 1655/1656 – vor.

Die gemeinsame Konfession wirkte in den untersuchten englisch-eidgenössischen Beziehungen als zentrales Verbindungselement, das die diplomatische Annäherung massgeblich ge-

staltete. Sowohl auf englischer wie auch auf eidgenössischer Seite waren die politischen Akteure eng mit der Geistlichkeit verflochten und die Geistlichen mit der Sphäre der Politik. Neben den Exponenten aus England und den reformierten Orten wirkten geistliche und politische Akteure aus weiteren protestantischen Gebieten – aus Genf, dem Dauphiné, den protestantischen Teilen des Piemonts und aus den Niederlanden – auf die englisch-eidgenössischen Beziehungen ein, weshalb diese nicht als rein bilaterale Verbindungen gesehen werden können. Die beiden untersuchten Ereignisse – die Verfolgung der piemontesischen Waldenser durch den Herzog von Savoyen und der Erste Villmergerkrieg zwischen Zürich und Bern einerseits, und den katholischen Inneren Orten andererseits – waren eng miteinander verflochten und durch Erwartungen an den jeweils anderen Partner geprägt. Während England ein dezidiertes und wenn möglich militärisches Vorgehen der reformierten Orte zugunsten der verfolgten Waldenser verlangte, wünschten sich Zürich und Bern eine finanzielle Unterstützung Englands für den Krieg gegen die katholischen Orte. Im Zuge dieser beiden Ereignisse kamen unterschiedliche Strategien zum Einsatz: Einerseits waren dies handfeste Strategien protestantischer Solidarität (von Bet- und Fastentagen über finanziellen und diplomatischen Beistand bis zur militärischen Intervention), die auf einen konfessionellen Schulterschluss abzielten und zudem eine spezifisch evangelische Identität betonten. Andererseits kamen rhetorische Strategien zur Anwendung, wobei den beiden Begriffen „Ge-

meines evangelisches Wesen“ und „Protestant Cause“ eine zentrale Funktion zukam. Diese diskursive Ebene stabilisierte einerseits die englisch-eidgenössischen Beziehungen, da sie überaus schnell eine Nähe zwischen England und den reformierten Orten generierte, doch wirkte sie sich gleichzeitig auch destabilisierend aus, weil durch eine religiöse Argumentation Erwartungen und Forderungen kommuniziert wurden, die im vorliegenden Fall mehrheitlich enttäuscht wurden.

Die englisch-eidgenössischen Beziehungen der 1650er Jahre können als „Spezialfall“ gewertet werden, da sie nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zum vorliegenden Grad an Intensität voranschreiten konnten. Sowohl England als auch die reformierten Orte hatten in der Anfangsphase der Beziehungen eine kritische Distanz zu Frankreich gewahrt, die allmählich aufgegeben wurde und im Verlauf der 1650er Jahre zu englisch-französischen, respektive eidgenössisch-französischen Verbindungen führen sollte. In England und den reformierten Orten sollte das religiös aufgeladene Klima, welches das Potential einer politischen Einigung aufgrund konfessioneller Gemeinsamkeiten gegen innen und gegen aussen hatte und damit eine englisch-eidgenössische Verbindung interessant machte, nicht von Dauer sein. Insgesamt hat sich die Konfession als starker transnationaler Faktor erwiesen, dessen umfassende Untersuchung in der Forschung hinsichtlich seiner zwischenstaatlichen und grenzüberschreitenden Wirkungsweise noch aussteht.



Oliver Roth

Mit dem Auge auf den Sturm

Diskurse zur Deutung und Verarbeitung von Hurrikan Katrina auf Youtube

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der Hurrikan Katrina von 2005 wurde zu einem Medienereignis, das sich nicht nur in den üblichen zeitgenössischen Medien abspielte, sondern auch auf der sozialen Videoplattform Youtube. Die Videos auf Youtube dienen als Quellengrundlage für eine qualitative und diskursive Beispielanalyse, die nach den vorkommenden Diskursen bei der Deutung der Naturkatastrophe fragt. Dabei wird gefragt, welche Diskurse die jeweiligen Videos bedienen. Handelt es sich um

traditionelle Deutungen der Katastrophe als Strafe Gottes, anthropomorphisierende Deutungen, die etwa von der Natur als Kriegsgegner sprechen, Deutungen, die das Augenmerk auf die mangelnde Hilfeleistung durch die Bush-Regierung legen oder Darstellungen, die von einer menschengemachten Naturkatastrophe sprechen? Diese Deutungen ergeben sich sowohl aus einem historischen Abriss über die gängigsten Deutungsmuster im Umgang mit Naturkatastro-

phen als auch aus einer kurzen Geschichte der Naturkatastrophen in den USA und New Orleans.

Die audiovisuellen Quellen werden in ihrer Form gemäss sowohl auf einer sprachlich-textlichen wie auch auf einer visuellen und performativen Ebene mit den zuvor umrissenen Deutungsdiskursen analysiert. Um mit der bisher kaum aus geschichtswissenschaftlicher Sicht erforschten Videoplattform Youtube zu arbeiten, wurden vier Kategorien von Videos erstellt, in welchen insgesamt 19 Videos einer eingehenden Analyse unterzogen werden. Diese Videos wurden mit einem eigens entwickelten Verfahren ausgewählt, indem eine grössere Zahl von insgesamt 55 Videos zunächst in Youtube-Playlisten gespeichert wurde. Aus diesen Playlisten wurden anschliessend möglichst beispielhaft und repräsentativ für die ersten drei Kategorien sechs Videos und für die letzte Kategorie ein Video ausgewählt. Die Kategorien „Aufnahmen während des Sturms“, „Collagen“, „Musikvideos“ und „Dokumentation“ werden anschliessend miteinander verglichen und in Beziehung gesetzt. Dabei zeichnet sich eine bestimmte Verlaufsstruktur der Videos ab, obwohl die zeitliche Perspektive aufgrund der mangelnden Aussagekraft der Youtube-Videos als Kategorisierungsmöglichkeit ver-

worfen wurde. Die Videos bauen in der Reihenfolge der vorgeschlagenen Kategorien sowohl zeitlich, in Bezug auf die Verwendung der Videoinhalte, als auch inhaltlich diskursiv aufeinander auf. Mit zeitlicher Distanz zum Ereignis und zunehmenden komplizierteren Produktionsmethoden der Videos nehmen auch die Gleichzeitigkeit sowie die Überlagerung der Diskurse zu. Die Aufnahmen, die während des Sturms entstanden, sowie die Collagen versammeln häufiger und prägnanter die traditionellen Deutungsdiskurse. Die musikalische Verarbeitung der Katastrophe versammelt hingegen das gesamte Spektrum der vorgestellten Diskurse, während in der Kategorie „Dokumentation“ neben einer Sprechweise von einer vermenschlichten Natur vor allem differenzierte Erklärungen gegeben werden. In diesen beiden Kategorien ist aber zu beobachten, dass sich die Diskurse auch überlagern und vermischen.

Die Arbeit gibt somit inhaltlich einen Einblick über die Deutungsdiskurse zum Hurrikan Katrina wie auch theoretische Anregungen zur Verwendung von Youtube als Quelle und dem Katastrophenbegriff als kulturwissenschaftlichem Analyseraster.



Giulia Schiess

Intime Familienkommunikation

Eine Fallstudie über die Identitätskonstruktion einer Schweizer Pfarrfamilie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anhand ihrer Briefkorrespondenz

Masterarbeit bei: Prof. Dr. Joachim Eibach

Bei der vorliegenden Masterarbeit handelt es sich um eine Fallstudie im Bereich der Mikrogeschichte, welche im Gebiet der Alltags- und Familiengeschichte anzusiedeln ist. Anhand der Familienrundbriefhefte der Pfarrfamilie Rohr-Riggenbach und den Memoiren der Mutter werden die Bedeutung und der Stellenwert der Familie untersucht. In der Forschung galt lange Zeit die Auffassung, dass seit dem Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert ein kontinuierlicher Niedergang der Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen stattfand. Laut dem amerikanischen Historiker David Warren Sabeau („Kinship in Europe“) gab es jedoch keinen solchen Bedeutungsrückgang. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht: Was

verstand die Familie Rohr-Riggenbach unter „Familie“? Welche Beziehungen hatten die Familienmitglieder untereinander? Trifft Sabeaus These auch auf diese Familie zu? Welche Bedeutung hatte das Pfarrhaus für die Familie? Wer ging im Pfarrhaus ein und aus? Worüber wurde in den Familienheften geschrieben und worüber wurde nicht berichtet?

Als der letzte Sohn Peter im Jahre 1919 aus dem Elternhaus in Hilterfingen auszog, lancierte die Mutter Emilie Rohr-Riggenbach die Familienrundbriefhefte. Das ursprüngliche Ziel der Mutter war es, den Kontakt zwischen den Familienmitgliedern aufrecht zu halten. Dank den Heften konnte sie alle sechs Kinder mit einem Brief

erreichen. Die Hefte zirkulierten bis im Jahre 1947 unter den engsten Familienmitgliedern. In diesen Jahren wurden 86 Hefte beschrieben. Durch das Sammeln der Rundbriefhefte wurden diese vermehrt zu einer Familienchronik. Diese besondere Art der Familienkorrespondenz half auf eine effiziente Weise die geografische Distanz zwischen den Familienmitgliedern zu überwinden. Durch die dichte Korrespondenz wurde die Familienidentität definiert, befestigt und bewahrt. Diejenigen, welche in den Familienrundbriefheften mitschreiben konnten, hatten einen festen Platz im Kreis der engsten Familienmitglieder. Wer zur Familie gehörte, war auch an gewisse familiäre Pflichten gebunden. Ab der Verlobung durften sich auch die Partner der Geschwister an den Familienheften beteiligen. Sie gehörten ab diesem Zeitpunkt nicht nur praktisch, sondern auch symbolisch zum vertrauten Familienkreis. Durch die Aufnahme in die Familie verpflichteten sie sich, regelmässig in die Briefhefte zu schreiben. Aus den Einträgen in den Rundbriefheften lässt sich ein gegenseitiges Helfen und Unterstützen herauslesen. Als Familie stand man sich sowohl in guten Zeiten, wie bei einer Geburt eines Enkels, als auch in schlechten Zeiten, beispielsweise bei einem Todesfall oder bei ökonomischen Schwierigkeiten, zur Seite. In zahlreichen Rundbriefen empfahlen sie sich Lektüren, Theatervorstellungen, Kunstausstellungen und Konzerte. Durch den gemeinsamen, gleichen Geschmack gestalteten sie ihre eigene bürgerliche und familiäre Identität. In den Heften nahmen sie auch Bezug zu aktuellen politischen und historischen Ereignissen. Da Ernst Rohr als Pfarrer im Pfarrhaus arbeitete, vermischte sich der familiäre Bereich mit der Berufswelt des Vaters. Im Pfarrhaus herrschten ein reger Verkehr und eine fröhliche Geselligkeit. Nebst den Gemeindegliedern, welche den Pfarrer aufsuchten,

waren im Pfarrhaus oft zahlreiche Freunde, Pensionäre und Feriengäste anzutreffen. Für die Pfarrfamilie war die familiäre Gemeinschaft sehr wichtig. Die Familienmitglieder besuchten sich oft gegenseitig, sie verbrachten die Ferien zusammen und organisierten Familienfeste. Wenn sie sich nicht persönlich treffen konnten, so versuchten sie zumindest durch die Familienrundbriefhefte in Kontakt zu bleiben. Der Kontakt sowie der Zusammenhalt der Familie und der weiteren Verwandtschaft wurden bewusst und intensiv gepflegt. Die Hefte zirkulierten nur unter den engsten Familienmitgliedern. Deshalb konnten die Schreibenden auch über „intime Dinge“ berichten. Sie beschrieben wie sie ihre Partner kennenlernten, kündigten Schwangerschaften an, oder berichteten über ihre beruflichen Schwierigkeiten. Innerfamiliäre Konflikte wurden jedoch kaum schriftlich festgehalten. Diese hätten das „gute Familienbild“ getrübt.

Aus dem Fallbeispiel der Familie Rohr-Riggenbach geht hervor, wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert in der Schweiz eine Pfarrfamilie lebte und welche enorme Bedeutung der Familienzusammenhalt für diese hatte. Die Familie Rohr-Riggenbach kann als exemplarische, bürgerliche Familie für diese Zeitspanne gelten. Ein Grossteil der Ergebnisse der vorliegenden Fallstudie können vermutlich auch auf andere bürgerliche, protestantische Deutschschweizer Familien mit dem gleichen sozialen Status übertragen werden. Auf diesen „Typ“ von Familien trifft David Warren Sabeans These sicherlich zu. Um eine allgemeine These über den Familienzusammenhalt in der Schweiz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert aufstellen zu können, müssten weitere Familien aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Regionen, sowie mit unterschiedlicher Konfessionszugehörigkeit untersucht werden.



Alexandra Schwab

Zabíjení po česku“ – „Töten auf Tschechisch“ Die „wilden Vertreibungen“ von 1945 aus heutiger Sicht

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden in den demokratisch reorganisierten ehemaligen Ostblockstaaten Fragen aus der nationalen Ver-

gangenheit thematisiert, die bis dahin jahrzehntelang totgeschwiegen worden waren. Eines dieser tabuisierten Themen ist die Vertreibung der

Deutschen aus Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Tschechoslowakei fanden direkt nach dem Ende des Prager Aufstandes im Frühsommer 1945 die sogenannten „wilden Vertreibungen“ der Sudetendeutschen aus den Grenzgebieten statt. Als die „wilden Vertreibungen“ werden jene bezeichnet, die noch vor den Beneš-Dekreten und ohne rechtliche Grundlage geschahen. Diese Vertreibungen und die im August 1945 im Potsdamer Abkommen beschlossene Abschiebung (Tschechisch: „odsun“) der Sudetendeutschen zogen sich bis in die Jahre 1946/47 hin. In der darauffolgenden Zeit des Einlebens in einer neuen und fremden Umgebung schwiegen die meisten der vertriebenen Sudetendeutschen über die Geschehnisse und das Erlebte.

In der Tschechoslowakei wurde die Vertreibung der Deutschen nach dem Weltkrieg bis 1989 von Seiten der offiziellen Regierung und von der breiten Bevölkerung weitgehend nicht thematisiert. Als Grundkonsens galt in dieser Zeit (teilweise auch heute noch), dass die Abschiebung der Sudetendeutschen eine logische Schlussfolgerung und gerechte Strafe nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Im Jahr 2010 nahm sich der tschechische Dokumentarfilmer David Vondráček dieser Thematik an und drehte einen Dokumentarfilm zur Vertreibung der Sudetendeutschen. Sein Film „Zabíjení po česku“ (Deutsch: Töten auf Tschechisch) wurde zur besten Sendezeit am 6. Mai 2010 im tschechischen Fernsehen gezeigt. Nicht nur die Konfrontation mit der Täterrolle, basierend auf Zeitzeugenberichten ehemals Vertriebener, sondern auch die Tatsache, dass der Film im Rahmen des 65. Jahrestages des Prager Aufstandes gegen die nationalsozialistische Okkupation gezeigt wurde, rief bei den Tschechen Empörung und scharfe Kritik hervor.

In diesem Zusammenhang steht im Zentrum der Masterarbeit die Untersuchung der Zeitzeugenaussagen im Dokumentarfilm „Zabíjení po česku“ und die Frage, wie mit der Erinnerung nach jahrelangem Totschweigen umgegangen wird. Als Quellengrundlage dienten hierbei sowohl die Aussagen der Zeitzeugen aus dem Film, als auch ihre schriftlichen Berichte und Interviews. Weiter wurde das Narrativ und die Aussagen der Rezensionen zum Film in Form von Me-

dienberichten und Zeitungskommentaren aus dem Jahre 2010 untersucht.

Vondráček bot mit seinem Film den Zeitzeugen und Historikern eine Plattform, um über das Thema und die Zeit der „wilden Vertreibungen“ sprechen zu können und hielt sich selbst dabei grösstenteils mit Kommentaren zurück. Das Narrativ, das der Film verfolgt, basiert nicht auf einem festgefahrenen Opfer-Täter-Diskurs, sondern versucht die verschiedenen Erlebnisse der Zeitzeugen aufzuzeigen. Ihre Erzählungen zeigen klare Merkmale der „Vergangenheitsbewältigung“ und der „Vergangenheitsbewahrung“ entsprechend der Definition von Aleida Assmann auf. Vondráčeks eigene Beiträge im Film beschränken sich auf Erläuterungen und die Einleitung von Übergängen. Ansonsten lässt er den Erinnerungen der Zeitzeugen und den Forschungsanalysen der Historiker den Vortritt. Trotzdem gibt er als Interviewer dem Film und den Narrativen eine gewisse Stossrichtung. Entgegen Heiko Haumanns Vorschlag eines offenen „Oral History“-Verfahrens beginnt Vondráček die Interviews mit einer gezielten Einstiegsfrage – wobei auf Fragen oftmals nur anhand der Antworten rückgeschlossen werden kann. Vondráček stellt des Öfteren detaillierte Folgefragen und lenkt das Gespräch so in eine spezifische Richtung. Die Zeitzeugen geben demzufolge ihre Erinnerung nicht frei und assoziativ wieder, sondern antworten auf gezielt gestellte Fragen. Ein Journalist und Filmemacher fragt folglich andere Fragen, als dies ein Historiker oder Historikerin tun würde. Ähnlich wie ein literarischer Text weist der Film also eine Dramaturgie auf, die letztendlich konstruiert ist. Die biographischen Erfahrungsberichte in „Zabíjení po česku“ haben die Unmittelbarkeit eines offenen Gesprächs verloren und sind vielmehr literarischen Konstrukten ähnlich, an welchen hinlänglich gefeilt wurde – eine schwierige Ausgangslage für die geschichtswissenschaftliche Analyse. Die Masterarbeit versucht, sich dieser Herausforderung der doppelten Konstruiertheit zu stellen. Mithilfe filmanalytischer Untersuchungsmethoden und quellenkritischer Analyse der Oral-History-Interviews lotet sie die Möglichkeiten eines öffentlichen enttabuisierten Vertreibungsdiskurses in Tschechien aus.



Gemeinnützige Freiwilligenarbeit auf Gemeindeebene: eine historische Analyse am Beispiel des Gemeinnützigen Vereins Wattenwil (1866-2013)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Dem freiwilligen Engagement kommt in der Schweizer Gesellschaft bis heute eine wichtige Bedeutung zu. Diverse sozialwissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass sowohl das politische System als auch viele öffentliche Einrichtungen ohne Freiwilligenarbeit empfindlich geschwächt würden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Freiwilligen ihr Engagement im eigenen Wohnumfeld leistet und Vereinen dabei eine zentrale Rolle zukommt. Die starke lokale Ausrichtung der Freiwilligenarbeit steht damit in krassm Gegensatz zur bisherigen Perspektive der historischen Vereinsforschung, die die gesellschaftliche Bedeutung von Vereinen zwar früh entdeckt, ihren Fokus aber primär auf schweiz- oder kantonsweit aktive Organisationen gelegt hat. Mit der Analyse des vorwiegend lokal agierenden Gemeinnützigen Vereins Wattenwil (GVW) liefert die Masterarbeit einen ersten Beitrag zur Schliessung dieser Forschungslücke.

Der besagte Verein, der 1997 seinen Namen in Ortsverein Wattenwil (OVW) änderte, wurde 1866 gegründet und hat im Verlauf seiner bald 150-jährigen Geschichte eine breit gefächerte Vereinsarbeit an den Tag gelegt. Ziel der Masterarbeit ist es, auf Basis der überlieferten Quellen des GVW (Protokolle, Rechnungen, Korrespondenz und Berichte) die Vielseitigkeit der gemeinnützigen Freiwilligenarbeit auf Gemeindeebene beispielhaft nachzuzeichnen und zu analysieren. Darüber hinaus versucht die Untersuchung, soweit die Quellen dies erlauben, das lokale und regionale Netzwerk des Vereins offenzulegen.

Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich der GVW stark im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben Wattenwils engagiert. Im Rahmen seiner sozialen Tätigkeit hat er die Gemeinde in der Armen- und Altersfürsorge unterstützt, sich für eine Verbesserung des örtlichen Schul- und Gesundheitswesens eingesetzt und mit seinem umfangreichen Vortrags- und Kurswesen versucht, die Berufs- und Allgemeinbildung zu fördern. Im politischen Bereich fungierte er bis Anfang des 20. Jahrhunderts als Forum für die politische Meinungsbildung und setzte sich für die Förderung der politischen Bildung ein. Bei seinem wirtschaftlich motivierten Engagement setzte der GVW bis um die Mitte des 20.

Jahrhunderts primär auf die Förderung der lokalen Landwirtschaft. Vereinzelt unterstützte er auch das örtliche Handwerk und Gewerbe. Darüber hinaus versuchte er die Standortattraktivität Wattenwils durch Massnahmen wie der Einführung moderner Infrastrukturen zu erhöhen. Spätestens ab Mitte des 20. Jahrhunderts verlor der GVW in diesen Arbeitsfeldern aber zunehmend an Einfluss und zog sich deshalb nach und nach daraus zurück. Gleichzeitig verlagerte er sein Engagement stärker in den Freizeitbereich und organisierte immer häufiger Kulturveranstaltungen oder Freizeitkurse für Erwachsene. Ferner wollte er die Familien des Dorfes als neue Zielgruppe erreichen und stellte deshalb Angebote wie den Wattenwiler Ferienpass oder die örtliche Spielgruppe bereit. Diese Neuausrichtung des GVW war zum einen Ausdruck der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz, die dessen Engagement in der Armen- und Altersfürsorge und seinen starken Fokus auf die Landwirtschaftsförderung ab Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend überflüssig machte. Zum anderen verlor der GVW bis zu diesem Zeitpunkt zahlreiche seiner sozialen, wirtschaftlichen und politischen Arbeitsbereiche an den Staat oder an private Organisationen wie Verbände, Genossenschaften, Parteien oder Hilfswerke. Weiter hat sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts eine starke Individualisierung der Gesellschaft vollzogen. Im Zuge dieser Entwicklung verloren traditionelle Gruppierungen wie Vereine an Bedeutung. Um sein langfristiges Überleben zu sichern, musste der GVW sich daher neue Zielgruppen und Arbeitsfelder erschliessen. Bezogen auf das Vereinsnetzwerk hat die Arbeit gezeigt, dass sich das persönliche Engagement der führenden Vereinsmitglieder nicht auf den GVW beschränkte. Vielmehr waren diese Personen oftmals in eine Vielzahl lokaler oder regionaler Ämter und Organisationen eingebunden. Diese starke Einbindung in die dörfliche Gesellschaft und die daraus resultierenden Personennetzwerke bildeten eine wichtige Voraussetzung für die seit jeher starke Verbindung des Vereins mit der Einwohner- und Bürgergemeinde, der Schulkommission oder dem Kirchgemeinderat sowie mit diversen lokalen Vereinen und Genossenschaften. Der GVW hat in ver-

schiedenen Bereichen immer wieder eng mit diesen lokalen Partnern zusammengearbeitet. Daneben hat er besonders im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch ausserhalb der eigenen Ortsgrenze aktiv nach Partnerorganisationen gesucht. Die stärkste Zusammenarbeit ergab sich in

dieser Hinsicht mit der Ökonomischen und Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern (OGG), mit welcher der GVW bis in die 1950er Jahre wiederholt für lokale Vortrags- und Kursveranstaltungen zu vorwiegend landwirtschaftlichen Themen zusammengespant hat.



Jérôme Strübi

Einführung in die obrigkeitlichen Regelungen zum Lebensmittelhandel im 15. Jahrhundert

Eine vergleichende Betrachtung zwischen den zwei alpennahen Städten Bern und Luzern

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Ein Blick auf die Städtegründungen des Spätmittelalters zeigt, dass die Versorgung einer Stadt mit Lebensmitteln ein zentrales Anliegen der jeweiligen städtischen Obrigkeit war. Die Regelung der öffentlichen Märkte stellte deshalb einen Kernpunkt im Verwaltungskomplex der Schultheissen und Räte dar. Die Wahrung eigener Interessen und jener der bürgerlichen Gemeinschaft bildeten dabei wesentliche Angelpunkte im Interessenspektrum der Obrigkeiten. Demgegenüber stand die persönliche Gewinnsucht der Lebensmittelhandwerker und Lebensmittelhändler. Die Arbeit versucht anhand der zwei Städte Bern und Luzern exemplarisch aufzuzeigen, mit welchen Regelungen und Erlässen Schultheiss und Rat im 15. Jahrhundert die Erhaltung des *bonum commune* zu gewährleisten versuchten. Auf die Einflüsse von Wetterereignissen sowie von Betrugsversuchen auf dem innerstädtischen Markt und in den Produktionsbetrieben auf die gesetzgeberische Tätigkeit der Obrigkeit wird dabei ein besonderes Augenmerk gelegt.

Ausgehend von einem Überblick über den Forschungsstand zum Thema Arbeit in den Städten des Heiligen Römischen Reiches im Spätmittelalter wird der Fokus daraufhin auf die lokalen Gepflogenheiten in Bern und Luzern gerichtet. Dazu wird zuerst der Gesetzesstand von 1400 rekonstruiert, bevor sich der Analyseteil der Arbeit auf Basis des handschriftlich überlieferten Materials aus den städtischen Kanzleien dem 15. Jahrhundert widmet. Daraus ergibt sich eine qualitative sowie quantitative Untersuchung, die sowohl wirtschaftliche als auch rechtliche, soziale und umwelthistorische Gesichtspunkte aufgreift.

Das Ergebnis zeigt, dass sowohl im Vergleich zum Reich als auch bei einer Gegenüberstellung von Bern und Luzern, also im geografisch nahen Umfeld, ähnliche und doch divergierende Muster in den Vorgehensweisen der Obrigkeiten festzustellen sind. An keinem Ort verliess man sich auf die Ehrlichkeit der Lebensmittelhändler und Lebensmittelproduzenten, sondern begegnete diesen mit einem aus Bussen und Geldern aus dem Stadtsäckel finanzierten Beamtenapparat, der die Tätigkeiten im Lebensmittelgewerbe anhand von konsumentenorientierten Erlässen zu überwachen hatte. Bei ihren mannigfaltigen Betrugsversuchen zeigten die Lebensmittelhändler und Lebensmittelhandwerker dabei überall Raffinesse und versuchten sowohl bei der Qualität als auch der Quantität ihrer Produkte einen zusätzlichen Gewinn herauszuschlagen.

Die Unterschiede zwischen den Städten lagen in der differenzierten Ausarbeitung der Gesetzgebungen, welche beispielsweise in ungleichen Strafsätzen oder der detaillierten Formulierung der Regelungen für einzelne Gewerbe sichtbar werden. Der entstehende Kontrast ist auf vielfältige Ursachen zurückzuführen, welche die geografische Lage der Stadt, Wetterereignisse, Kriege, Epidemien und weitere Aspekte miteinbeziehen. Damit wird letztendlich aufgezeigt, dass eine generalisierende Darstellung der obrigkeitlichen Regelungen zum Lebensmittelhandel im 15. Jahrhundert, wie sie bisher vereinzelt in der Forschung unternommen worden war, nur mit unbefriedigendem Resultat möglich ist und eine vergleichende, differenzierende Betrachtung unbedingt notwendig ist.

„Seltsamer Naturgeschichten Des Schweizer-Lands Wochentliche Erzelung“

Vermitteltes Wissen – Johann Jakob Scheuchzers frühaufklärerische Zeitschrift

„Beschreibung der Natur-Geschichten des Schweizerlands“ (1705-1707)

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die naturgeschichtliche Zeitschrift *Beschreibung der Natur-Geschichten des Schweizerlands* des Zürcher Gelehrten und Naturforschers Johann Jakob Scheuchzer (1672-1733), die zwischen 1705 und 1707 unter wechselnden Titeln erschien und als erste wissenschaftliche Zeitschrift der Schweiz gilt. Trotz des in den letzten Jahren stark gestiegenen Forschungsinteresses an der Figur Scheuchzer wurde dessen Zeitschriftenprojekt noch nicht eigens untersucht. Die Arbeit beabsichtigt diese Lücke zu schliessen. Sie analysiert, wie und unter Einbezug welcher Akteure und Medien mittels der Zeitschrift und der sie hervorbringenden und durch sie hervorgebrachten kommunikativen Vorgänge Wissen generiert wurde. Gegenstand der Untersuchung sind daher neben dem Periodikum selbst einerseits auch dessen soziokultureller Entstehungszusammenhang, die ökonomischen und technischen Voraussetzungen – überhaupt die ihm zugrundeliegenden wissenschaftlichen Praktiken – sowie andererseits die Resonanz der Leser und die Rezeption. Das Quellenkorpus umfasst nebst den 151 Ausgaben der Zeitschrift entsprechend auch die Briefwechsel, die Scheuchzer zwischen 1699 und 1708 mit 179 Korrespondenten in der Eidgenossenschaft und den zugewandten Orten unterhielt. Bemüht um eine vielschichtige Analyse in medien- und wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive, wird das heuristische Potential der neueren Kulturgeschichte der Wissenschaft möglichst breit genutzt.

Schon vor dem Erscheinen der Wochenschrift hatte Scheuchzer 1699 mit der Versendung eines Fragenkatalogs an Pfarrer, Ärzte und andere „curiose Gemüther“ in allen Landesteilen der Schweiz und mit der Pflege eines dichten Korrespondentennetzes im In- und Ausland Verfahren der gelehrten Kommunikation und der kooperativen Generierung neuen naturgeschichtlichen Wissens erprobt. Sein engmaschiges Netz an Briefpartnern war denn auch wichtige Voraussetzung für die Initiierung des Projekts einer naturgeschichtlichen Wochenschrift. Ermöglicht wurde die Publikation schliesslich durch die Gunst einflussreicher und zahlungskräftiger Pat-

rons aus der Bündner Aristokratie, die Scheuchzer mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatteten.

In sachlicher Hinsicht wollte die Zeitschrift „seltsame“ Naturerscheinungen ohne Rückgriff auf vergeltungstheologische Kategorien erklären. Räumlich beschränkte sie sich dabei auf die Schweiz. Mit dieser doppelten Gegenstandsbestimmung fügte sich Scheuchzers Projekt in grosse kulturelle Bewegungen in Europa ein: es spiegelte das aufkommende naturwissenschaftliche Interesse wider und war zugleich Ausdruck des komparatistischen Bemühens um die Bestimmung der Nationalcharaktere der Völker und Länder. Scheuchzer fasste Naturgeschichte als eine Methode der empirischen Naturbeobachtung auf, die sowohl – in physikotheologischer Absicht – die Erkenntnis von Gottes Schöpfung, als auch – in utilitaristischer Hinsicht – die Vermehrung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzens für den Menschen bezweckte.

Die Zeitschrift sollte sowohl der Popularisierung naturbezogenen Wissens, als auch der Vertiefung und Ausweitung einer kooperativen Form der Wissensproduktion dienen. Die Analyse der kommunikativen Praktiken zeigt auf, dass es Scheuchzer tatsächlich gelungen ist, einen Prozess der Zirkulation naturgeschichtlichen Wissens in Gang zu setzen. Dieser erlaubte es ihm, seine eigenen Beobachtungen zu veröffentlichen und zugleich neue Korrespondenten zu gewinnen, die ihm ihre eigenen Naturbeobachtungen zukommen liessen. Die epistemische Validität der mitgeteilten Naturphänomene beruhte auf der Glaubwürdigkeit der Zeugen und Informanten und dabei primär auf ständischen Kategorien wie Ehrbarkeit und Vertrauenswürdigkeit. Einfachere Bevölkerungskreise verfügten folglich nur über beschränkte Möglichkeiten einer meist indirekten Mitwirkung an der Generierung gelehrten Wissens, obwohl Scheuchzer Bauern, Sennen und Jägern ein hohes Mass an empirischer Beobachtungsgabe zuschrieb.

Während die Zeitschrift bei den involvierten Kreisen einer lokalen kulturellen Elite auf grosse Zustimmung stiess, warfen Professoren der Basler Universität Scheuchzer vor, er verletze mit

der deutschsprachigen, sich potentiell an ein breiteres Publikum richtenden Zeitschrift die Grenze zwischen populärem und gelehrtem Wissen und gefährde damit auch seinen Ruf. Längerfristig beeinflussten die „Natur-Geschichten“ die Wahrnehmung der Alpen und der Alpenbewohner

nachhaltig. Neben einzelnen Geschichten und Figuren waren dafür insbesondere auch die Illustrationen entscheidend, die nicht nur einem sachlich-illustrierenden Zweck dienten, sondern auch die alpine Bergwelt ästhetisierten.



Christian Trunz

Die Auseinandersetzungen der 1960er Jahre innerhalb des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes über die Altersvorsorge

Masterarbeit bei Prof. Dr. Albert Tanner

In dieser Arbeit wird der Frage nachgegangen, wie die Diskussion um die Altersvorsorge während der 1960er und zu Beginn der 70er Jahre innerhalb des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB verlief. Innerhalb der Gremien des SGB gab es während den 1960er Jahren eine Auseinandersetzung um die Altersvorsorge. Es gab innerhalb des SGB Befürworter einer vollausgebauten AHV, einer sogenannten Volkspension. Bei der Konzeption dieser Arbeit ging ich davon aus, dass die Unterstützung für die Volkspension von Verbänden kam, deren Branchen über einen tiefen Abdeckungsgrad von Pensionskassen verfügten. Diese These musste ich aber verwerfen. Einzig beim Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband SBHV würde diese These Sinn machen. Die Befürworter kamen zudem aus dem privaten und dem öffentlichen Sektor. Interessanterweise waren es dieselben Verbände, die sich 1959 für die LdU-Initiative einsetzten. Die Frage, ob Politik über die Sozialpartnerschaft oder den Staat betrieben werden soll, war entscheidend, auch für die Altersvorsorge. Dabei ging es nicht zuletzt auch um Differenzen bezüglich des Selbstverständnisses der Gewerkschaften. Etwas überspitzt formuliert standen auf der einen Seite diejenigen, welche die Gewerkschaftsbewegung in erster Linie als soziale Kraft verstanden, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen zielte. Sie befürworteten eine Volkspension und waren auch staatlichen Interventionen nicht grundsätzlich abgeneigt. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die den Auftrag der Gewerkschaften vor allem in der Interessenvertretung ihrer ‚Klientel‘, nämlich der organisierten Arbeiterschaft, verstanden. Bauern, Erwerbslose, oder die Arbeitnehmenden der untersten Lohnklassen gehörten

offensichtlich nicht dazu. Staatseingriffen stand man skeptisch gegenüber. Die Privilegien der eigenen Verbände (in diesem Fall die bereits existierenden Pensionskassen) wurden unter allen Umständen verteidigt. Die Drei-Säulen-Konzeption passte besser zu diesen Vorstellungen als eine Volkspension.

Die Befürworter der Pensionskassen waren aber deutlich stärker, so dass eigentlich nie Zweifel aufkamen, welche Seite die Auseinandersetzung gewinnen würde. Die Meinungen waren meistens so klar verteilt, dass gar keine Diskussionen aufkamen. Die Rolle des grössten Verbandes, des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands SMUV, wurde selten direkt sichtbar in den Gremien des SGB. Das war auch gar nicht nötig, Bernasconi war auf gleicher Linie. Dieser war der zuständige Sekretär des SGB und flammender Befürworter der 2. Säule. Bernasconi war an allen Sitzungen beteiligt und schrieb alle Berichte, die der SGB in dieser Zeit zu meinem Thema veröffentlichte. In dieser Arbeit existiert der SGB deshalb nur als Giacomo Bernasconi. 1970 wurde er pensioniert, Fritz Leuthy wurde sein Nachfolger.

Nicht klar beantworten konnte ich die Frage, wie gross das Gewicht des SGB in dieser Frage war. Da sich diese Arbeit vor allem um die „Innenpolitik des SGB“ kümmerte, ist der Einfluss gegen aussen schwer messbar. Es kann aber sicher festgehalten werden, dass der SGB ein wichtiger Akteur der Altersvorsorgepolitik war. Viele Eingaben, die der SGB einreichte, wurden auch so umgesetzt. Damit brüstete sich der SGB und insbesondere auch Bernasconi. Die Frage hier ist nur, ob diese Forderungen auch weit genug gingen. Das Tschudi-Tempo bedeutete nicht nur eine starke Erhöhung der AHV, sondern auch gleich

zeitig das Obligatorium der beruflichen Vorsorge und die Etablierung der Dreisäulentheorie. Die

Zusammenarbeit zwischen dem SGB und dem zuständigen Bundesrat Tschudi war eng.



André Wellig

Asterix ante Portas

Konstruktion von Vergangenheit und Erinnerung in den Asterix-Comics

Masterarbeit bei Prof. Dr. Thomas Späth

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Konstruktion des Bildes der Antike in den *Asterix*-Comics und mit der populärkulturellen Rezeption dieses Antikenbildes. Sie geht einerseits den Eigenheiten und Spezifika der *Asterix*-Antike auf den Grund und versucht andererseits zu klären, wie und wodurch diese konstruierte Antike Eingang ins kollektive Gedächtnis gefunden hat.

Zur methodologischen Klärung werden zuerst die drei Elemente Comic, Antike und Asterix thematisiert: Die Arbeit geht von einer getrennt geführten Begriffsdiskussion aus, um die drei Komponenten allmählich zueinander in Verbindung zu bringen. Zwei Exkurse präzisieren diese Grundlagen: Einerseits werden die Anforderungen der Comic-Lektüre aufgegriffen und anhand des konkreten Beispiels der *Asterix*-Comics die Besonderheiten und Eigenheiten dieses Mediums mit seinen Anforderungen an die aktive Rezeption diskutiert, andererseits werden die spezifischen Aspekte der Zeitlichkeit in einem Medium, in dem die Zeit stillsteht, thematisiert.

Nach dieser Erarbeitung der theoretischen Voraussetzungen für eine historische Untersuchung von Comics widmet sich die Arbeit der Analyse der *Asterix*-Serie. Ziel ist es, das Antikenbild festzumachen, das den RezipientInnen textuell und graphisch vermittelt wird. Schwerpunkte sind dabei die Stadt Rom mit ihrer Architektur und Monumenten, die Bürger Roms mit ihren *domus* und *insulae*, die gallo-römischen Vertreter sowie die Legionäre mit ihrem Oberbefehlshaber Iulius Caesar. Der Vergleich mit der einschlägigen populärkulturell verbreiteten historischen Literatur der Entstehungszeit von *Asterix* (e.g. Carcopino, *La vie quotidienne à Rome à l'apogée de l'Empire*, 1939) zeigt, dass die römischen Vertreter in der Stadt und in den Provinzen mit den verbreiteten Bildungsvorstellungen – nach einigen Abstrichen – in Übereinstimmung stehen. Die grösste Gruppe der Römer hingegen, die Le-

gionäre, sind überaus persifliert abgebildet und in Szene gesetzt.

In einem abschliessenden Kapitel werden die Comics mit Theorien der Erinnerungskultur konfrontiert, um zu klären, warum der kleine Gallier ins kollektive Gedächtnis der *Asterix*-RezipientInnen aufgenommen wurde. Dieses Phänomen wird unter fünf Kriterien erläutert: Erstens aufgrund der Konstruktion von Vergangenheitsversionen im *Asterix*, zweitens mithilfe der Gedächtnisbildung und Erinnerung in der konstruierten *Asterix*-Antike; drittens wird *Asterix* als Kombination des kulturellen und kommunikativen Gedächtnisses betrachtet, viertens werden die Elemente untersucht, die für die Leserschaft Identifikationsangebote sind, und fünftens entwickelt die Arbeit Hypothesen aufgrund rezeptionsästhetischer Ansätze zur Eigenleistung und der Rolle der LeserInnen-BetrachterInnen.

Die *Asterix*-Autoren liefern lediglich den Kosmos sowie einige Inputs und Wegweiser – konstruiert wird aber von den RezipientInnen selber. Deswegen lassen sich unterschiedliche Prozesse der Gedächtnisbildung postulieren. In *Asterix* folgt diese dem Schema: Erinnern, um zu vergessen, damit transformiert und von den RezipientInnen weiter konstruiert werden kann. Zunächst wird die *Asterix*-Leserschaft etwa an den Vercingetorix-Mythos erinnert, dies geschieht aber mittelbar oder unmittelbar nur an einigen wenigen Stellen. Viel wichtiger ist dabei, nur die für den Comic relevanten Aspekte aus dem Mythos zu aktualisieren, den Rest hingegen zu vergessen. Dies versuchen die Autoren auf spielerische Art unter anderem damit zu erreichen, dass ihre Figuren negativ konnotierte Erinnerungsorte völlig aus ihrer Erinnerung verdrängen. Nachdem dieser Mythos auf die relevanten (positiv konnotierten) Konstanten reduziert worden ist, können die *Asterix*-Autoren ihn nun in einen aktualisierten Mythos verwandeln. Diese Transformation

wird der Leserschaft dargeboten, die nun die zahlreichen Unbewusstheitsstellen und Leerstellen mithilfe von Inferenzprozessen mit Sinn anreichern können. Grundsätzlich werden also bestehende Vergangenheitsversionen dekonstruiert und gleichzeitig Gegenerinnerungen in das kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Das Entscheidende daran ist, dass in diesem Prozess Mythos und Alltagserfahrungen – in Form von Anachro-

nismen und modernen Stereotypen – zusammengeführt werden. Kommunikatives und kulturelles Gedächtnis können durch die *Asterix*-Comics ikonisch angereichert und dadurch gefestigt und verankert werden.

Und so kommt es dann endlich, dass eben nicht Hannibal vor den Toren Roms steht, sondern ein kleiner gallischer Gnom namens Asterix...



Miro Zbinden

Der Erdbeben von Falli Hölli (1994) aus ereignisgeschichtlicher Perspektive

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Im Sommer 1994 war die Ferienhaussiedlung Falli Hölli bei Plasselb (FR) innerhalb weniger Wochen um 200 Meter in die Tiefe gerutscht und dabei vollständig zerstört worden. Auf einer Fläche von rund eineinhalb Quadratkilometern hatten sich Erdmassen im Umfang von über 30 Millionen Kubikmeter in Bewegung gesetzt und sich in der Folge auf Geschwindigkeiten von bis zu sechs Metern pro Tag beschleunigt. Dank eines umsichtig handelnden Krisenstabes und den vorsichtigen Beurteilungen externer Expertengruppen fielen der Naturkatastrophe im oberen Sensebezirk keine Menschenleben zum Opfer.

Aufgrund seines immensen Ausmasses – der Erdbeben von Falli Hölli (auch Chlöwena-Erdbeben genannt) galt seinerzeit als grösster je überlieferter Erdbeben von bewohntem Gebiet innerhalb ganz Europas – zieht das extreme Naturereignis auch 20 Jahre später noch viele Menschen in seinen Bann. Durch den Roman „Bachab“ (2012) aus der Feder von Christian Schmutz und das darauf aufbauende „Falli Hölli“-Freilichtspiel (2013/2014) von Regisseur Mark Kessler erlebte die Katastrophe zudem eine erfolgreiche literarisch-dramaturgische Rezeption, die das Ereignis in der Erinnerungs- und Gefühlswelt der Senslerinnen und Sensler jüngst erneut aufleben liess.

Verstärkt wurde das öffentliche Interesse an dem Extremereignis durch die Tatsache, dass die Entstehungsgeschichte der Siedlung einer gewissen Brisanz nicht entbehrt: Die Baubewilligungen für 35 Ferienchalets, ein Restaurant und ein grosses Ferienhaus waren in den 1960er und 1970er-

Jahren nämlich erteilt worden, obwohl mehrere Ämter und eine geologische Expertise aufgrund des im Plasselbschlund vorherrschenden latenten Erdbebenrisikos wiederholt auf den ungeeigneten Standort des touristischen Bauvorhabens hingewiesen hatten. Wohl auch deshalb vermag es umso mehr zu erstaunen, dass – während das Ereignis von geologischer Seite her umfassende Aufarbeitung erfuhr – bisher keine vertiefte historische Forschung zum Erdbeben von Falli Hölli betrieben wurde. Diese Arbeit verfolgt das Ziel, die bestehende Forschungslücke zu schliessen und die mit dem Erdbeben in Verbindung stehenden Geschehnisse, wie sie sich vor, während und nach der Katastrophe von 1994 ereigneten, nach ereignisgeschichtlichen Gesichtspunkten aufzuarbeiten.

Anhand von Sitzungsprotokollen, Gutachten, Verfügungen, Mitteilungen, Korrespondenzen und Zeitungsberichten wird die Geschichte der Ferienhaussiedlung und des Erdbebens rekonstruiert und in eine chronologische, insgesamt 83 Episoden umfassende Abfolge gebracht. Im Mittelpunkt der Forschungsarbeit steht dabei unter anderem die Frage, wie es zum Aufbau eines rund 40 Gebäude umfassenden Quartieres kommen konnte, obschon die über Baugesuche entscheidenden behördlichen Instanzen auf das Erdbebenrisiko der Flysch-Hänge im Plasselbschlund hingewiesen worden waren. Darüber hinaus wird auch der Erdbeben selbst von verschiedenen Blickwinkeln her betrachtet: Mitglieder des Krisenstabes (Geologen, Ingenieure, Oberamtmann) waren im Umfeld der Grossrutschung genauso wichtige Akteure wie kommunal-

le (Gemeinderat) und kantonale (Staatsrat) Behörden, lokale Berichterstatter und die Quartierbewohner. Als wichtige Akteure kommen sie auch innerhalb dieser Arbeit in vielen Zitaten selbst zu Wort.

Gerade für die 28 Grundeigentümer, die im Falli Hölli eigenes Bauland erworben hatten, war der Erdbeben gleichbedeutend mit einem grossen ideellen und materiellen Verlust. Während sie nämlich von der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGVA) für ihre zerstörten Gebäude eine Entschädigung von rund 15 Millionen Franken erhielten, weigerten sich Gemeinde- und Kantosexekutiven entschieden, auf den vom Quartierverein geforderten Schadenersatzanspruch für das unwiederbringlich verlorene Bauland einzu-

gehen. Der Quartierverein hatte den Regierungsvertretern Plasselbs und Freiburgs nämlich vorgeworfen, den Siedlungsbau „in betrügerischer, bestenfalls grob-fahrlässiger Weise“ vorangetrieben und die Katastrophe dadurch überhaupt erst ermöglicht zu haben. Für die verhängnisvollen Fehleinschätzungen aus der Vergangenheit – die verlockenden touristischen Zukunftsaussichten und die latente Angst vor einer Bevölkerungsabwanderung liessen Projektinitiatoren und Promotoren für eine intensive Risikobeurteilung gleichermassen erblinden – konnten die zuständigen Instanzen auf dem rechtlichen Weg aber nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Jeglicher Anspruch auf Schadenersatz war zum Zeitpunkt des Erdbebens von 1994 bereits verjährt.



Andreas Zeman

Zwangsmigration bei der Guerillabekämpfung: ein Fallbeispiel zur Sozialgeschichte des Krieges in Mosambik

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die zweimalige Zwangsmigration zweier Dörfer während des mosambikanischen Unabhängigkeitskrieges von 1964-1974 und des mosambikanischen Bürgerkrieges (1977-1992). Im ersten Krieg wurden die beiden Dörfer im Rahmen der portugiesischen Aufstandsbekämpfung in den nahe gelegenen Distrikthauptort Metangula umgesiedelt, im zweiten durch wiederholte Überfälle der Renamo dorthin vertrieben. Die Arbeit rekonstruiert mit Hilfe zahlreicher Interviews, die zwischen 2010 und 2013 mit Betroffenen geführt wurden, und Quellen aus diversen Archiven die Ereignisse jener Zeit aus sozialhistorischer und lokaler Perspektive. Sie verfolgt damit zwei zentrale Ziele: Erstens will sie durch die Untersuchung einen Beitrag zur häufig angewandten (aber schlecht erforschten) Methode der Zwangsumsiedlung in der Aufstandsbekämpfung liefern, und zweitens Ansätze zur Korrektur und Ergänzung bestehender (nationalistischer) Narrative der mosambikanischen Geschichtsschreibung präsentieren. Dabei liefert sie auch einen sonst selten unternommenen Vergleich zwischen Unabhängigkeitskrieg und Bürgerkrieg aus lokaler Perspektive.

Die Arbeit zeigt in einem ersten Teil, dass die Region um Metangula erst relativ spät unter

portugiesische Kontrolle kam und diese bis kurz vor Kriegsausbruch relativ schwach blieb. Durch ihre Nähe zu Tansania rückte sie aber plötzlich in den Brennpunkt des Geschehens. Denn von dort aus startete 1964 die Guerillabewegung *Frelimo* ihren „Nationalen Befreiungskampf“ gegen Portugal. *Frelimo* konnte anfänglich – getreu dem maoistischen Credo, die Guerilla habe sich in der Bevölkerung zu bewegen wie der Fisch im Wasser – erfolgreich die Unterstützung der BewohnerInnen der Region für sich gewinnen. Doch das portugiesische Militär hatte unterdessen seine Präsenz in der Region stark ausgebaut und begann schon bald damit, die Bevölkerung unter Zwang in strategische Dörfer, den *Aldeamentos*, umzusiedeln, um sie so der Kontrolle der Guerilla entziehen zu können. Grosse Teile der Bevölkerung wurden aber nicht direkt umgesiedelt, sondern indirekt, indem ihnen das portugiesische Militär nach und nach die Lebensgrundlagen zerstörte. Felder, Hütten und Nahrungsmittel, die sich ausserhalb der dafür vorhergesehenen Zonen befanden, wurden abgebrannt und viele Menschen dadurch gezwungen, sich früher oder später „von selbst“ in die *Aldeamentos* zu begeben, ins Exil zu flüchten oder zu verhungern.

In der Arbeit wird argumentiert, dass die

portugiesischen Kräfte in den Aldeamentos aber sehr wohl darum besorgt waren, das Wohlwollen der hierher getriebenen oder umgesiedelten Bevölkerungen für sich zu gewinnen. Das war nicht überall im gleichen Mass möglich, aber in Metangula bot der kurz vor dem Krieg gebaute Marinestützpunkt den Umgesiedelten nicht nur Schutz vor weiterer direkter Kriegseinwirkung, sondern auch eine ganze Reihe von Verdienstmöglichkeiten. Während bis vor dem Krieg nennenswerte Zusatzeinkommen zum Subsistenzwerb fast ausschliesslich durch Wanderarbeit ins weit entfernte Südafrika verdient werden konnten, ergaben sich nun im Aldeamento für die Mehrheit wenn nicht ökonomische Aufstiegschancen, dann zumindest keine Probleme bei der Ernährung. Junge Männer traten in die Milizen ein, die zur Verteidigung der Aldeamentos formiert wurden, oder meldeten sich gar freiwillig als Soldaten für portugiesische Spezialtruppen.

Nach dem Krieg kehrten viele der Umgesiedelten wieder in die Dörfer zurück. Die Wirtschaftspolitik der nun an die Macht gekommenen Frelimo führte auf dem Land schon bald zu einem Mangel an Produktions- und Konsumgütern. Im Falle der beiden hier untersuchten Dörfer zwang das die Menschen dazu, gewisse Güter wie Salz oder Seife, die bereits vor dem Unabhängigkeitskrieg in der Regel gekauft wurden,

durch Subsistenzalternativen zu ersetzen. Mit der Ankunft des Bürgerkrieges begann für die Bevölkerungen der beiden Dörfer eine noch grössere Zeit der Unsicherheit. Die beiden Dörfer wurden mehrmals von der *Renamo* überfallen, viele Menschen starben. Zwar bot auch Metangula wie im Unabhängigkeitskrieg Schutz vor direkter Kriegseinwirkung, doch die dortige Bevölkerungszahl war durch zahlreiche Flüchtlinge so stark angestiegen, dass die Böden diese Menge an Menschen nicht ernähren konnten.

Im letzten Teil thematisiert die Arbeit neben Veränderungen in Alltag und Lebensweisen infolge der Kriege, welche lokalen Auswirkungen die Erinnerungspolitik der Frelimo hatte oder haben könnte. Es geht hier vor allem um die von der Forschung bisher kaum beachtete starke Zunahme von Geldzahlungen an Veteranen des Unabhängigkeitskrieges. Die Arbeit zeigt, dass die Frelimo-Führungsriege seit geraumer Zeit vermehrt die Erinnerung an den Unabhängigkeitskrieg dazu benutzt, um den eigenen Machtanspruch zu legitimieren, und diese verstärkten Geldzahlungen an Veteranen als Teil dieser Entwicklung gesehen werden können. Allerdings scheinen strikte ideologische Vorgaben die erzählte Erinnerung der Befragten wenig zu beeinflussen.



Benedict Zemp

Unter französischer Protektion – Risiken und Chancen einer aristokratischen Söldnerpolitik

Die Beteiligung eidgenössischer Freikompanien an der französischen Eroberung der Freigrafschaft Burgund (1667–1678)

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Die Masterarbeit beschäftigt sich mit der vertragswidrigen Beteiligung eidgenössischer Freikompanien, Gardekompanien sowie Linienregimentern an den französischen Expansionskriegen. Insbesondere die Eroberung der spanischen Freigrafschaft Burgund und der Krieg gegen die niederländischen Generalstaaten von 1668 und 1674 führten zu grossen diplomatischen Konflikten auf Tagsatzungen der eidgenössischen Orte.

Durch die Untersuchung unterschiedlicher Korrespondenzen zwischen eidgenössischen Of-

fizieren und französischen, spanischen sowie savoyischen Diplomaten wurde der ganze Konflikt auf die mikropolitische Ebene hinuntergebrochen. Als Quellengrundlage dienten Briefe und Protokolle der Räte eidgenössischer Stände in den Staatsarchiven Bern, Luzern, Freiburg und Basel, sowie Notizen und Korrespondenzen in der online abrufbaren Sammlung Zurlauben. Diese Quellen wurden durch Informationen aus Schreiben zwischen Ministern am französischen Hof und ihren Diplomaten in Solothurn, und durch solche zwischen eidgenössischen Offizie-

ren und französischen Ambassadoren ergänzt. Zudem wurden auch die Rechnungsbücher des Walliser Soldunternehmers Kaspar Jodok Stockalper und die Tagsatzungsprotokolle der Eidgenössischen Abschiede beigezogen.

Schliesslich galt es aufzuzeigen, welches politische Netzwerk und welche Druckmittel es dem französischen König ermöglichten, einen Grossteil der eidgenössischen Ratsgeschlechter, trotz den sie verpflichtenden Verträgen, auf seine Seite zu ziehen.

Zur Beantwortung dieser Fragestellung wurden das Konzept der „Mikrogeschichte und Makrogeschichte“ des Historikers Wolfgang Reinhard sowie die Theorie der Spielmodelle des Soziologen Norbert Elias herbeigezogen. Das erstgenannte Modell diente dazu, sich bewusst zu werden, dass in der Frühen Neuzeit aussenpolitische Prozesse von den Interessen der regimentsfähigen Familien und nicht von Institutionen abhängig waren. Das Konzept aus der Soziologie definiert Machtverhältnisse und Abhängigkeiten zwischen beteiligten Akteuren, die auf unterschiedlichen Ebenen verschiedene Rollen und Funktionen wahrnehmen und diese auch beliebig wechseln.

Die europäischen Ambassadoren warben in der Eidgenossenschaft um die Wette. Während der untersuchten Zeitperiode hatte die französische Partei stets mehr Erfolg als die spanische, obwohl beide Mächte aufgrund wirtschaftlich belastender Kriege weitgehend zahlungsunfähig waren. Nebst bündnistechischen Gründen wie der Tatsache, dass Ludwig XIV. ein die gesamte Eidgenossenschaft umfassendes Bündnis innehatte, während Spanien nur mit den katholischen Orten liiert war, gab es zahlreiche diplomatische Begebenheiten, welche zu Vorteilen Frankreichs genutzt werden konnten. Fast durchgehend fiel auf, dass Akteure aus Soldunternehmerfamilien – die einerseits im Rat sasssen und auch andere politische Ämter besetzten, andererseits im fremden Dienst tätig waren – eine enge Zusammenarbeit praktizierten und politische Entscheidungen zugunsten des französischen Hofes beeinflussten. Schliesslich kommunizierten die französischen Ambassadoren und Gesandten in militärischen Angelegenheiten durch eidgenössische Vermittler aus Untertanengebieten und hatten über diesen

indirekten Kommunikationsweg mehr Spielraum. Militärreformen auf französischer Seite und Lohndumping bei den Söldnerwerbungen verursachten zudem Zukunftsängste bei den von Staatseinnahmen lebenden Militärunternehmerfamilien. Die militärpolitische Übergangszeit zu einer strengeren Organisation der Söldner in Linienregimentern begünstigte, nach Entlassung zahlreicher Gardekompanien, die Bereitschaft der regimentsfähigen Familien, alles dafür zu tun, um ihre militärische Beziehung zum französischen Hof aufrechtzuhalten. Zusätzlich setzte der französische Ambassador die Soldpolitik der Orte durch Rekrutierungen von Freikompanien in deren zugewandten Orten unter Druck. Militärische Aufsteiger aus Graubünden, St. Gallen oder dem Wallis waren als Konkurrenzunternehmer der eidgenössischen Magistratenfamilien tätig. Die mit Spanien verbündeten Inneren Orte waren zwar auf der Tagsatzung immer noch in der Mehrzahl und schafften es, die Vergehen in der praktizierten Soldpolitik wenigstens zu thematisieren. Dadurch konnte die Soldpolitik aber niemals gänzlich gegen die französischen Interessen gelenkt werden, denn eine Mehrheit der Tagsatzungsabgeordneten tendierte dazu, klare Entscheidungen gegen Transgressionen hinauszuzögern. Nebst einem breiten personellen Netzwerk schützte die französische Krone die eidgenössischen Akteure selber und drohte den Orten mit wirtschaftlichen Konsequenzen im Fall eines Prozesses gegen die Offiziere.

Ein Teil der eidgenössischen Elite lieferte sich dem französischen Solddienstsektor gänzlich aus. Es gilt allerdings zu bedenken, dass jene Elite sich keinesfalls einem „Gebilde Eidgenossenschaft“ verpflichtet sah. Das Bündnissystem der Eidgenossenschaft zeigte sich als Gebilde, das seit 1648 nicht mehr zum Reich gehörte, stattdessen aber zu einem grossen Teil unter französischer Protektion stand. Die Fremden Dienste boten den Magistratenfamilien zwar die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs und wirtschaftlichen Erfolgs, bargen aber die Gefahr der immer grösseren Abhängigkeit. Dieser Zwiespalt erwies sich schliesslich als Erfolgsmodell der französischen Krone.



Leben in der Perspektivlosigkeit?

Die sozialistische Modernisierung der nordrussischen Provinz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Die Masterarbeit setzt sich kritisch mit der Idee der sozialistischen Modernisierung auseinander – am konkreten Beispiel einer nordrussischen Region, dem Ust’janskij *Rajon*. Sie zeigt auf, was das Modernisierungsprogramm der KPdSU beinhaltete (von Stalins Kollektivierung über Chrusčevs „Perspektivsiedlungen“ bis hin zu Brežnevs breit angelegter Mechanisierung und Industrialisierung) – und wie viele der Zukunftsversprechen nur teilweise eingelöst wurden. Auch zeigt sie auf, wie sich jene staatlichen Programme auf den tatsächlichen Landarbeiteralltag in der Provinz auswirkten. Als Quellengrundlage dienten Aktenbestände, Presseerzeugnisse und Erinnerungsschriften von Zeitzeugen – sowie selbst geführte *Oral History*-Interviews.

Die sowjetische Modernisierung erfasste die Landbevölkerung bereits ein erstes Mal unter Stalin. Sämtliche Bauern hatten sich kollektiven Landwirtschaftsbetrieben unterzuordnen. Was gesät und geerntet werden musste, wie viel Milch gemolken werden sollte – alles wurde von aussen bestimmt. Dieser radikale Schritt zur Kolchoswirtschaft sollte sicherstellen, dass der Staat genügend Mittel für die forcierte Industrialisierung aus der ländlichen Sowjetunion abschöpfen konnte.

Dieses ausbeuterische Verhältnis konnte und wollte auch Chrusčev nicht vollends umkrempeln. Seine ambitionierten Umbaupläne der ländlichen Sowjetunion begünstigten vor allem die sowjetische Industrie. Dorthin floss auch der Grossteil der Landwirtschaftsinvestitionen. Nicht nur in monetärer Hinsicht benachteiligte Chrusčev die ländliche Peripherie. Das Bauerntum als Lebensform hatte aus ideologischen Gründen zu verschwinden. Der städtische Arbeiter sollte sich auch auf dem Land ausbreiten. Modernisierung unter Chrusčev war also eine Strategie, eine ursprüngliche Landbevölkerung und deren Lebensweise in letzter Konsequenz überflüssig zu machen, komplett zu ersetzen.

Diese Weichenstellungen machte auch Brežnev nicht rückgängig, sondern er trieb den eingeschlagenen Kurs voran. In seine Regierungszeit fiel die Umwandlung des Bauern in einen Landarbeiter, womit die letzten Reste intakten bäuerlichen Dorflebens zerstört wurden.

Grosser Widerstand gegen diese Entwicklung blieb aus. Die *Kolchozniki* und Sowchosarbeiter wurden mit steigenden Löhnen besänftigt. Den Versprechen folgten erstmals im grösseren Stil auch Taten. Die generelle Ungleichstellung der Land- und Stadtbevölkerung hatte aber damit kein Ende gefunden. Trotz Brežnevs stabilisierenden Erfolgen breiteten sich Misswirtschaft und Korruption weiter aus, sorgten für Frustration, höhlichten das System von innen aus – bis es schliesslich unter den vermutlich zu forschen Reformversuchen Gorbačevs implodierte.

Die Studie ist als Gegendarstellung zur noch immer weit verbreiteten sowjetischen Geschichtsdeutung angelegt. Ein Fokus liegt daher insbesondere auch auf den Kollateralschäden an Gesellschaft und Natur jener vom sowjetischen Staat initiierten und forcierten Modernisierung. Der ‚Progress‘ hatte einen Preis, den vornehmlich die Landbevölkerung zahlte. Der ‚Arbeiterverband Bauernstaat‘ kümmerte sich in Tat und Wahrheit vor allem um das Wohl Ersterer und beutete Letztere in einem quasi kolonialistischen Verhältnis aus.

Auch erlaubte die forcierte Modernisierung keine allmähliche Anpassung an die neuen Verhältnisse. Sie zerstörte nachhaltig gesellschaftliche Werte, Vorstellungen und Wissen. Die Migration in die Städte stieg zunehmend. Schon zu Sowjetzeiten wurde die ländliche Peripherie zu einem Ort der Perspektivlosigkeit und des Zerfalls: Zerfall von Siedlungen, Zerfall von traditionellen Werten und Lebensweisen, ein Ort von Misswirtschaft, Alkoholismus, Gewalt, Diebstahl.

Eine eingehendere Analyse der Vergangenheitsbilder mittels eigener *Oral History*-Interviews im Ust’janskij *Rajon* hat aber aufgezeigt, dass kaum ein Zeitzeuge gewillt ist, diese Geschichte des Zerfalls nachzuzeichnen. Im Gegenteil. Nach den wirklich harten Zeiten der Nachkriegsjahre sei es „immer besser geworden“ – bis zum abrupten Ende. Anzeichen des Zerfalls und Kollateralschäden der Modernisierung werden kleingeredet, gerechtfertigt oder schlicht aussen vor gelassen. Das Schicksalsjahr 1991 ist dabei Dreh- und Angelpunkt: Erinnert wird ausschliesslich durch das Prisma des Untergangs der

Sowjetunion. Die gegenwärtige Sinn- und Perspektivlosigkeit äussert sich in einer geglätteten Erinnerung.

Die Masterarbeit geht dieser Divergenz nach und vermag nachzuzeichnen, dass das sowjeti-

sche Modernisierungsprogramm zwar ökonomisch nur beschränkt erfolgreich war, jedoch in anderen Belangen auch in der nordrussischen Peripherie durchaus noch lange eine starke Anziehungskraft und Sinngebungsfunktion beihält.



DISSERTATIONEN

Louiselle Gally-de Riedmatten

Du sang contre de l'or: le service étranger en Valais sous l'Ancien Régime

Dissertation bei Prof. Dr. André Holenstein

Diese Arbeit umfasst den Zeitraum von 1496, als die ersten vom Wallis rekrutierten Truppen auftauchten, bis 1798, als der König von Piemont-Sardinien den Fremddienst beendete.

Die Dissertation analysiert die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Walliser Fremddienstes. Sie betrachtet das Thema in seiner Gesamtheit und gibt den Wallisern, die im Ausland gedient haben, einen besonderen Raum. Diese Offiziere und einfache Soldaten waren wichtige Teilnehmer eines Geschehens, das im Allgemeinen nicht sehr bekannt ist.

Das Projekt geht folgenden Fragen nach: Warum nahmen die Walliser am Fremddienst teil? Warum dienten sie während des ganzen Ancien Régime, drei Jahrhunderte lang? Welchen Herrschenden verpflichteten sich die Walliser? Brachte der Fremddienst dem Wallis einen Gewinn? Wenn ja, wer profitierte am meisten davon?

Die Dissertation teilt sich in vier verschiedene Kapitel, die besondere Schlüsselmomente des Walliser Fremddienstes während des Ancien Régime beschreiben. Das erste Kapitel erklärt die Anfänge dieser militärischen Unternehmung im Wallis. Das zweite Kapitel zeigt auf, wie im 16. Jahrhundert die *Patrioten*, die sogenannte politische Elite des Landes, den Solddienst monopolisierten. Das dritte Kapitel bringt die Veränderung des Fremddienstes in ein lukratives Geschäft im 17. Jahrhundert ans Licht. Grosse Unternehmer wie *Michel Mageran* oder *Gaspard Stockalper* nahmen dieses Geschäft in die Hände. Zum Schluss wird beschrieben, wie die grossen wohlhabenden Walliser Familien, die *Courten* und

Kalbermaten, im 18. Jahrhundert den Walliser Solddienst übernahmen.

Innerhalb aller Kapitel werden die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekte des Walliser Fremddienstes berücksichtigt. Der politische Aspekt verdeutlicht die Organisation des Walliser Fremddienstes, wie zum Beispiel militärische Verträge (*Kapitulationen*) unterschrieben wurden. Der soziale Aspekt versucht die Männer, die dienten, in ihren Motivationen und Interessen zu verstehen. Der wirtschaftliche Aspekt befasst sich mit den Vorteilen des Solddienstes für das Land und wie dieser Gewinn eingesetzt wurde.

Während des Ancien Régime waren der französische König und der Herzog von Savoyen, der im 18. Jahrhundert König von Piemont-Sardinien geworden war, die wichtigsten Nutzniesser des Walliser Fremddienstes. Darum stützt sich diese Doktorarbeit auf Quellen walliser, französischen und italienischen Ursprungs.

Im *Walliser Staatsarchiv* befinden sich die Walliser Landrats-Abschiede und die Archive der Bürgerschaft von Sitten. Diese Quellen sind wichtig für das Verständnis der politischen und wirtschaftlichen Aspekte des Themas. Die Walliser Familienarchive enthalten die Korrespondenz und die Listen der Truppen, die Aufschluss geben über die sozialen Konsequenzen des Walliser Fremddienstes.

In Vincennes, Frankreich, beim *Service historique de la Défense – Département de l'armée de terre (SHD-DAT)*, befinden sich viele Dokumente der Geschichte des Walliser Regiments „de Courten“. Die *Archives des Affaires Et-*

rangères in La Courneuve besitzen diplomatische Korrespondenzen zwischen dem Wallis und Frankreich sowie Dokumente über Regelungen der Finanzen des Ancien Régime.

In Italien befinden sich die politischen Quellen des Walliser Fremddienstes im *Archivio di Stato di Torino*. In diesem Archiv sind auch alle Listen der Walliser Truppen archiviert. Sie enthalten die Namen der Offiziere und Soldaten. Diese sehr seltenen Dokumente – die in Frankreich nicht zu finden sind – geben einen wichtigen Überblick über die Walliser im piemontesisch-sardinischen Dienst.

Diese Arbeit stellt klar, dass das Wallis seinen Verbündeten, den Schweizer Kantonen, in den Fremddienst gefolgt war, und dass es an dieser Aktivität während des ganzen Ancien Régime regelmässig beteiligt war.

Die Ursachen dieser Verwicklung sind vielfältig. Zu den politischen Gründen gehört, dass das Wallis durch seine Teilnahme am Fremddienst mit seinen Nachbarn Frankreich und Savoy in Frieden leben konnte. Den Wallisern wurden vom Fremddienst die Unhabhängigkeit ihrer Bergpässe und die Sicherheit ihres Territoriums garantiert.

Zu den wirtschaftlichen Gründen gehört, dass das Wallis für die Teilnahme am Fremddienst das wichtige Salz erhielt und Pensionen ausgezahlt bekam. Das Salz war sowohl für Mensch und Tier, als auch für die Fleischkonservierung und die Käseherstellung unerlässlich. Die Salzversorgung war wichtig, und dank der Wirtschaftsprivilegien, welche die französischen Könige dem Wallis gewährten, konnte es letzteres in grossen Mengen günstig einkaufen.

Die französischen Pensionen bestanden aus einer Staatspension in der Höhe von 3'000 Franken sowie aus privaten Gratifikationen für die Patrioten. Das Geld floss mehr oder weniger regelmässig während des ganzen Ancien Régime. Die savoyische Pension war um ein Drittel gerin-

ger als die französische und wurde um die Mitte des 17. Jahrhunderts eingestellt. Da im Wallis nur wenig Geld in Umlauf war, stellten die Pensionen einen bedeutenden Geldzufluss dar. Anders als vom Salz war es aber nicht von den Pensionen abhängig. Die Pensionen allein erklären daher die Beteiligung des Wallis am Solddienst nicht.

Zu den sozialen Ursachen zählt, dass der Fremddienst für die Walliser Elite eine bildende Funktion hatte. Die Erfahrungen in der Fremde erleichterten es den Patrioten, die ins Land zurückkehrten, eine politische Laufbahn einzuschlagen. Im 18. Jahrhundert wurden viele der Offiziere durch ihre lang andauernde und beständige Teilnahme am Solddienst wohlhabend.

Es scheint, dass die militärische Emigration der Soldaten und Offiziere keine grossen Auswirkungen auf die Walliser Bevölkerungsentwicklung zeigte. Die einfachen Soldaten im piemontesisch-sardinischen Dienst verpflichteten sich meist nur für kurze Zeit (im Durchschnitt weniger als drei Jahre). Wenn sie nicht an Krankheiten oder durch das Kriegsgeschehen starben, kehrten sie ärmer als zuvor in ihre Heimat zurück.

Reiner Pragmatismus charakterisiert den Walliser Fremddienst während des Ancien Régime. Das Land nahm an dieser militärischen Unternehmung teil, weil es ein direktes Interesse daran hatte; es zögerte nicht, sich von den Kantonen loszusagen. Religiöse Beweggründe wurden bei der Einrichtung des Walliser Solddienstes nicht berücksichtigt. Das ist sehr atypisch für die Schweizerische Eidgenossenschaft, vor allem während der Reformationszeit, als sich die Kantone in protestantische und katholische aufspalteten. Die Religion hatte somit keinen Einfluss auf die Entstehung und Organisation des Walliser Fremddienstes.

Diese Doktorarbeit beweist, dass das Wallis den Fremddienst betreffend immer nur seinen eigenen Interessen gefolgt ist.

Du sang contre de l'or: le service étranger en Valais sous l'Ancien Régime

Ce travail analyse les conséquences politiques, sociales et économiques du service étranger en Valais. Son originalité réside dans le fait qu'il considère le service étranger dans son ensemble, sans s'arrêter à un siècle, un événement ou un personnage en particulier. Il donne également une place importante aux hommes du ser-

vice étranger, officiers comme simples soldats, acteurs essentiels mais souvent méconnus de cette aventure.

Les questions auxquelles ce projet tente de répondre sont les suivantes: pourquoi les Valaisans ont-ils fait du service étranger tout au long

de l'Ancien Régime? Au service de quels rois se sont-ils enrôlés? Qui s'est engagé et pourquoi?

Le service étranger a-t-il enrichi le Valais et les Valaisans et qui en a été le principal bénéficiaire?

Cette thèse s'articule en quatre chapitres qui correspondent chacun à un moment clé du service étranger en Valais sous l'Ancien Régime. Le premier étudie les débuts de cette activité dans le pays. Le second montre comment les Patriotes, à savoir l'élite politique valaisanne, se sont accaparés le service étranger au XVI^e siècle. Le troisième détaille comment, au XVII^e siècle, le service étranger s'est transformé en une activité économique lucrative entre les mains de puissants entrepreneurs, tels Michel Mageran ou Gaspard Stockalper. Enfin, le quatrième chapitre de cette thèse considère la manière dont certaines familles valaisannes se sont appropriées le service étranger au XVIII^e siècle et comment la Révolution française a mis fin à cette entreprise lucrative.

Au sein de chaque chapitre, les aspects politiques, sociaux et économiques du service étranger valaisan sont abordés. Ils mettent en évidence l'organisation du service étranger en Valais, les tractations diplomatiques souvent difficiles avec les souverains étrangers, l'identité et les motivations des Valaisans qui se sont engagés, sans oublier l'argent et les avantages économiques qui découlaient de ces levées et la manière dont cette richesse a été employée dans le pays.

Sous l'Ancien Régime, les principaux clients du Valais pour le service étranger sont le roi de France et le duc de Savoie qui devient, au XVIII^e siècle, le roi de Piémont-Sardaigne. En conséquence, les sources sur lesquelles repose ce travail sont à la fois valaisannes, françaises et italiennes.

En Valais, les recès de la Diète, ainsi que le fonds de la Bourgeoisie de Sion (ABS) et les fonds AV et AVL, conservés aux *Archives de l'Etat du Valais (AEV)* sont des sources incontournables pour comprendre les aspects politiques et économiques du service étranger. Quant aux archives familiales, elles permettent, grâce à la correspondance et aux listes d'officiers et de soldats, d'appréhender les conséquences sociales du service étranger sur les Valaisans.

En France, le *Service historique de la Défense – Département de l'armée de terre (SHD-DAT)*, à Vincennes, possède plusieurs fonds qui retracent l'histoire du régiment valaisan de Courten au service du roi. Quant aux *Archives des Affaires Etrangères*, situées à La Courneuve, elles

conservent non seulement la correspondance diplomatique entre le Valais et la France durant tout l'Ancien Régime, mais également de nombreux documents financiers pour cette même période.

En Italie, les sources politiques qui retracent les relations entre le Valais et la Savoie durant l'Ancien Régime se trouvent aux *Archives historiques de Turin (Archivio di Stato di Torino)*. C'est là que sont également conservés les contrôles de Troupes du régiment valaisan. Cette source comprend 185 registres dans lesquels figurent les noms des officiers et des soldats valaisans enrôlés. Ces documents rares – ils n'ont pas été retrouvés pour le service de France par exemple – donnent un aperçu très précieux des Valaisans au service du roi de Piémont-Sardaigne.

Cette recherche montre que le Valais s'est engagé dans le service étranger à la suite de ses alliés, les Cantons suisses, et qu'il y a participé de manière active et régulière tout au long de l'Ancien Régime.

Les raisons de cette implication sont multiples. Sur le plan politique, le service étranger a permis au Valais de tisser des relations pacifiques avec la France et la Savoie, ses deux puissants voisins. Grâce au service étranger, le pays a pu donc garantir l'indépendance de ses cols et la sécurité de son territoire durant tout l'Ancien Régime.

Sur le plan économique, le service étranger, et plus particulièrement le service de France, a permis au Valais de s'approvisionner en sel marin à des prix très avantageux et de recevoir de nombreuses pensions, à l'exemple de la pension de paix et d'alliance ou de la pension d'écolier. Cet apport de liquidités, bienvenu dans un pays qui en possédait peu, s'est transformé, au XVIII^e siècle, en une rente versée avec une régularité de métronome à toute la caste politique valaisanne. Le service étranger valaisan a été sans doute possible le grand mécène de la classe dirigeante du pays, qui s'enrichit grâce au sang versé.

Enfin, *sur le plan social*, le service étranger a été une activité «formatrice» pour l'élite valaisanne: le passage à l'étranger a facilité l'ascension politique des nombreux Patriotes une fois rentrés au pays. A partir du XVIII^e siècle, les officiers valaisans ont fait de longues carrières à l'étranger et cette stabilité leur a permis de s'enrichir. De manière plus générale, le service étranger ne semble pas avoir eu d'impact important sur la population valaisanne au cours de l'Ancien Régime. Les Valaisans qui

s'engageaient comme simples soldats partaient pour une période assez courte (moins de trois ans en moyenne au service de Piémont-Sardaigne) et rentraient au pays, souvent plus pauvres qu'ils n'étaient partis, pour reprendre le cours de leur vie.

Le service étranger valaisan sous l'Ancien Régime est caractérisé par le pragmatisme: le pays n'a participé à cette entreprise que parce qu'il y voyait un intérêt direct pour ses affaires, n'hésitant pas à se désolidariser des Cantons si nécessaire. A titre d'exemple, le pays n'a jamais

laissé la politique confessionnelle dicter ses choix en matière de service étranger, ce qui le rend extrêmement atypique dans la Confédération, surtout au moment de la Réforme, lorsque les cantons se divisèrent entre protestants et catholiques. En Valais, appréhender le service étranger au travers du prisme confessionnel est un contresens majeur.

Au final, cette thèse prouve que le Valais, en matière de service étranger, a toujours poursuivi ses seuls intérêts.



Julian Köck

„Die Geschichte hat immer Recht“

Die Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder

Dissertation bei Prof. Dr. Stefan Rebenich

In den letzten Jahren fand die Völkische Bewegung das gesteigerte Interesse der Forschung. Wurde sie lange als direkte Vorläuferin des Nationalsozialismus gesehen, so wird sie nun meist als eigenständige historische Erscheinung verstanden, die Kontinuitäten, aber eben auch Brüche zum Nationalsozialismus aufweist. Trotz einer Reihe wichtiger Studien zur Bewegung bestehen immer noch Desiderate, die gleichermaßen die Erforschung der völkischen Ideologie, der Struktur der Bewegung und des Lebens und Werkes völkischer Meinungsführer betreffen.

Ziel der Dissertation ist es, einen Beitrag zur Schließung dieser Lücken zu leisten. Im Kern der Untersuchung steht die Klärung des Verhältnisses der Völkischen zur Geschichte und deren Bedeutung für die völkische Ideologie. Ein grundsätzliches Problem bei der Erforschung der Bewegung stellt die Publizierwut der Völkischen dar. Allein die Menge der Zeitschriften- und Zeitungsartikel, Pamphlete und Bücher, die im späten 19. Jahrhundert und bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts erschienen sind, ist kaum überschaubar. Entsprechend schwierig ist es, eine geeignete und repräsentative Quellenauswahl zu treffen. Für die Dissertation wurde darum der heuristische Grundsatz formuliert, eine möglichst große Zahl von Veröffentlichungen heranzuziehen, deren Bedeutung für die Völkischen von diesen selbst anerkannt wurden. Dafür wurden Literaturempfehlungen, Rezensionen und die Querverweise in völkischen Büchern ausgewertet. Zusätzlich wurden die wichtigsten völkischen Zeitschriften herangezogen

und der umfangreiche Nachlass des völkischen Multiplikators Ludwig Schemann (1852–1938) teilweise ausgewertet. Auf die Analyse von grauer Literatur wurde ebenso wie auf die Untersuchung von Kleinstzeitschriften und Monographien verzichtet, die innerhalb der Völkischen Bewegung selbst auf keine Resonanz stießen.

Um das Themenspektrum Völkische Bewegung und Geschichte möglichst breit abzudecken, wurde die Arbeit in vier thematische Teile gegliedert.

Im ersten Teil der Arbeit wird die Bedeutung der Geschichte und der Rasse für die völkische Ideologie in den Blick genommen. Dabei wird deutlich, dass Geschichte ein integraler Bestandteil der Ideologie der Völkischen ist. Diese beschäftigten sich nicht etwa deshalb mit der Geschichte, um in der Gegenwart vergangene Zeiten zu reproduzieren, sondern um die ewigen und wahren Werte zu entdecken und die künftige Entwicklung des Volkes zu erkennen. Die Völkischen verstanden unter Völkern Organismen, die sich nach ihnen eingeschriebenen Gesetzen entwickeln sollten. Der Verlust der eigenen Geschichte war in dieser Vorstellung mit dem Niedergang des ganzen Volkes verbunden, das nun nicht mehr seine Bestimmung erkennen konnte. Geschichte war für die Völkischen eine überzeitliche Kategorie. Eng damit war das völkische Rasseverständnis verbunden. Eine Hauptthese der Dissertation ist, dass nicht die Rassentheorie den inhaltlichen Kern der völkischen Ideologie ausmachte, sondern vielmehr eine Ergänzungs- und

Vertiefungsideologie war, die der argumentativen Unterfütterung von Leitbildern diente, die aus der Geschichte gewonnen wurden.

Der zweite Teil der Arbeit untersucht die welthistorischen Entwürfe einzelner völkischer Publizisten. Hier kann vor allem gezeigt werden, dass sich die Völkischen keineswegs nur auf das germanische Altertum bezogen, sieht man von der verhältnismäßig kleinen Zahl der Neuheiden in der Bewegung ab. Der bürgerliche völkische Mainstream schloss ausdrücklich die klassische (griechische) Antike in das eigene Denken mit ein und verstand das alte, vor-hellenistische Griechenland als wesensverwandt. Als Höhepunkt der deutschen Geschichte wurde in der Regel die Zeit der Freiheitskriege und der Weimarer Klassik verstanden. Ein weiterer wichtiger Befund ist, dass die Völkischen ihre Geschichtsbilder im Detail zwar sehr unterschiedlich gestalteten, in einer Reihe von zentralen Fragen aber übereinstimmten. Die weltanschauliche Heterogenität ließ sich so durch eine kongruente politische Ideologie überbrücken, in deren Mittelpunkt eine Reihe von Gegensatzpaaren stand: Idealismus vs. Materialismus, Nationalismus vs. Internationalismus, Protestantismus (und seltener Neuheidentum) vs. Katholizismus; mittelständische Staatsordnung vs. Kapitalismus und Kommunismus gleichermaßen. Die hohe Bedeutung dieser Dualismen lässt sich in nahezu allen völkischen Weltgeschichten erkennen. Die Konstruktion des Eigenen gelang den Völkischen nur durch die Konstruktion des als feindlich empfundenen Fremden.

Im dritten Teil wird der Blickwinkel geweitet und eine größere Anzahl von Monographien und völkischen Beiträgen in Periodika untersucht; die Ergebnisse bestätigen den bisherigen Befund. Zudem kann der Nachweis erbracht wer-

den, dass sich die Völkischen mit damals modernen Einflüssen beschäftigten. Dies betrifft besonders die Anwendung von naturwissenschaftlichen Gedanken auf die Geschichte, aber auch die Milieu-Theorie wurde von den Völkischen vereinbart und für die eigenen Positionen nutzbar gemacht. Allein an diesen Beispielen lässt sich die antihistorische Stoßrichtung des völkischen Geschichtsdenkens erkennen.

Die grundsätzliche Ablehnung des als ungenügend empfundenen Historismus führte dazu, dass sich die Völkischen geradezu als wissenschaftliche Avantgarde empfanden, wie im vierten Teil der Arbeit, der das Verhältnis von Völkischen und der historischen Zunft thematisiert, gezeigt wird. Umgekehrt wurden die Völkischen von der Zunft anfänglich durchaus wahrgenommen, wie Rezensionen in den fachwissenschaftlichen Zeitschriften bestätigen. Meist fiel das Urteil der Zünftigen allerdings schlecht aus, obwohl einzelnen Völkischen immer wieder innovative Gedanken zugestanden wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg lässt sich eine immer stärker werdende Verbreitung von antisemitischen und rassentheoretischen Überlegungen in der Geschichtswissenschaft erkennen, die sich mit ideologischen Positionen der Völkischen häufig überschneiden.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die These formulieren, dass die Völkische Bewegung spätestens nach 1918 weit in bürgerliche Kreise hineinwirken konnte und damit dem später folgenden Nationalsozialismus vorgearbeitet hat.

In der Arbeit wird nachdrücklich dafür plädiert, dass sich die Forschung in Zukunft weniger mit randständigen Völkischen beschäftigen und stattdessen den bildungsbürgerlichen Kern der Bewegung sowie dessen Strahlkraft über 1933 bzw. 1945 hinaus in den Blick nehmen soll.



Matthias Ruoss

Fürsprecherin des Alters

Die Geschichte der Stiftung *Für das Alter* im entstehenden Schweizer Sozialstaat (1917-1967)

Dissertation bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Obwohl die Schweiz von den Wirren des Ersten Weltkrieges weitgehend verschont blieb, nahmen auch hierzulande die sozialen Probleme aufgrund der steigenden Nahrungsmittelpreise

exponentiell zu. So konnten weite Kreise der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt nicht mehr selber bestreiten, sondern waren auf private Fürsorge oder öffentliche Hilfe angewiesen. Besonders

hart traf es die alten Menschen. In dieser gesellschaftlichen Krisensituation gründeten zehn religiös-philanthropisch motivierte Männer 1917 in Winterthur die Stiftung „Für das Alter“. Die Stiftung ist damit die älteste gemeinnützige Altershilfeorganisation in der Schweiz, die sich noch heute für die Anliegen alter Menschen einsetzt. Während sie als professionalisierte Fach- und Dienstleistungsorganisation gegenwärtig ein breites Sortiment an sozialen Diensten anbietet, war es ihr ursprüngliches Ziel, sich als „Fürsprecherin des Alters“ propagandistisch für die Schaffung einer gesamtschweizerischen Altersversicherung einzusetzen.

Die Studie erzählt die Geschichte dieser Stiftung. Dabei handelt es sich nicht um eine Institutionengeschichte, sondern um eine breit angelegte Geschichte der sozialen Wohlfahrt, die der Frage nachgeht, welche Rolle die Stiftung beim Aufbau des Sozialstaates spielte und wie dieser ihre private Fürsorgearbeit prägte. Im Zentrum der Untersuchung stehen sowohl die finanziellen, personellen und kognitiven Austausch- und Kooperationsbeziehungen zwischen der Stiftung und dem Bund, als auch die produktiven Dynamiken, die sich aus der Konkurrenz zwischen dem zivilgesellschaftlichen und dem staatlichen Akteur ergaben. Die Studie fokussiert dazu die Frühphase der Sozialstaatsentwicklung, die sich vom Ersten Weltkrieg über die Einführung der AHV

1948 bis zu deren Ausbau in den 1960er-Jahren erstreckt.

In einem ersten Schritt werden die Profilschärfung und der institutionelle Aufbau der Stiftung in der sozialpolitischen Umbruchphase nach dem Ersten Weltkrieg nachgezeichnet. Im Vordergrund steht dabei die Frage, wie die Stiftung ihre gemeinnützigen Ziele definierte und mit welchen Mitteln sie diese zu erreichen versuchte. Besonderes Interesse gilt dem sozialpolitischen Entscheid, die private Fürsorge als Übergangslösung bis zur Einführung der AHV zu betreiben. Weiter wird gezeigt, wie die Stiftung seit Mitte der 1920er-Jahre von Sozialpolitikern und Fürsorgeexperten immer mehr als sozialpolitische Akteurin wahrgenommen wurde, die es finanziell zu fördern galt. Indem sich der Bund 1929 entschied, die Stiftung zu subventionieren, forcierte er die Sozialstaatsentwicklung „von unten“. Gleichzeitig institutionalisierte er mit dieser Entscheid eine Zusammenarbeit, die noch heute ein Kernelement des staatlichen Altersvorsorgesystems ist. Schliesslich wird dargelegt, wie sich die Stiftung nach der Einführung der AHV mithilfe der Gerontologie neu orientierte und ihr Dienstleistungsangebot sukzessive ausbaute. Zu dieser Neuorientierung gehörte auch, dass sie zu einer gefragten Expertin für Altersfragen avancierte, die zunehmend politische Beratungsfunktionen übernahm.



Thomas Schwitter

Erinnerung im Umbruch

Die herrschaftsnahen französische Historiographie im 15. und frühen 16. Jahrhundert

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Hesse

In der bisherigen Forschung zur herrschaftsnahen französischen Historiographie des 15. und frühen 16. Jahrhunderts standen vor allem einzelne Autoren und ihre Werke im Fokus. Daneben beschäftigen sich einige Studien mit der Entwicklung der Darstellung bestimmter Ereignisse oder politischer Vorstellungen innerhalb der Historiographie. Die vorliegende Studie baut darauf auf, führt diese Arbeiten zusammen und liefert, unter Einbezug bisher kaum untersuchter historiographischer Quellen, die erste Gesamtdarstellung der Entwicklung der französischen Historiographie im 15. und frühen 16. Jahrhundert. Dabei bildet

die Darstellung der Entwicklung der *Grandes Chroniques de France* den roten Faden, denn sämtliche historiographischen Werke jener Zeit sind im Spannungsfeld zwischen Anlehnung und Ablehnung dieses Leittextes entstanden. Besondere Schwerpunkte sind die Rekonstruktion der Fortsetzung und Drucklegung der *Grandes Chroniques*, der Übergang von der Handschriften- zur Druckkultur, eine Analyse des Druckmarktes und die dort zu beobachtende Verdrängung der *Grandes Chroniques* durch neue, humanistisch geprägte Werke. Weiter liegt der Fokus auf der Identifizierung jener sozialen Grup-

pen und Institutionen, welche die angesprochenen Veränderungen gestalteten, sowie auf der Untersuchung des Prozesses der Bildung, Verfestigung und Veränderung von Geschichtsbildern.

Zur Untersuchung der Bildung, Verfestigung und Auflösung von Geschichtsbildern diente der französische Bürgerkrieg der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, der im Nachhinein für viele soziale Gruppen und auch für König Karl VII. kompromittierend war. Im Ringen verschiedener Parteien um die Deutungshoheit über jene dunklen Jahre entwickelten sich in der Mitte des Jahrhunderts drei Geschichtsbilder: das burgundische, das königlich-orléonesische und das königlich-klerikale. Alle drei Geschichtsbilder waren Antworten auf die spezifischen Erinnerungsprobleme ihres sozialen Entstehungskontextes und sind durch unterschiedliche Anachronismen geprägt. Während das burgundische Geschichtsbild, das Enguerrand de Monstrelet in den 1440er Jahren konstruierte, für die nachfolgende burgundische Historiographie massgebend blieb, war die Situation im Umfeld des französischen Königs weit weniger klar. Sowohl das radikal gegen Burgund gerichtete königlich-orléonesische als auch das integrative königlich-klerikale Geschichtsbild hatten im herrschaftsnahen Umfeld gewichtige Anhänger. Dass diese Geschichtsbilder in den 1450er Jahren entstanden hängt einerseits damit zusammen, dass die Generation der Zeitzeugen langsam ausstarb und auch das Ende der Herrschaft von Karl VII. abzusehen war. Andererseits kann der Beginn dieser Auseinandersetzung mit der Rückeroberung der Normandie 1450 verbunden werden. Erst jetzt hatte Karl VII. die im Zuge des Bürgerkriegs erlittenen territorialen Verluste rückgängig gemacht und mit der Guyenne sogar zusätzliche Gebiete erobert. Aus diesem Grund konnte erst in den 1450er Jahren der Bürgerkrieg und der damit eng verflochtene Konflikt mit England in einem teleologischen Narrativ des Triumphs – ein Charakteristikum jeder herrschaftsnahen Historiographie – erzählt werden. Im Umfeld von Karl VII. konnten sich vor dessen Tod die adligen Träger des königlich-orléonesischen Geschichtsbildes durchsetzen, was sich in der Fortsetzung der *Grandes Chroniques* mit der Chronik von Gilles le Bouvier manifestiert.

Als Ort der Produktion von *fama* und *memoria* war die herrschaftsnahen Historiographie den personellen und damit verbundenen innenpolitischen Veränderungen im Umfeld des Königs unterworfen. Ein Beispiel hierfür ist die Zäsur, welche die Thronfolge von Ludwig XI. für die fran-

zösische Historiographie insgesamt und für die Erinnerung an den Bürgerkrieg im Besonderen bedeutete. Ein anderes Beispiel ist die Aktualisierung des königlich-orléonesischen Geschichtsbildes in den 1470er Jahren, welche in der ersten Drucklegung der *Grandes Chroniques* 1476/77 mündete. Das zweite Beispiel resultierte aber auch aus der damaligen aussenpolitischen Situation: Vor dem Hintergrund des wachsenden Konflikts zwischen Frankreich, Burgund und England diente die Erinnerung an den Bürgerkrieg als Schreckensszenario, vermittelte durch das königlich-orléonesische Geschichtsbild zugleich aber auch die notwendige Strategie zur Bewältigung dieser Gefahr: die bedingungslose innenpolitische Geschlossenheit hinter dem König angesichts einer aussenpolitischen Bedrohung. In den folgenden Jahrzehnten kann in ähnlichen innen- und aussenpolitischen Konstellationen auf dem Druckmarkt mehrmals eine Intensivierung der Erinnerung an den Bürgerkrieg festgestellt werden.

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts genügte die Historiographie des Klosters Saint Denis immer weniger den sich unter dem Einfluss des italienischen Humanismus verändernden formalen und inhaltlichen Ansprüchen. In den letzten Jahren der Herrschaft von Ludwig XI. hatte sich in der königlichen Administration und selbst beim Abt von Saint Denis die Überzeugung durchgesetzt, dass die französische Geschichte neu geschrieben werden müsse. Mit dem Tod von Ludwig 1483 fiel dann der zentrale Faktor weg, der die Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit und damit auch eine Neufassung der französischen Geschichte, die auf diese hingeschrieben worden wäre, verhindert hatte. Danach begannen gleich drei Autoren parallel mit einer Neufassung der französischen Geschichte: Jean de Candida, Robert Gaguin und Paolo Emilio. Daneben entstanden auch Werke, die sich kaum an den neuen humanistischen Idealen orientierten. Die wesentliche Grundlage all dieser Werke blieben aber die *Grandes Chroniques*, deren Narrativ unterschiedlich stark verändert und verdichtet wurde. Was den französischen Bürgerkrieg betrifft, kam es zu einer Verschiebung: Auf der Basis des königlich-orléonesischen Geschichtsbilds integrierte beispielsweise Nicole Gilles in seiner Chronik das burgundische Geschichtsbild. Dies ist ein anschauliches Beispiel für die Aktualitätsgebundenheit von Geschichtsbildern, denn die Integration zweier konträrer Geschichtsbilder war nur möglich nach der Auflösung der sie trennenden Freund-Feind-Konstellation mit dem Un-

tergang Burgunds. Auch bei den humanistischen Werken von Robert Gaguin und Paolo Emilio ist das in den *Grandes Chroniques* kanonisierte königlich-orléonesische Geschichtsbild aufgelöst worden. Alle drei Autoren verbindet ein tendenziell adelskritisches und den Ausbau der königlichen Zentralmacht unterstützendes Geschichtsbild, das in den Grundzügen dem in der Mitte des 15. Jahrhunderts entstandenen königlich-klerikalen Geschichtsbild entspricht.

Die in der Mitte des 15. Jahrhunderts entstandenen Geschichtsbilder haben eine doppelte Struktur. Vordergründig dominiert die Parteizugehörigkeit, hintergründig sind sie auch sozial strukturiert. Das königlich-orléonesische und das burgundische Geschichtsbild sind auf den französischen Adel zugeschnitten und vermitteln, trotz aller Unterschiede, das Ideal eines militärisch starken und politisch einflussreichen Adels.

Demgegenüber beinhaltet das königlich-klerikale Geschichtsbild die Sicht einer klerikalen und administrativen Elite, die das Königtum trägt und tendenziell adelskritisch eingestellt ist. Wegen dieser sozialen Struktur ist auch der Prozess der Bildung, Verfestigung und Transformation dieser Geschichtsbilder eng mit einem tief greifenden gesellschaftlichen Wandel in dieser Zeit verbunden.

Mit dem Übergang zum Buchdruck fanden historiographische Werke ein zunehmend grösseres Publikum, Werke wurden für diese Öffentlichkeit verfasst und auf dem Druckmarkt lässt sich nachvollziehen, welche Darstellungen besonders gefragt waren. Diese Intensivierung der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist auch ein Resultat und zugleich ein zentraler Faktor des im ausgehenden 15. Jahrhunderts feststellbaren frühen französischen Nationalismus.



Edith Siegenthaler

Das Advisory Committee on the Traffic in Women and Children des Völkerbunds

Internationale Problemwahrnehmung und Wissensproduktion zu Frauen- und Kinderhandel in der Zwischenkriegszeit

Dissertation bei PD Dr. Regula Ludi und Prof. Dr. Brigitte Studer

Der Völkerbund erhielt mit der Völkerbundssatzung von 1919 nicht nur den Auftrag, den Weltfrieden auf politischem Weg zu sichern, sondern auch diverse Aufgaben auf sogenannt technischem Gebiet. Dazu gehörte unter anderem die Aufsicht über die Umsetzung der internationalen Abkommen gegen Frauen- und Kinderhandel aus der Vorkriegszeit. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe setzte der Völkerbund ein beratendes Komitee, das Advisory Committee on the Traffic in Women and Children (Advisory Committee), ein. In der Dissertation werden die Wissensproduktion und Problemwahrnehmung dieses Advisory Committee sowie die Frage, welche Ordnungsvorstellungen bei diesen Prozessen von Belang waren, untersucht. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1921, als beschlossen wurde, das Advisory Committee einzusetzen, bis 1939, als die letzte Sitzung des Advisory Committee stattfand.

Da die internationale Staatengemeinschaft zwar kein machtfreier Raum war, vordergründig

aber die Gleichheit aller AkteurInnen postulierte, stellt sich die Frage, mittels welcher Ordnungsvorstellungen Hierarchien erstellt wurden. Zur Untersuchung dieser Hierarchisierungen nimmt die Dissertation eine intersektionelle Perspektive ein und knüpft an Überlegungen zur Macht von Michel Foucault an. Drei binäre Differenzen dienen als heuristische Instrumente, um Hierarchisierungen festzumachen, nämlich die Unterscheidung zwischen „weissen“ und „nicht-weissen“ Personen, zwischen männlichen und weiblichen Personen, sowie zwischen Personen mit genügenden finanziellen Ressourcen für ihren Lebensunterhalt, und Personen mit ungenügenden finanziellen Ressourcen. Die Dissertation untersucht in drei Schwerpunkten, inwiefern diese Unterscheidungen beim Erstellen von Hierarchien eine Rolle spielten.

Zur Eröffnung der Untersuchung werden im ersten quellenbasierten Kapitel die Akten und Korrespondenzen zur internationalen Konferenz zur Bekämpfung von Frauen- und Kinderhandel

analysiert, die 1921 unter der Leitung des Völkerbunds in Genf stattfand, und an welcher beschlossen wurde, das Advisory Committee einzusetzen. Die Begriffsänderung an der Konferenz von „*traite des blanches*“ – dem Vorkriegsbegriff – zu „*traite des femmes et des enfants*“ wird als Anlass genommen zu untersuchen, ob sich mit dem Begriff auch die Problemdefinition von Frauen- und Kinderhandel veränderte, da sie auf semantischer Ebene eine Öffnung gegenüber „nicht-weissen“ Personen und gegenüber nicht-weiblichen Minderjährigen anzeigt. Diese semantische Öffnung wird im Folgenden bei der Untersuchung von drei Erhebungen, sogenannten Enqueten, die das Advisory Committee initiierte, auf ihre Anwendung bei der Wissensproduktion untersucht.

Das zweite Kapitel rückt die Asienenquete von 1932, welche die Verbreitung von Frauen- und Kinderhandel in Asien untersuchte, ins Zentrum. In dieser Enquete ist eine Fokussierung auf asiatische Betroffene von Frauen- und Kinderhandel festzustellen und in dem Sinne auch eine Ausweitung des Blicks auf „nicht-weiße“ Betroffene. Die Analyse der Korrespondenz des Völkerbundssekretariats im Vorfeld der Datenerhebung sowie der anschliessenden Diskussionen und Reaktionen auf die Asienenquete zeigen zudem die spannungsreichen Aushandlungen in einem von kolonialen Machtverhältnissen beherrschten Raum auf.

Das dritte Kapitel untersucht die Frauenpolizei-enquete von 1927, welche danach fragte, wo und zur Erledigung welcher Aufgaben weibliche Polizeibeamte eingesetzt wurden. An dieser Enquete kann die ambivalente Wahrnehmung von Geschlechterrollen im Advisory Committee aufgezeigt werden. Einerseits schrieb die Enquete die bisherigen Unterschiede fort, indem Frauen aufgrund ihres Geschlechts besondere Fähigkeiten als Polizistinnen zur Bekämpfung von Prostitution sowie Frauen- und Kinderhandel zugeschrieben wurden. Andererseits stellte sie mit dem Erwägen des Einsatzes von Polizistinnen das männlich konnotierte staatliche Gewaltmonopol infrage und unterlief damit Vorstellungen von traditionellen Frauenbildern.

Im vierten Kapitel wird die „*Enquête sur les Antécédents des prostituées*“ von 1938 – eine Enquete zu den Lebensverhältnissen von Frauen, die zu Prostituierten wurden – als Anlass genommen, um die Thematisierung der ökonomischen Lage von Prostituierten in der Enquete und deren Einfluss auf die Erhebung und die Resultate der Enquete aufzugreifen. Mit der Enquete

wurden zwar hauptsächlich Auswirkungen der ökonomischen Lage der Betroffenen erhoben, dies hatte aber nur wenig Einfluss auf die Empfehlungen, die auf Basis der Enquete erarbeitet wurden. Vielmehr standen ökonomische Betrachtungsweisen gleichberechtigt neben psychiatrischen und moralischen Betrachtungsweisen von Prostitution und Frauen- und Kinderhandel.

Im fünften Kapitel der Dissertation wird der Blick weg von der internationalen auf die nationale Ebene gerichtet. Um die Rezeption des Advisory Committee in einem nationalen Kontext zu ergründen, werden die gegenseitigen Einflüsse und die Beziehungen der Schweiz mit dem Advisory Committee des Völkerbunds untersucht. Als Quellengrundlagen dienen dazu einerseits die entsprechenden Bestände des Eidgenössischen Politischen Departements sowie der für internationalen Frauen- und Kinderhandel zuständigen Bundesanwaltschaft im Bundesarchiv und andererseits die Bestände und Publikationen von nationalen und internationalen Freiwilligenorganisationen mit Sitz in der Schweiz, die sich mit der Bekämpfung von Frauen- und Kinderhandel beschäftigten. Dadurch, dass zwei internationale Freiwilligenorganisationen, die ihren Sitz in der Schweiz hatten, einen Beisitz im Advisory Committee hatten, ergibt sich die Möglichkeit, die Funktion von internationalen Freiwilligenorganisationen bei der Verbreitung der Wissensbestände des Völkerbunds zu untersuchen. Das Kapitel erlaubt es, die Arbeit des Advisory Committee jenseits der internationalen Ebene, auf der vorwiegend Aushandlungsprozesse stattfanden, in einem konkreten Fall auf der nationalen Ebene zu untersuchen. Auf dieser nationalen Ebene zeigten sich die konkreten Auswirkungen der Arbeit des Advisory Committee. Somit trägt die Dissertation dazu bei, die internationalen Diskussionen in einem konkreten nationalen Kontext zu verorten.

Die Dissertation untersucht die Wissensproduktion und Wissenszirkulation aus dem Blickwinkel der internationalen Institution des Völkerbunds, der internationalen und nationalen Freiwilligenorganisationen und aus der Perspektive eines einzelnen Nationalstaats. Sie zeigt, dass die Diskussionen auf internationaler Ebene den Akteuren und Akteurinnen diskursive und politische Spielräume eröffneten. So kann nachgewiesen werden, dass einzelne internationale Freiwilligenorganisationen einen entscheidenden Einfluss auf die Diskussionen des Advisory Committee hatten. Weiter zeigt die Dissertation, dass nationale Akteure und Akteurinnen die Enqueten des

Völkerbunds aktiv nutzten, um auf nationaler Ebene ihre politischen Ziele zu verfolgen oder aber sich in den Diskursen so zu verorten wussten, dass sie sich internationalen Empfehlungen entziehen konnten. Insgesamt hing der Einfluss des Advisory Committee somit von der Position der Staaten im internationalen Machtgefüge ab, welche sich dadurch ausdrückte, dass die Staaten mehr oder weniger darauf angewiesen waren, die

mit dem Völkerbund diskursiv verbundenen Attribute Modernität und Fortschritt für sich in Anspruch zu nehmen. Das Thema Frauen- und Kinderhandel, das einen starken diskursiven Bezug zur sozialen Lage von Frauen aufwies, die in der Zwischenkriegszeit zunehmend zu einem Gradmesser der Zivilisation wurde, eignete sich besonders, um Hierarchisierungen zwischen Staaten vorzunehmen.



u^b

^b
UNIVERSITÄT
BERN

Ber

HEIM